

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Wer faschisiert die BRD?

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine Verdopplung rechtsradikaler Gewalt; Straßennazis in Divisionsstärke; eine an Zulauf gewinnende Neonazipartei in Gestalt der bewußt nicht verbotenen NPD; bekennende Faschisten in Parlamenten, welche bei Wahlen Stimmenanteile erzielt haben, die jene der NSDAP von 1928 deutlich übertreffen; einflußreiche Funktionsträger mit faschistoider Gesinnung. Dennoch ist das politische Regime der BRD kein Faschismus. Übertreibungen sind hier fehl am Platze. Die Tag für Tag von rechts attackierte bürgerliche Demokratie ist unter den geschilderten Umständen eine wichtige und verteidigungswerte Errungenschaft. Zu ihr gehört auch die Pressefreiheit. Sie begünstigt vor allem Antikommunisten. Doch sie ermöglicht auch das monatliche Erscheinen des „Rot-Fuchs“.

Bekannt ist vielen Max Reimanns berühmte Voraussage: Nachdem der Vorsitzende der nur wenige Jahre später durch ein bis heute nicht aufgehobenes Willkürurteil des Bundesverfassungsgerichts verbotenen KPD im Parlamentarischen Rat gegen das Grundgesetz gestimmt hatte, brachte er seine feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Kommunisten die ersten sein würden, die den von allen übrigen Parteien abgesetzten Verfassungssatz gegen seine Urheber verteidigen müßten. Heute stehen wir tatsächlich in vorderster Reihe, wenn es darum geht, das inzwischen durch unzählige Änderungen verunstaltete, in der politischen Praxis ständig verletzte Grundgesetz, das unseren eigenen verfassungsrechtlichen Prinzipien keineswegs entspricht, vor Angriffen aller Art zu schützen. Angesichts rasch zunehmender faschistischer und faschistoider Gefahren und der Tatsache, daß sich der „gläserne Bürger“ von Vokabeln wie „Vorbeugehaft“, „Sammellager für gewaltbereite Protestierer“, Online-Durchsuchung, Datenschutz-Abbau und Telefonüberwachung umzingelt sieht, sind wir zur partiellen Zusammenarbeit mit allen Kräften bis weit in das bürgerliche Lager bereit, die den Rechtsstaat nicht gegen den Schäubleschen Überwachungsstaat eintauschen wollen. Der Alarmruf des sicher nicht linkslastigen 58. Deutschen Anwaltstages signalisierte den Ernst der Situation.

Dabei ist 2007 nicht 1932. Damals fühlte sich das Kapital in seinen Machtinteressen aufs äußerste bedroht. Denn sechs Millionen kommunistische Stimmen und Rang eins der KPD in der deutschen Hauptstadt waren keine abstrakte Größe. Politische Herrschaft der Arbeiterklasse oder offene faschistische Diktatur – so stellte sich den Mächtigen die Alternative dar. Maßgebliche Teile der Großbourgeoisie an Rhein

und Ruhr zögerten keinen Augenblick. Ihr Ausweg hieß Hitler. Die Mordbanden von SA und SS wurden von der Kette gelassen. Heute ist die Konstellation ganz anders. Der Staat von BDI, BDA und Deutscher Bank sitzt fest im Sattel. Die Kapitaleigner machen horrende Profite. Das Klassenbewußtsein der deutschen Lohn- und Gehaltsempfänger, von denen viele auf dem Niveau der Arbeiteraristokratie leben, ist langjährig eingeschläfert worden. Die Kommunisten der BRD sind einstweilen keine eingreiffähige Größe. Die Gewerkschaften befinden sich unter reformistischer Aufsicht. „Die Linke“ lehnt den Klassenkampf ab und driftet zu einem Standort „links von der SPD“, also in das Feld von Bad Godesberg, welches durch Schröder & Co geräumt worden ist.

Unter diesen Bedingungen braucht das Kapital weder Sturmabteilungen noch Schutzstaffeln. Auch ein Hitler ist nicht vonnöten. Für alle Fälle hält man sich die NPD und deren Straßennazis.

Der Königsweg der Faschisierung aber führt durch die Institutionen. Man trägt Nadelstreifen und kommt durch die Vordertür. Die Hülle der bürgerlichen Demokratie – das Dekor von Parteien und Parlament – bleibt erhalten. Dieser Kurs der schleichenden Unterwanderung des Rechtsstaates ist mit Namen wie Filbinger, Schily, Schäuble, Koch, Jung, Beckstein, Schönbohm, Söder, Oettinger u. a. verbunden. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg eilte der Zeit voraus und lehnte sich zu weit aus dem Fenster, blieb aber im Amt.

Die Faschisierung muß im europäischen Rahmen betrachtet werden. Seit Berlusconi Tagen gilt Finis Alleanza Nazionale in Italien als regierungsfähig. Frankreichs Sarkozy verdankt seinen Amtsantritt dem Votum der Le-Pen-Anhänger. In Polen schlägt das geistige Mittelalter Kapriolen. In Tschechien jagt man die Jungkommunisten. In Lettland feiern von der BRD berentete Waffen-SS-Veteranen fröhliche Urständ. In Estland tobt sich der antirusische Mob an einem Denkmal für Gefallene der Roten Armee aus. Und in Rumänien wird der 1946 erschossene Faschistenführer Antonescu wieder auf den Schild gehoben. Der oberste Schirmherr dieses Treibens aber sitzt in Washington. Mit dem Amtsantritt von George W. Bush hat der faschistoider Drall in der NATO einen kräftigen Kick bekommen.

Natürlich gibt es hierzulande und weltweit wachsende Kräfte, die dagegenhalten. Auf sie setzen wir unsere Hoffnungen. Denn die Bäume jener, die den Erdball nach rechts drehen möchten, dürfen nicht in den Himmel wachsen. **Klaus Steiniger**



INHALT

Eine junge Frau plädiert für den Sozialismus	S. 2
Warum ich keine Staatsdienerin bleiben wollte	S. 3
„Die Linke“: Auf die Inhalte kommt es an	S. 4
Lafontaines Sicht	S. 5
Michael Brie: Dank Euch, Ihr Ami-Soldaten!	S. 6
Gefährlichen Tendenzen Widerstand leisten!	S. 6
Dopingtheater im „Sommerloch“	S. 2
Notorische Verfassungsscheu	S. 8
Die große Transferlüge	S. 9
Die Kategorie der abstrakten Arbeit darf nicht preisgegeben werden	S. 10
Solidarisch	S. 10
Held in Buchenwald und Dora: Albert Kuntz	S. 11
Überholen ohne einzuholen?	S. 12
Bericht aus der „Heldenstadt“	S. 12
Über „kleine grüne Männlein“ und die neuen Braunen	S. 13
Gerüche aus der Lügenküche	S. 14
Zwei Seiten einer Barrikade	S. 14
Torgauer Aquarelle	S. 15
Tagung über religiösen Sozialismus in Chemnitz	S. 16
■ Merkels Außenpolitik	RF-Extra I
■ Erinnern an Berta Waterstradt	RF-Extra III
Zum 40. Todestag der Guerrillera Tamara Bunke	S. 17
Wie der heiße Krieg gegen Kuba vorbereitet und abgewendet wurde	S. 18
Enge Beziehungen Beijing – Havanna	S. 18
Mein jüdischer „Kinderarzt“	S. 19
Als das Wohlstandsdenken die Übermacht gewann	S. 20
Zum Stil Günter Mittags	S. 21
Ein „schwarzer Ort“ der CIA in Polen	S. 22
Vor 50 Jahren: Indiens Kommunisten bildeten in Kerala die Regierung	S. 23
Wie Afghanistans „Glaubenskrieger“ 1992 Kabul zerstörten	S. 24
Marx und die Globalisierung	S. 25
Zu Hintergründen des Konflikts zwischen Hamas und Fatah	S. 25
Fritz Kühnemanns „Roter Besen“	S. 26
Verse, die unter die Haut gehen	S. 27
Wie der VEB Plauener Spitze weggebügelt wurde	S. 28
Vermächtnis eines aufrecht Gebliebenen	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Impressum / Anzeigen	S. 32

Verbale Angriffe gegen die DDR sind die Ostdeutschen mittlerweile schon gewohnt, aber die Distanzierung der Linkspartei und anderer von der Vergangenheit dient wohl eher der Reaktion als den Menschen hierzulande. Sicherlich wird manches aus Unkenntnis geäußert, vieles aber leider auch aus Berechnung oder Opportunismus. Um so wichtiger ist der sorgfältige Umgang mit der DDR-Geschichte. Kopfloses Nachplappern verleumderischer Bezeichnungen wie „SED-Diktatur“ und ähnlicher Unsinn verschaffen zwar Anerkennung und Medienpräsenz, aber leider auf der gegnerischen Seite. Die Geschichte der DDR muß objektiv beurteilt und aufgearbeitet werden, was bisher nur zum Teil geschehen ist. Täglich werden die ehemaligen DDR-Bürger

DDR zu erobern und den Menschen im Osten Liebgewordenes zu entreißen. Die Leichenfledderei hält bis heute an. Etwas mehr Respekt und Achtung muß man für jene einfordern, die nach 1945 mutig und entschlossen einen vollkommen neuen antifaschistisch-demokratischen Staat aufbauten und zugleich Reparationen leisteten, die der Westen nie erbracht hat. Sie widerstanden den Angriffen ihrer um vieles reicheren Gegner. Als das bessere Deutschland war die DDR antiimperialistisch, internationalistisch, solidarisch, friedlich, humanistisch und somit den besten Werten unserer deutschen Geschichte mehr verbunden als die BRD. In der Übrumpelung durch die „Wende“ wurde den DDR-Bürgern vieles genommen. Einerseits waren sie sprachlos

sicherung und Solidarität. Die Liste der Vorteile ließe sich fortsetzen.

Wenn das eine Schreckensdiktatur gewesen sein soll, dann weiß ich nicht, wie wir den Staat zu bezeichnen haben, in dem wir heute leben. Dagegen war die DDR trotz ihrer Defizite ein Schlaraffenland. Der angebliche Sozialstaat springt nur mit Aktionären und Kapitaleignern sozial um.

Das, was ich hier aufgeschrieben habe, ist keine rückwärtsgewandte Nostalgie, sondern beruht auf den persönlichen Erinnerungen, die mir niemand nehmen kann. Jene, die das erfahren durften, können stolz darauf sein, in einem Land gelebt zu haben, in dem die Sorge um den einzelnen Menschen und die soziale Sicherheit ein Bollwerk gegen die Grausamkeit des Kapitalismus setzte. Der Sozialismus in einem Teil Deutschlands war keineswegs nur ein Versuch. Die DDR war unser Zuhause, unsere Heimat. Sie war kein flüchtiger Traum, sondern das gute, das andere Deutschland.

Wir müssen uns daran erinnern, was noch vor 18 Jahren täglich erlebte Realität war, die wir zu gestalten und zu beschützen aufgefordert waren. Die Menschen hatten keine schlechteren materiellen Lebensbedingungen als heute, da der Alltag nur noch durch Konsumdenken und geistige Passivität geprägt ist. Der Kapitalismus ist repressiv und unmenschlich. Das Dasein muß in einem ständigen Überlebenskampf bewältigt werden, will man nicht zugrunde gehen.

Mich empört der Gedanke, daß meine sozialistische Heimat zerstört wurde und meine beruflichen Perspektiven trotz abgeschlossener akademischer Ausbildung äußerst gering sind, wenn man sich nicht für einen Hungerlohn verkaufen will. Wir sprechen im Freundeskreis darüber und stellen uns vor, was wir wohl in der DDR für Berufsaussichten gehabt hätten und wie unsere persönliche Entfaltung anders verlief. Mich stimmt die Tatsache traurig, daß die schöne und menschliche Idee des Sozialismus auch von Politikern, die sich als Linke betrachteten, nicht mehr gepflegt wird. Wo bleibt eigentlich die „Leichtigkeit des Seins“, wie man sie in der DDR empfand? Gerade die von mir in die Linkspartei gesetzten Hoffnungen haben sich in dieser Hinsicht nicht erfüllt. Statt ein sozialistisches Modell zu präsentieren, nehmen Opportunismus und bürgerliche Ideologie überhand. Je mehr ich mich mit der DDR und ihrem System befaße, desto öfter frage ich mich, wie ihre Bürger es nur zulassen konnten, daß ein so lebenswerter Staat gegen das geistige und politische Elend der BRD, die uns keine Zukunftsaussichten bieten kann, eingetauscht wurde.

Unser Anliegen kann nur darin bestehen, das positive Erbe der DDR zu pflegen und gemeinsam für einen neuen Sozialismus zu kämpfen. Er muß das Ziel aller hierzulande sein, die es gut mit Deutschland meinen. **Sandra Ludwig**

Unsere Autorin (30) ist diplomierte Psychologin und Sozialpädagogin.

Eine junge Frau plädiert für den Sozialismus



von Medien und Politikern geohrfeigt, erniedrigt und vorgeführt. Doch sie haben ihre einzigartigen positiven Erfahrungen noch nicht vergessen und besinnen sich nun zunehmend wieder darauf. Die DDR war die Heimat von Millionen Deutschen. Im tiefsten Innern ist sie das bis heute geblieben. Fest steht jedenfalls, daß eine bessere Gesellschaft nur geschaffen werden kann, wenn wir aus ihren Erfahrungen lernen. Bis es die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland zustande bringen, wieder einen Staat aufzubauen, der an die positiven Werte der DDR anknüpft, wird sicher viel Zeit ins Land gehen.

Die DDR war der erste Staat des Friedens, des Sozialismus und der sozialen Gerechtigkeit auf deutschem Boden. In ihrer 40jährigen Existenz schuf sie Errungenschaften, die der kapitalistische Westen nie hervorbringen vermochte. Sie sind jetzt zwar verschüttet, aber die Erinnerung an ihr Land hilft vielen Menschen, den widrigen Alltag in dieser kapitalistischen Gesellschaft zu bestehen. Die BRD konnte nur dafür sorgen, die

angesichts der Zerstörung einer in Jahrzehnten geschaffenen Kultur, andererseits gedankenlos angesichts der auf sie zukommenden Sorgen und Nöte, von deren Dimension die meisten keine Ahnung hatten.

Die politische Herrschaft der Arbeiter und Bauern kennzeichnet anderes: Sie garantiert einen Arbeitsplatz mit existenzsichernder Entlohnung; sie schafft an Stelle des privatkapitalistischen Eigentums gesellschaftliches Eigentum; sie ermöglicht den freien und kostenlosen Zugang zu Erziehung und Bildung. Zu ihren Vorzügen gehören auch ein abgesichertes Gesundheits-, Sozial- und Rentensystem, äußerst günstige Preise für Grundnahrungsmittel, bezahlbare und flächendeckende Freizeit-, Kultur- und Urlaubsangebote, billiger Mietzins (ca. 5% des Familieneinkommens), eine gute Infrastruktur und öffentliche Verkehrsmittel. Sozialismus heißt Entfaltung aller nach Fähigkeit und Leistung, Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichberechtigung der Frau, keine Sorge um das Morgen, Ab-

Brief einer Thüringer Bürgermeisterin, die Ende 1989 den Dienst quittierte

Warum ich keine Staatsdienerin mehr sein wollte

Vor geraumer Zeit erreichte mich ein Flugblatt, dem ich die Kenntnis von der Existenz des „RotFuchs“ verdanke. Ich benutze das Wort „Flugblatt“, weil Flugblätter in der Geschichte der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielten. Vor allem in schwierigen Zeiten.

1958 in Rudolstadt geboren, erlebte ich eine wunderbare Kindheit in der DDR. Diese Zeit war geprägt von einem intakten Elternhaus, einer soliden Schulbildung, einem aktiven Pionierleben, Kinderferienlagern, außerschulischem Sport und meiner Zugehörigkeit zu einem Spielmannszug.

Als engagiertes Mitglied der FDJ nutzte ich auch die Möglichkeiten der politischen Fortbildung im Jugendverband. So reifte mein Entschluß, mehr Verantwortung zu übernehmen. Im Alter von 25 Jahren erklärte ich dem Personalleiter des Rates des Kreises Rudolstadt mein Interesse am Bürgermeisteramt in einer Gemeinde. Nach den Kommunalwahlen im Mai 1984 wurde ich auf einen solchen Posten berufen. Während meiner Amtszeit konnte ich den Einwohnern meiner Gemeinde eine Kinderkrippe und eine neue Gaststätte übergeben.

Ohnmächtig erlebte ich dann die „Wende“ und begann meine Weltanschauung auf den Prüfstand zu stellen. Ich verstand die Menschen nicht mehr. Wie konnten sie nur glauben, daß ihnen unter dem Bundesadler die Arbeitsplätze, die subventionierten Mieten, die billigen Lebensmittel und Tarife sowie die anderen sozialen Leistungen der DDR erhalten bleiben würden? Bei einigem Wissen um die Grundlagen der politischen Ökonomie war doch klar, daß eine „soziale Marktwirtschaft“ nicht zur Debatte stand. Zu diesem Zeitpunkt konnte es sich bei einem wiedervereinigten Deutschland nur um einen kapitalistischen Staat handeln. Einen Staat, in dem die Produktionsmittel als Privateigentum in den Händen weniger liegen, was die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nach sich zieht.

In einem solchen Land wollte ich keine Staatsdienerin sein. Noch 1989 beantragte ich die Abberufung als Bürgermeisterin. Fassungslos nahm ich die Veränderungen in meinem Vaterland wahr. Ich sah, wie sich Genossen in neue Ämter verkrochen, wie ehemalige NVA-Offiziere ausgerechnet im Bundeswehrverband eine neue politische Plattform suchten und wie sich andere ganz klein machten, um ja nicht auf ihr Wirken in der DDR angesprochen zu werden. Zu denen wollte ich nicht gehören. Wenn ich auch meine politische Heimat verloren hatte – ein „Wendehals“ mochte ich nicht sein. Nun als Lageristin in einem mittelständischen Betrieb tätig,

stand ich immer zu meiner Vergangenheit und zur DDR. Ich gehöre nicht zu denen, die ihre Bücher von Marx, Engels und Lenin ins Altpapier warfen.

Heute weiß ich, daß es nicht der Marxismus war, der die DDR-Bürger immer unzufriedener machte. Vielmehr wandten sich die meisten wegen immer wieder auftretender Versorgungslücken und anderer Defizite vom Sozialismus ab. Diesen lagen oft Fehlentscheidungen auf mittlerer politischer und staatlicher Leitungsebene zugrunde. Hinzu kam, daß die oberste Führung wirtschaftliche Schwierigkeiten und deren Gründe nicht offen eingestand. Statt dessen wurde in schöngefärbten Rechenschaftsberichten unablässig der Sieg des Sozialismus gepriesen, was unsere Politik immer unglaubwürdiger erscheinen ließ.

Das liegt nun schon fast 18 Jahre zurück. Die jungen Menschen von heute kennen die DDR nur vom Hörensagen oder aus Berichten der Medien. Doch was diese über das Leben in der DDR verbreiten, ist in der Regel auf einzelne Personen zugeschnitten, nicht zu verallgemeinern und oft erlogen. Dem sollte man entgegenwirken. Die DDR ist Teil der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und darf nicht verunglimpft werden. Seit meiner betriebsbedingten Kündigung im Januar 1993 finde ich auf dem Arbeitsmarkt keine neue Beschäftigung. Die Auswirkungen der Politik der Bun-

desregierung für die Menschen erlebe ich als Hartz-IV-Empfängerin hautnah. Wie oft stand ich in den letzten Jahren dem schon hilflos und wütend gegenüber.

Wütend auf jene, die sich 1989 mit Kerzen in den Händen und „Wir sind das Volk!“ rufend vor den Kirchen versammelten und heute ihre damalige, längst geschwundene Euphorie mit Bemerkungen wie: „So konnte es in der DDR ja auch nicht weitergehen!“ zu rechtfertigen suchen.

Hilflos, weil es keine richtige Anlaufstelle gibt, wo sich ein Hartz-IV-Empfänger schnell, umfassend und vor allem gratis über seine Möglichkeiten und Rechte informieren kann. Vielleicht stoße ich im „RotFuchs“ auf Antworten zu vielen Fragen des Zeitgeschehens, ist diese Zeitschrift auch für mich die Tribüne Gleichdenkender, gar eine neue politische Heimat. Deshalb bitte ich Sie um ein Schnupperexemplar. **Bärbel Jakob**

Die große Freiheit ist es nicht geworden.
Es hat beim besten Willen nicht gereicht.
Aus Traum und Sehnsucht ist Verzicht geworden,
Aus Sternenglanz ist Neonlicht geworden.
Die Angst ist erste Bürgerpflicht geworden.
Die große Freiheit ist es nicht geworden,
die kleine Freiheit — vielleicht!
Wir sind so frei! Das heißt: Soweit's erlaubt ist.
Wir sind so frei! (Soweit man's überhaupt ist.)
Wir dürfen wieder zittern, wenn wir frieren.
Wir dürfen staunend vor Geschäften stehn.
Wir dürfen atmen, lachen, vegetieren.
Wir dürfen schimpfen und den Kopf verlieren.
Wir dürfen, wenn's so weitergeht, marschieren.
Wir sind so frei. Wir werden ja sehn.

Erich Kästner

**Trauerfeier in
Freiburg: Der Bundesinnenminister
vor den BRD-Orden
des Altfaschisten
Filbinger**



Die Vereinigung zweier Parteien ist kein Wert an sich Auf die Inhalte kommt es an

Am 16. Juni fand der Fusionsprozeß der Linkspartei.PDS und der WASG mit der Gründung der neuen Partei „Die Linke“ seinen Abschluß. Die Zeit wird zeigen, welchen Beitrag sie zur Konsolidierung der Linken sowie zur Entwicklung der demokratischen und Arbeiterbewegung leisten kann – und will.

Es ist eine objektive Notwendigkeit, die Aktionseinheit aller linken Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten anzustreben. Legitim ist in einem solchen Prozeß auch die Schaffung einer gesamtdeutschen Partei. Im eigenen Interesse sollte sie aber sozialistisch und dadurch links sein. Die Chance, eine gesamtdeutsche Sozialistische Partei zu gründen, wurde allerdings vertan.

Aber die Erwartungen und Hoffnungen sind noch immer groß, daß „Die Linke“ zu einem weiteren Sprecher der antikapita-

PDS einfach bei ihrem bisherigen Profil stehen, wehrte sie sich erfolgreich dagegen, linke sozialdemokratische Positionen zu vertreten, dann entstünde zwischen ihr und der in die Mitte wandernden SPD eine immer größere Lücke. Die PDS müßte in einem höchst bewußten politischen Vorgang beides versuchen, nämlich die Lücke zwischen sich und der SPD nie zu groß werden zu lassen, dabei auch Änderungen des eigenen Profils hinzunehmen und dennoch Unkenntlichkeit zu vermeiden.“ (Gregor Gysi, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 310/311)

Als Orientierungsgröße für die PDS-Führer gilt also seit den 90er Jahren die SPD und die „Bewegung“ der SPD nach rechts. Ein wichtiges Element, das dafür eingesetzt wurde und wird, beschrieb Gysi aus gleichem Anlaß wie folgt: „Für die

Oskar Lafontaine, einer der Vorsitzenden der neuen Partei, hat seine Sicht deutlich gemacht: „Zukünftige Generationen mögen darüber nachdenken, ob sie weiter nach kapitalistischen Grundsätzen wirtschaften wollen oder nicht und nach besseren Alternativen suchen. Für meine Generation ist die Entscheidung gefallen: Eine bessere Alternative war jener Staatssozialismus, der bis 1990 real existierte, mit Sicherheit nicht, und nirgends zeichnet sich derzeit im Grundsätzlichen eine bessere ab. Deshalb kämpfe ich politisch nicht für die Abschaffung, sondern für die soziale Ausrichtung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, für die Regulierung der Märkte zum Wohle aller. Und dafür, daß aus einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine kapitalistische Gesellschaftsordnung und erst recht keine kapitalistische Lebensordnung werden kann.“ (Oskar Lafontaine, Meine Politik, Unveröffentlichtes Manuskript, zitiert nach: „junge Welt“ 10. 3. 07)

Der letzte Satz bedarf sicher noch mancher Erläuterung. Sonst ist die Aussage eindeutig und skizziert die gewollte künftige Entwicklung der neuen Partei und deren Politik. Hier und auch in den Gründungsdokumenten wird an keiner Stelle sichtbar, daß man die Absicht verfolgt, vom grundlegenden Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals einerseits und denen der Arbeiterklasse sowie aller Lohn- und Gehaltsabhängigen andererseits auszugehen. Es wird gegen die historische Wahrheit verstoßen und die kapitalistische Wirklichkeit simplifiziert. Eine marxistische Begründung von Programm und Politik entsorgt man radikal. Die Geschichte wird instrumentalisiert. Allein für eine reformkapitalistische Sicht und Politik bleiben noch Platz.

Die Vorstellungen über die neue Partei sind in der Mitgliedschaft sehr differenziert und widersprüchlich. Im Gründungsprozeß hat sich allerdings das Konzept durchgesetzt, daß „Die Linke“ „ein Korrektiv“ für derzeit fehlende sozialdemokratische Politik sein müsse. Sie hat damit die Funktionen einer reformistischen sozialdemokratischen Partei zu erfüllen.
Prof. Dr. Anton Latzo
Aus: T&P, Nr. 9 (Juni 2007)

Kampfesgrüße in die Slowakei

Am 11. August begeht der standhafte slowakische Kommunist und Internationalist Vasil Bilak, der 1968 zu jenen Führern der KP der Tschechoslowakei (KSČ) gehörte, die sich den konterrevolutionären Zerstörern der Partei und der ČSSR mutig entgegenstellten, seinen 90. Geburtstag. Der „RotFuchs“ gratuliert von ganzem Herzen!

listischen Opposition, zu einer wirklich einflußreichen Kraft wird, die die Kämpfe der Zeit unter Berücksichtigung der Erfordernisse und Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung führt.

Betrachtet man die „Programmatischen Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei Die Linke“ und die bisherige Praxis ihrer führenden Vertreter, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß sie von einer starken tagespolitischen Ausrichtung geprägt werden, ohne eindeutige Einbettung in die Bewegung der Gesellschaft zu finden. Darunter leiden sowohl die programmatische Substanz als auch die Konsequenz und Nachhaltigkeit ihres Wirkens gegen die Zerstörung des sozialstaatlichen Gebäudes, gegen Demokratieabbau sowie gegen Kriegspolitik und Militarisierung der Gesellschaft. Es leidet auch die Überzeugungskraft der Partei gegenüber den Massen und ihre Mobilisierungsfähigkeit im Kampf um die Durchsetzung der legitimen Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

Eine solche Partei ist nicht zufälliges Ergebnis einer zufälligen politischen Konjunktur. Sie ist von ihren führenden Köpfen bewußt so angestrebt worden.

Gregor Gysi formulierte schon lange vor Beginn des Fusionsprozesses: „Bleibe die

Fortsetzung des Erneuerungsprozesses in der PDS“ – wie dieser auf den Pfaden der rechten SPD-Führung beschrieben wurde – „gibt es nur eine Chance, nämlich daß die Mehrheit der Mitglieder diese Fortsetzung will und deshalb diejenigen marginalisiert, die zu dogmatisch-ideologischen Denk- und Verhaltensstrukturen zurückkehren wollen.“ So diffamiert er das Gedankengebäude von Marx, Engels, Lenin und deren Anhängern. (Ebenda, S. 293/294)

Der Charakter und das Programm der neuen Partei wurden weitgehend solchen Bestrebungen angepaßt. Ihre aus den Dokumenten sichtbar werdenden Konturen deuten auf ein Selbstverständnis hin, das zunehmend von der Verinnerlichung der herrschenden ideologischen Leitbilder, welche auch im Rahmen der rechten Sozialdemokratie Deutschlands und der Sozialistischen Internationale seit Beginn der 60er Jahre ausgedacht und entwickelt wurden. Man paßte sie damals den neuen Bedingungen des Klassenkampfes an. Die „moderne“ antikommunistische Konzeption der SPD wurde vor allem in sogenannten Denkfabriken der USA ersonnen.

Diese ist von der Akzeptanz der sozialökonomischen und politischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft und von einem Verzicht auf das sozialistische Ziel geprägt.

Wir trauern um Genossen

Heinz Koschke

Oberstleutnant a. D.

einen standhaften Kämpfer und treuen „RotFuchs“-Leser, der am **1. Juli 2007** nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Wir bewahren dem bewährten Kommunisten ein ehrendes Andenken.

Bereits mit seiner Antrittsrede als Vorsitzender der neuen Partei „Die Linke“ hat sich Oskar Lafontaine als der herausragende Führer, zugleich aber auch als mit allen Wassern gewaschener Taktiker profiliert. Sein Auftritt war sowohl intellektuell als auch politisch ein Meisterstück, wobei er die Gelegenheit nutzte, seine rhetorische Befähigung einmal mehr unter Beweis zu stellen. Er ging in die Offensive, indem er mit „Freiheit durch Sozialismus“ die reaktionäre Standardlosung „Freiheit statt Sozialismus“ wirkungsvoll konterte.

Lafontaine bezog – anders als zuvor die PDS-Führung – zumindest verbal anti-kapitalistische Positionen, indem er „Die Linke“ als einzige Partei bezeichnete, die „die Systemfrage aufwirft“ – allerdings ohne selbst etwas zu deren Lösung zu sagen. Bekanntlich geht es dabei um Macht und Eigentum. Bemerkungen indes, die neue Partei strebe die Wiederherstellung des „Sozialstaates“ an, weisen eher in die Richtung, das kapitalistische System durch Korrekturen „erträglicher“ zu machen.

Der erfahrene sozialdemokratische Politiker (im Unterschied zu den Führern der SPD ist er es noch) spricht ein breites Spektrum an, aus dem er Rückhalt (Wähler wie Mitglieder) für „Die Linke“ zu gewinnen trachtet: Nach der Arbeiterschaft („in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung stehend“ und als Partnerin der Gewerkschaften) wendet er sich ebenso an „kritische Christen“. („Ein Sozialist muß nicht Christ, aber ein Christ muß Sozialist sein.“)

Lafontaine stellt eine konsequente Friedenspolitik in Aussicht (Wiederherstellung des Völkerrechts in der deutschen Außenpolitik) und setzt sich zugleich für „ökologische Erneuerung“ ein, was einen Einbruch in die Hürden der Grünen darstellt.

Er wirbt um Sympathien bei Millionen Kleinunternehmern mit bis zu zehn Beschäftigten, und er wendet sich nachdrücklich an die bisherigen Nichtwähler, für die „Die Linke“ „neue Hoffnung“ sei.

Sehr positiv sind Lafontaines unterstützenswerte Forderungen nach „direkter Demokratie“ (Volksentscheide, Volksabstimmungen, innerparteiliche Mitgliederbefragungen usw.), sein Verlangen nach Zulassung des politischen Generalstreiks und nach Machtkontrolle (wobei er dazu keine konkreten Angaben liefert).

Lafontaines Rede bot zugleich hinreichendes Anschauungsmaterial, wie geschickt sich seine auch mit Halbwahrheiten und Auslassungen operierende Argumentation besonders „griffiger“ Fakten und Namen bedient.

Als „Leitfiguren der Arbeiterbewegung“ nahm er – welcher Spagat! – Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Willy Brandt für sich in Anspruch, wobei er Wesentliches unterschlug. Rosa Luxemburg reduzierte er auf ihre an die Herrschenden im junkerlich-kapitalistischen Deutschland adressierten und wie immer aus dem Zusammenhang gerissenen Worte, daß „Freiheit immer auch die Freiheit der An-

Wie man Oskar Lafontaines Sicht der Dinge interpretieren könnte Freiheit durch Sozialismus

dersdenkenden“ sei. Ohne Mühe verzichtete Lafontaine aber auf solche Kernsätze wie „Sozialismus oder Barbarei“. Karl Liebknecht wurde zwar als entschiedener Gegner des Völkermordens geschildert, der das „Erbe der Arbeiterbewegung, gegen den Krieg zu sein“, begründet habe. Die Tatsache jedoch, daß er gemeinsam mit Rosa zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands gehörte, blieb unterschlagen. Ebenso verschwieg Lafontaine, daß beide Genossen durch die konterrevolutionäre Komplizenschaft rechter SPD-Führer und weißer Freikorpsoffiziere ermordet wurden.

Der geschworene Antikommunist Willy Brandt wurde als Friedensnobelpreisträger präsentiert. Lafontaine betrachtet ihn als Kronzeugen für die guten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie. Er tritt damit gewissermaßen an die Stelle des großen sozialdemokratischen Arbeiterführers August Bebel, der seinerzeit als konsequenter Gegner des Kapitalismus eine eindeutig proletarische Klassenpoli-

tik betrieb. Brandt hingegen verfolgte als Regierender Bürgermeister der „Frontstadt“ Westberlin und als Kanzler der imperialistischen BRD eine den Interessen des Kapitals dienende Politik. Lafontaine schrieb ihm den Ausspruch zu: „Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.“ Das ist eine Verfälschung der historischen Wahrheit, gehört doch dieses Credo zu den Gründungsmaximen der DDR. Lange vor Brandt bezogen sich deren Repräsentanten Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht darauf.

Daß zu Brandts persönlichen „Verdiensten“ der gegen Kommunisten und andere Linke gerichtete „Radikalerlaß“ und die darauf beruhende Berufsverbotspraxis gehören, fand bei Lafontaine keine Erwähnung. Insofern sind bei aller Würdigung begrüßenswerter Aspekte der Rede gewisse Zweifel angebracht, ob sein Appell, alles zu versuchen, um „Glaubwürdigkeit zum Markenzeichen der neuen Linken zu machen“, den Praxistest bestehen wird.

Wolfgang Clausner

Einladung zur Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. am 22. September 2007

Beginn 10 Uhr, Ende gegen 16 Uhr
Ort: Franz-Mehring-Platz 1
(ND-Gebäude), 10243 Berlin

Vorschlag für die Tagesordnung:

- Begrüßung und Konstituierung der Versammlung
- Bestätigung der Tagesordnung,
- Wahl der Antragskommission und der Mandatsprüfungskommission
- Bericht des Vorstandes
- Bericht des Kassierers
- Bericht der Revisionskommission
- Diskussion
- Bericht der Kommissionen und Beschlußfassung
- Beschluß über die Wahlordnung
- Wahl der Wahlkommission
- Wahl des Vorstandes und der Revisionskommission
- Schlußwort

Die Gruppe Quijote, Chemnitz, gestaltet ein künstlerisches Programm

NEUES REGISTER

Soeben erschienen ist ein 60seitiges Inhaltsverzeichnis der Nummern 1–107 (1998–2006), das die in diesem Zeitraum veröffentlichten ca. 3500 Artikel nachweist und thematisch erschließt. Es ist gegen eine Spende beim Vertrieb erhältlich. Das von Wolfgang Metzger erarbeitete Verzeichnis ist außerdem über unsere Homepage www.rotfuchs.net/Zeitung/Archiv/RF-Inhalt.pdf zugänglich.

Das Vorstandsmitglied der RF-Regionalgruppe Halle, Oberst a. D. der HVA

Karl Rehbaum

ehemaliger Führungsoffizier des Genossen Rainer Rupp (legendärer DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier), begeht am **12. August** seinen **70. Geburtstag**.

Vereinsvorstand und Redaktion beglückwünschen den erprobten Klassenkämpfer, Freund und Genossen auf das herzlichste!

Michael Brie über den „Wert der Luftbrücke“ Dank Euch, Ihr Ami-Soldaten!

Es ist schon ein Jammer mit der Vergangenheit und einigen Historikern, Vordenkern aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der neuen Linken. Wenn man gerade dachte, der Imagewechsel sei vollzogen und damit das Ende der Fahnenstange erreicht, findet sich immer noch jemand, der eins draufsetzt. Kurz vor dem „Tanz auf dem Sonnendeck“ zum Vereinigungsparteitag (ND 18. 6.) gab Michael Brie (ND 9./10. 6.) in „Thank you and goodbye“ noch einmal die Marschrichtung vor. Er schrieb: „Die USA haben dazu beigetragen, daß sich die sowjetische Diktatur nach 1945 nicht weiter in den Westen Europas ausdehnte. Ihre Luftbrücke für Westberlin wird vielen Deutschen unvergeßlich bleiben.“ Das sollte man sich auf der Zunge zergehen lassen!

Michael Brie kann die „Luftbrücke“ drehen, wie er will – sie entstand durch rein defensive Maßnahmen (z. B. gegen die „Ausdehnung“ der Westwährung auf die Sowjetische Besatzungszone), nicht aufgrund von Vorbereitungen zu einer „Ausdehnung“ nach Westen. Die gemeinschaftlich ausgehandelte „Demarkationslinie“ wurde von sowjetischer Seite strikt respektiert. Die Sowjetarmee rückte lediglich in Gebiete Sachsens und Thürin-

gens ein, die im Rahmen der Kampfhandlungen zwar von westalliierten Einheiten befreit worden waren, aber innerhalb der vorher festgelegten Markierung der Sowjetischen Zone lagen. Die UdSSR war über den Alliierten Kontrollrat bestrebt, eine gemeinsame Verwaltung von Berlin mit Leben zu erfüllen.

Die „Gefahr“ einer „gewaltsamen militärischen Ausdehnung der sowjetischen Diktatur in den Westen Europas“ wurde erst später erfunden und ist – vergleichbar mit den angeblich von der CIA entdeckten „Massvernichtungswaffen“ der Iraker – ein Hirngespinnst des Westens, um das Zustandekommen eines neuen antisowjetischen Militärbündnisses (zuerst der Pariser Verträge, dann der NATO) zu forcieren. Der britische Premier Winston Churchill gab zur „Abwendung“ dieser „Bedrohung“ verschlüsselte ganz detaillierte Anweisungen, z. B. in dem Sinne, die deutschen Waffen nicht unbedacht zu vernichten. Es ist reichlich makaber, diese Märjett von „linken Wissenschaftlern“ zum Vereinigungsparteitag aufwärmen zu lassen.

In der Endkonsequenz des Brie'schen Denkschemas haben der hartnäckige Widerstand der Wehrmacht an den Seelower

Höhen und im Kessel von Halbe, ja sogar die letzten braven Volksturmaufgebote des Dr. Goebbels und die halben Kinder der Hitlerjugend mit ihren Panzerfäusten in Berlin „dazu beigetragen, daß sich die sowjetische Diktatur nach 1945 nicht weiter in den Westen Europas ausdehnte“. Na, danke! Sind das die ersten „roten“ Schwalben zur „feierlichen Umbettung“ der gefallenen Rotarmisten?

Der von Winston Churchill in seiner schicksalhaften Fulton-Rede geprägte Begriff des „iron curtain“ (des Eisernen Vorhangs, der „von den Sowjets“ heruntergelassen worden sei) macht politisch nur Sinn, wenn man der UdSSR vorwirft, sich einzuigeln, sich abzuschnitten, sich „dem Westen Europas“ zu versagen, statt sich dorthin „auszudehnen“. Wo sich die Westalliierten gesprächsoffen zeigten – zum Beispiel in Österreich –, war die sowjetische Seite sogar bereit, sich „aus dem Westen Europas“ zurückzuziehen. Ich wäre der Letzte, der nicht versteht, daß über die sowjetische Nachkriegspolitik noch allerhand zu bereden wäre – aber bitte sachlich! Hier wird jedoch ein primitiver Antikommunismus hofiert, wie er widerlicher nicht sein kann. **Walter Ruge**

Europa-Verfassung müßte Bekenntnis zum Antifaschismus enthalten

Gefährlichen Tendenzen Widerstand leisten!

Das Streben der USA nach einem einzigen Machtzentrum, auf die Spitze getriebene antikommunistische Kampagnen und zunehmende Versuche zur Legalisierung faschistischer Umtriebe unterstreichen die Tatsache, daß die Schlüsselfrage von Krieg und Frieden untrennbar mit der Wegscheide Faschismus oder Antifaschismus verbunden ist. Bekanntlich gehören das Streben nach Weltherrschaft, Terror nach innen und außen sowie die Propagierung von Völkerhaß und Rassismus zu den Wesensmerkmalen faschistischer Politik.

Nach dem Zerfall der UdSSR und der Niederlage des Sozialismus in Europa wird der NATO-Kurs durch fortgesetzte Bestrebungen zur weiteren Destabilisierung der Weltlage, zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und durch wütenden Antikommunismus charakterisiert.

Das drückt sich in Repressalien gegen Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte Polens, Tschechiens, der baltischen Republiken und anderer Länder aus. In Tallinn wurde bereits ein besonderes Gesetz unter der irreführenden Bezeichnung „Über den Erhalt von Soldatengebühren“ erlassen, das den Abriß von Denkmälern für Angehörige der Roten Armee, die 1944 bei der Befreiung Estlands gefallen sind, gestattet. Auch in anderen Staaten des ehemals sowjetischen Raumes mehren sich die Fälle von Denkmalsschändungen und Ausschreitungen gegen Träger von

Orden der UdSSR, Aktionen zur Rehabilitierung von Kollaborateuren der faschistischen Wehrmacht und Angehörigen von SS-Einheiten.

Man kann auch nicht daran vorübergehen, daß gewisse EU-Staaten und deren Strukturen, etliche Politiker und Parlamentarier diese Fakten bewußt ignorieren. Mehr noch: Im vergangenen Jahr wurde selbst die Parlamentarierversammlung des Europarates für eine umfassende Kampagne zur „Verurteilung des Kommunismus“ mißbraucht. Ein vorbereitetes Schanddokument konnte in seiner Wirkung nur dadurch abgemildert werden, daß bestimmte „Empfehlungen“ nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit fanden.

Dennoch ist die weit über rechtsradikale Aktivitäten hinausgehende Faschisierung als eine äußerst gefährliche Tendenz in einer ganzen Reihe von Staaten zu betrachten. Auf einem Forum, das im Dezember 2006 in der Ukraine stattfand, wurde sogar der Begriff „Faschisierung der gesamten Gesellschaft“ gebraucht. Damit soll deutlich gemacht werden, daß antikommunistische Hysterie und die Verbreitung faschistischer Tendenzen heute nicht am Rande, sondern in der Mitte der Gesellschaft kapitalistischer Länder entstehen, begünstigt und gefördert werden. Auch in der BRD sitzen Neonazis in staatlichen Entscheidungsgremien. Diese Kräfte haben augenscheinlich mächtige und einflußreiche Schirmherren und Be-

schützer. Sie werden als Gegenkraft zur Linken gebraucht, während bestehende Gesetze das sofortige Verbot faschistischer Aktivitäten und Organisationen ohne Gerichtsurteil gestatten würden.

Es ist auch kein Zufall, daß extrem reaktionäre Tendenzen in osteuropäischen EU-Staaten mit einem weiteren Ausbau der NATO-Präsenz in diesen Ländern einhergehen. Die geplante Stationierung von USA-Raketenabwehrsystemen in Polen und Tschechien sowie die Schaffung von NATO-Stützpunkten in weiteren Staaten, die früher dem Warschauer Vertrag angehörten, stehen in eklatantem Gegensatz zu seinerzeit übernommenen Garantie-Verpflichtungen. Die sogenannten Machteliten der beteiligten Länder nehmen sie aber enthusiastisch auf.

Angesichts einer derart gefährlichen Entwicklung müssen Kommunisten, Sozialisten und andere Antifaschisten nach Wegen zu einer Übereinkunft suchen, um die Zusammenführung ihrer Potentiale gegen Antikommunismus und Neofaschismus zu fördern. Ihre Solidarität gegen diese Bedrohung ist ein europaweites Erfordernis. Sollte es doch noch zu einer gewandelten EU-Verfassung kommen, dann müßte in deren Text das Bekenntnis zum Erbe des europäischen Antifaschismus und die Forderung nach einem generellen Verbot jeglicher faschistischer Betätigung unbedingt verankert werden. **Bruno Mahlow**

Es forderte nicht viel Phantasie, um mir vorzustellen, wie mancher „RotFuchs“-Leser darauf reagiert, wenn ich ihn schon wieder mit einem sportlichen Thema behellige. Ich wage es dennoch und habe mehr als einen Grund dafür. Es geht um ein Problem, das seit Monaten viele Gemüter bewegt, eben auch solche, die den Sport für ein Randthema halten, mit dem sich ernsthaft politisch Interessierte nicht abgeben. Im Hintergrund aber wurde wieder einmal „mobil“ gemacht.

Sport ist längst ein Politfaktor geworden und auch eine Wirtschaftsbranche mit Milliarden-Etats, die den einen stattliche Gewinne sichert und andere nötigt, pausenlos irgendwelche Finanzlöcher zu stopfen. Wie das eben in der Marktwirtschaft so ist. Das Markante an der Branche ist, daß man ihre Mehrwerterwirtschaft oft nur mühsam zu erkennen vermag. Vielen erscheint sie vor allem als ein weites Feld, auf dem der Spaß dominiert. Der einträgliche Trubel um die Fußballweltmeisterschaft im letzten Jahr war in gewisser Hinsicht typisch: Alle Streikbewegungen verloren an Schwung, deutsche Fahnen wurden geschwenkt, deutsche Siege gefeiert, das deutsche „Sommermärchen“ drängte manches politische Thema in den Hintergrund.

Weil der Sport von so vielen noch als das betrachtet wird, was er nach dem Hörensagen vor Jahrzehnten einmal gewesen sein soll, eignet er sich auch vortrefflich für politische Aktionen, was wiederum meine Behauptung erhärtet, daß er auch im „RotFuchs“ seinen Platz verdient.

Konkret geht es mir um das unselige Dopingtheater, das nicht nur mithilfe, das traditionelle politische „Sommerloch“ abzudecken, sich bereits im Vorfeld des Scheinheiligendamm-Spektakels als Ablenkungsmanöver bewährte und schließlich eine andere politische Absicht beförderte. Dazu müssen sich nicht mal TV-Manager zusammentun, um Pläne zu schmieden, solche Projekte realisieren sich im Selbstlauf. Zum Beispiel: Radrennstars erscheinen in Talkshows und bekennen, EPO genommen zu haben. Die Moderatoren geben sich fassungslos, rufen einen „Experten“ aus der Kulisse, der ebenfalls gebührend staunt, und die Öffentlichkeit hat ein Thema, das simplen Gemütern zu schlaflosen Nächten verhilft. Schlagzeilen beherrschen den nächsten Morgen: „Hat er? Hat er nicht? Hat er nicht vielleicht doch ein wenig?“ „Dopingsünder“ scharen sich in den TV-Beichtstühlen, die an die billigen Gerichtssaal-Seifenopern der Nachmittagsprogramme erinnern.

Diesmal war es allerdings ein riskanter Drahtseilakt, denn nachdem man Jahre hindurch rund um die Uhr behauptet hatte, nur in der DDR sei hemmungslos und natürlich menschenrechtswidrig gedopt worden, drohte in dem allgemeinen Wirbel ein schiefes Bild zu entstehen. In der BRD war EPO wie ein Allerwelts-Kopfschmerzmittel angewandt worden. Dem Laien sei mit wenigen Worten erklärt: Rote Blutkörperchen transportieren den Sauerstoff durch den Organismus. Ein überforderter Athletenkörper wird durch

Ein Ablenkungsmanöver vor dem Scheinheiligendamm-Spektakel Dopingtheater im „Sommerloch“

zusätzliche rote Blutkörperchen entlastet. Deshalb reisten DDR-Athleten in Höhen Trainingslager, wo sich die roten Blutkörperchen in der dünnen Luft von selbst vermehren. Deshalb entwickelten DDR-Wissenschaftler Unterdruckkammern, in denen man unter Höhenbedingungen zu ebener Erde trainieren konnte. Nichts davon war Doping! Alle Welt wußte es. Dann kamen Pharmakonzerne und verkauften rote Blutkörperchen in EPO-Packungen. Das war Doping, weil es lebensgefährliche Folgen hatte: Die dem Blutkreislauf zugeführten Übermengen bewirkten eine Verdickung des Blutes. Rennfahrer mußten sich für die Nacht den Wecker stellen, um das Schlimmste zu verhüten.

Noch einmal: Das alles mag auf den ersten Blick die politische Landschaft kaum tangieren, doch ein etwas schärferer Blick bewahrt vor solchem Irrtum.

Auf den „RotFuchs“-Seiten ist in den letzten Monaten ausgiebig über die „Fehler“ diskutiert worden, die zum „Untergang“ der DDR geführt haben sollen. Im Eifer dieser Debatten droht ein wenig an den Rand geraten sein, daß unser aktuelles Problem doch wohl eher die pausenlos zunehmende grenzenlose Verteufelung der DDR ist. Zugegeben: Uns stehen keine Fernsehkanäle zur Verfügung, in denen wir die Wahrheit verbreiten können, aber ich meine, daß es nützlich wäre, unseren

Eifer dem Kampf gegen diese Verteufelung zu widmen. Und zwar eben, weil die andere Seite nichts ausläßt, um diesen Kreuzzug zu führen.

Und damit kehre ich zurück zum Thema Doping. Mitten in die TV-Talkrunden, in die Beichten platzte plötzlich der Vorschlag, alle angeblich mit Hilfe von Doping erzielten Rekorde annullieren zu lassen. Der Beifall für diese Empfehlung kam von ahnungslos Gutwilligen, aber die Initiatoren interessierte die „Reinheit“ der Rekorde nicht die Bohne. Viele Weltrekorde in der Leichtathletik zum Beispiel stammen von DDR-Athleten, und hinter ihrem Namen steht in Klammern nicht „ehemalige DDR“, sondern „DDR“ – und das wird wohl für ewig dort stehen bleiben. Die Dopinglawine erschien den Anti-DDR-Kreuzzüglern als eine glänzende Gelegenheit, wieder ein Stück Wahrheit abreißen zu lassen. Nun mag mir jemand entgegenhalten, daß es doch wichtigere Fragen gibt als Rekordlisten, und da melde ich schlichten Widerspruch an: Die „Delegitimierung“ der DDR ist eine umfassende Operation. Die ist zwar nicht restlos zu verhindern, aber durch unsere Energie zu bremsen.

Und diese Energie sollten wir aufbringen und der Gegenwart widmen!

Dr. Klaus Huhn

Der „RotFuchs“ gratuliert verdienten Vereinsmitgliedern zu ihren Jubiläen

Martin Fränkel (8. August) aus Leipzig
Gertrud Richter aus Gera (9. August) und
Albert Oehme ebenfalls aus Gera (23. August)
begehen ihren 85. Geburtstag.

Das 75. Lebensjahr vollendet
Georg Haus (20. August) aus Neubrandenburg.

Herzlich grüßen wir den neuen 70jährigen:
Prof. Dr. Manfred Weien (11. August) aus Magdeburg.

Unsere Glückwünsche zum 65. gehen an
Hans-Jürgen Geyler (14. August) aus Bautzen,
Klaus Marschke (16. August) aus Berlin,
Lutz Pistor (16. August) ebenfalls aus Berlin und
Jürgen Redzimski (20. August) aus Teterow.

60 Jahre werden alt:
Roland Winkler (10. August) aus Remseck-Aldingen,
Rolf Kormann (19. August) aus Berlin und
Heinrich Jung (31. August) aus Zella-Mehlis.

Frau Merkel, wie zuvor ihr Ziehvater Kohl, scheut Verfassungen wie der Teufel das Weihwasser. Vor allem solche, die durch Volksentscheid zustandekommen.

Die Bürger Frankreichs und Hollands haben dem zweifelhaften Text einer europäischen Verfassung eine Absage erteilt. Angezeigt war aufgrund dessen, diese Verfassung in einer breiten Diskussion mit den Bürgern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union so zu überarbeiten, daß die Bedenken ausgeräumt werden, die nicht nur Franzosen und Holländer gegen den vorgelegten Text haben. Statt dessen strebte Kanzlerin Merkel als zeitweilige Ratspräsidentin der EU eine Vereinba-

Die „Väter“ des Grundgesetzes – Sachverständige, die den Entwurf fernab vom Volk auf einer Insel im Chiemsee ausgearbeitet hatten – sahen ihr Produkt als Provisorium an. Das war der Präambel zu entnehmen und stand auch im Art. 146: Das GG „verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Selbst wenn im Jahre 1949 die Voraussetzungen für eine Volksabstimmung über eine Verfassung der BRD nicht hinreichend gegeben gewesen sein mögen – sie war im Grundgesetz ausdrücklich vorgesehen, um damit die verfassungsmäßigen demokratischen Grundlagen des

Volksrat, der sich nun als Provisorische Volkskammer konstituierte, bestätigte diesen weithin diskutierten Entwurf der Verfassung der DDR. Die zweite Verfassung der DDR (1968) beruhte auf einem Volksentscheid.

Als sich 1990 die im Grundgesetz vorgesehene „Wiedervereinigung“ und damit die von ihm gebotene Ausarbeitung und Annahme einer Verfassung der Bundesrepublik Deutschland durch das deutsche Volk gemäß Artikel 146 Grundgesetz ergab, wurde dieser demokratische Schritt erneut vermieden. Juristische Gründe dafür bestanden nicht. Die Mißachtung des Artikels 146 und das Ausweichen auf die Beitrittsmöglichkeit des Artikels 23, die sich ursprünglich vor allem auf das Saarland bezog, hatten augenscheinlich politische Motivationen. Nachdem abzusehen war, daß bereits die Ausdehnung der Währungshoheit der Bundesrepublik auf das Staatsgebiet der DDR erhebliche soziale Verschlechterungen für deren Bürger mit sich bringen würde, war den Kräften um Kanzler Kohl klar, daß die Verzögerung des Anschlusses der DDR durch einen zeitaufwendigen Verfassungsprozeß die Chancen der CDU/CSU bei der anstehenden Wahl zum Bundestag deutlich verringern würde. Außerdem mußten er und die hinter ihm stehenden politischen Parteien befürchten, daß im Ergebnis einer wirklichen Diskussion progressive Bestimmungen, insbesondere zu den sozialen Grundrechten, in die Verfassung aufgenommen werden könnten. Angesichts der Gefahr, politisches Ansehen, besonders auch bei irreführenden und bestimmte Erwartungen hegenden Ostdeutschen zu verlieren, scheuten Kohl und seine Leute das DDR-Beispiel einer plebiszitären Grundentscheidung über die Annahme einer Verfassung und die Verankerung ihnen nicht genehmer Artikel in dieser. Eben deshalb wurde der „schnellere Weg“ über Artikel 23 beschritten und zugleich behauptet, das Grundgesetz habe sich bewährt, es bedürfe also gar keiner Verfassung.

Im Ergebnis dessen entbehrt die BRD als einziges modernes Land nach wie vor einer Verfassung. Es wurden lediglich kosmetische Verbesserungen am Text des GG vorgenommen, so in der Präambel, im Art. 2 in Gestalt einer Staatszielbestimmung zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau und des Diskriminierungsverbots bei Behinderungen. Allerdings hat man am Text des Grundgesetzes von 1949 einiges verbösert und verschlechtert. Das gilt besonders für die Bereiche der politischen Rechte und angeblich der staatlichen Sicherheit geschuldete Ergänzungen bzw. Änderungen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß wir im 21. Jahrhundert nicht nur unter einem beispiellosen Provisorium leben, sondern, verfassungsrechtlich einen ersten Rückfall sowohl gegenüber der Weimarer Reichsverfassung als auch gegenüber den Verfassungen der DDR erlitten haben.

Die politisch Herrschenden scheuen eine Verfassung des Volkes. Dafür haben sie ihre Gründe. **Prof. Dr. Erich Buchholz**

Warum die BRD-Regierenden am provisorischen Grundgesetz festhalten Notorische Verfassungsscheu

unterhalb einer Verfassung an, um einem erneuten negativen Votum der Bürger von Mitgliedstaaten zu entgehen. Statt eine positive Einstellung zu einer Verfassung zu fördern, schleichen sich Merkel & Co. um die Volksabstimmung über eine europäische Verfassung herum.

Unter demokratischen Bedingungen müßte der Text des Verfassungsvertrages unter breiter Teilnahme der europäischen und nationalstaatlichen Öffentlichkeit ausgearbeitet und allen EU-Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden, was zur Vermeidung von Beeinflussung am selben Tag und nach denselben Regeln zu erfolgen hätte. Als angenommen dürfte diese Verfassung erst dann gelten, wenn in allen Mitgliedstaaten eine mehrheitliche Zustimmung besteht. Ohne diese kann es keine legitime europäische Verfassung geben. Einen bürokratischen Superstaat „Europa“ brauchen wir nicht.

Die Scheu vor einer so beschlossenen Verfassung ist bei den maßgeblichen Politikern der Bundesrepublik nichts Neues. Es darf daran erinnert werden, daß das 1949 ausgearbeitete Grundgesetz absichtsvoll nicht als Verfassung der Bundesrepublik bezeichnet wurde. Am 23. Mai 1949 stellte der „Parlamentarische Rat“ in Bonn fest, daß das von ihm beschlossene Grundgesetz durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden sei. Zuvor hatte es von den drei westlichen Alliierten nach Korrekturen und mit einigen Vorbehalten das Plazet erhalten. Das Grundgesetz war also weder über einen längeren Zeitraum öffentlich diskutiert worden, noch wurde es durch die Bürger selbst bestätigt.

Staatswesens und seiner Rechtsordnung zu schaffen.

An dieser Stelle darf daran erinnert werden, daß nach Kriegsende, jedenfalls seit 1946, in ganz Deutschland eine breite Verfassungsdiskussion geführt wurde, um dem deutschen Volk eine gesamtdeutsche Verfassung zur Annahme vorzulegen. Dabei ging es vor allem darum, inwieweit an die Weimarer Verfassung angeknüpft werden könnte und welche ihrer Mängel vermieden werden sollten. Dies betraf hauptsächlich die außerordentlichen Vollmachten des Reichspräsidenten, nach Art. 48 Parlament und Grundrechte zu suspendieren und mit Notverordnungen zu regieren. Auf diese Weise ernannte Hindenburg Hitler bekanntlich zum Reichskanzler. Abgesehen von dieser gefährlichen Schwäche war die Weimarer Verfassung in ihren Grundzügen durchaus demokratisch und sozial. Namentlich insoweit fällt das Grundgesetz, das nur eine unverbindliche soziale Staatszielbestimmung enthält, deutlich hinter Weimar zurück.

Demgegenüber enthielt der für eine gesamtdeutsche Demokratische Republik gedachte und bestimmte Verfassungstext progressive Bestimmungen, insbesondere soziale Grundrechte und weitgehende Rechte der arbeitenden Bevölkerung.

Nachdem die Bundesrepublik als westdeutscher Teilstaat gegründet worden war, erwies es sich als unerlässlich, im Osten Deutschlands, auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone, ebenfalls ein Staatswesen zu schaffen. Das erfolgte am 7. Oktober 1949. Der aus dem durch die Bürger gewählten III. Deutschen Volkskongreß hervorgegangene Deutsche

Das Platzen der „Spiegel“-Ente vom „Abbau West“

Die große Transfer-Lüge

Offenbar mit dem Ziel, einen Beitrag zur Diskussion um den „Aufbau Ost“ zu leisten, veröffentlichte der „Der Spiegel“ in Nr. 17/2007 einen Artikel unter der Schlagzeile „Subventioniert: Zeit, daß sich was dreht“. Die Untertitel lauteten: „Nirgendwo zeigen sich Aufschwung Ost und Abbau West so brutal wie an der einstigen innerdeutschen Grenze. Politiker fordern ein Ende der pauschalen Ostförderung“. Um seine Thesen und die Schlußfolgerung zu belegen, begab sich der „Spiegel“-Mann in das kleine bayerische Nordhalben, berichtete über Helmstedt, Uelze, Duderstadt im Westen und über Saalburg und Teistungen in Thüringen. Zu Nordhalben heißt es dort: „In der 2000-Seelen-Gemeinde am einstigen Zonenrand stehen 60 Häuser leer, die Straßen sind holprig wie früher zwischen Leipzig und Bitterfeld, die Kanalisation stammt noch aus dem Jahr 1907. Wer kann, der macht gleich rüber – in den Osten. Knapp zwei Kilometer sind es nur bis in das Subventionsparadies (!), wo Unternehmern (welchen?) die Staatsmillionen geradezu aufgedrängt werden. 400 Arbeitsplätze sind schon abgewandert.“

Und ganz ähnlich wird die Situation in den anderen Orten im Westen geschildert. All das „beflügele“ eine neue Diskussion über „Sinn und Unsinn der Ostsubventionen“ und die „Geldschwemme“ im Osten. Bayerns Innenminister Beckstein wird mit den Worten zitiert: „In den alten Bundesländern ist ein Nachholbedarf entstanden, der muß nun ausgeglichen werden.“ Und um dem Ganzen einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen verweist der Autor auch auf die Prognos-Studie 2007. Sie komme zu dem Schluß, „daß sich die ostdeutschen Spitzenstandorte inzwischen in der gleichen Liga wie westdeutsche Top-Regionen bewegen. Bezahlen müssen dafür teils ärmere Westregionen, die inzwischen aussehen wie die DDR ohne Trabbi und die das enorme Fördergefälle zu den Ostkonkurrenten beklagen“ (!) Welche grundsätzlichen Aussagen trifft die Studie der Beratungsgesellschaft Prognos aber tatsächlich?

Prognos macht deutlich, daß es auch in den zurückliegenden Jahren nicht gelang, ein Entwicklungstempo im Osten zu erreichen, das den Abstand zum Westen der BRD verringert hätte. Dort würden derzeit nur ca. 67 % des Bruttoinlandsprodukts West ausgewiesen. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) bemerkt dazu: „Wenn der Osten in 15 Jahren (!) zwischen 70 und 75 Prozent erreicht, dann ist das schon als Erfolg zu werten.“

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Köln, „eine branchen- und parteiübergreifende Plattform“, die von den Unternehmerverbänden (!) der Metall- und Elektroindustrie finanziert wird und deren Positionen vertritt, veröffentlichte im Februar 2007 eine Studie zu den Stand-

ortqualitäten in Deutschland. Ihre Aussagen ergeben zusammengefaßt:

- Die sogenannten 30 Top-Regionen gehören ohne Ausnahme zu Bayern, Baden-Württemberg und Süd-Hessen.
- Die letzten 25 Plätze werden ausschließlich von ostdeutschen Regionen belegt.
- Auf den letzten 75 Plätzen befinden sich nur drei Regionen aus dem Westen! Nun stellt es der „Spiegel“-Autor aber auf einige der ehemaligen Grenzgebiete ab: Eine Gegenüberstellung des Prognos-Rankings thüringischer und sachsen-anhaltinischer Regionen (Kreise Saale-Orla, Saalfeld-Rudolstadt, Sonneberg, Hildburghausen, Schmalkalden-Meinungen, Wartburgkreis, Eichsfeld) mit den jeweils angrenzenden altbundesdeutschen Gebieten ergibt eine ebenso klare und eindeutige Aussage:
- Von den genannten 7 Ostregionen weisen 3 hohe Zukunftsrisiken und 4 Zukunftsrisiken auf.
- 4 dieser 7 Regionen haben sich sogar im Verhältnis zur ersten Prognos-Studie aus 2004 verschlechtert, und 2 von ihnen bewegen sich seitdem unverändert auf gleich schlechtem Niveau!
- In den angrenzenden Westgebieten steht diesen Bewertungen zumindest ein ausgeglichener Chancen-Risiko-Mix gegenüber!

Hohe bzw. sehr hohe Risiken für die Zukunft bergen fast 40 Prozent aller 113 ostdeutschen Regionen; während von den 326 westdeutschen Regionen nur eine – nämlich das nicht im ehemaligen Grenzgebiet gelegene Holzminden – ein hohes Zukunftsrisiko aufweist!

Nicht weniger aufschlußreich sind die Dinge, die nicht benannt werden. Vor dem Hintergrund der ständigen Berufung auf die Milliarden-Euro-Aufbauhilfe im West-Ost-Transfer sind das vor allem solche historischen Tatsachen wie die Abwerbung und Abwanderung von DDR-Bürgern und Ostdeutschen in den Westen von 1945 bis zum heutigen Tage; der mit aller Intensität im Rahmen des kalten Krieges gegen die DDR geführte Wirtschaftskrieg; die organisierte Ausplünderung der DDR und Ostdeutschlands und die insgesamt daraus resultierenden riesigen Verluste für die DDR und den Osten. Sie alle bleiben „zufällig“ außer Betracht, weil sie ein ganz und gar anderes Gesamtbild ergeben.

• Zwischen 1951 und 1961 verließen 2,5 Millionen DDR-Bürger, gut ausgebildete Facharbeiter und Spezialisten, die DDR. Das führte zu Verlusten in Höhe von ca. 135 Mrd. Mark der DDR.

Während allein im Jahr 1960 durch dieses Potential in der BRD ein Bruttosozialprodukt von 18,4 Mrd. DM zusätzlich erwirtschaftet wurde, erwuchs der DDR daraus ein Verlust von 15,5 Milliarden am Nationaleinkommen.

Von 1990 bis 2000 verließen dann noch einmal 2,3 Millionen Ostdeutsche das Ge-

biet der früheren DDR. Dieser Exodus hält seitdem an. (s. Blessing, Damm, Werner: Die Schulden des Westens)

• Ein besonderer Ost-West-Transfer (nicht West-Ost!) fand in den Jahren 1946 bis 1953 statt. Die Rede ist von den Reparationen der Sowjetischen Besatzungszone, bzw. der DDR gegenüber der UdSSR. Es ist unbestreitbar, daß das ganze Deutschland diese Wiedergutmachungsleistungen entsprechend seiner historischen Verantwortung gehabt hätte. Tatsächlich aber standen die daraus resultierenden Belastungen zwischen Ost und West in einem Verhältnis von 98:2! Die Reparationsleistungen wurden praktisch ausschließlich von Ostdeutschland erbracht, und das, obwohl es sich von 1945 bis etwa 1957 in einer wesentlich ungünstigeren wirtschaftlichen Ausgangsposition befand als Westdeutschland. Ein (bis dahin) hochgeschätzter Historiker der BRD, Prof. Dr. Arno Peters, stellte 1989/90 fest, daß zu den Preisen von 1953 jeder DDR-Bürger 16 124 DM, jeder BRD-Bürger aber nur ganze 126 DM Reparationsleistungen aufzubringen hatte. Zu Preisen des Jahres 2000 verzinst ergibt sich daraus eine Schuld des Westens gegenüber Ostdeutschland von 1,3 Billionen DM. Das war für die BRD „eingespartes Kapital“.

Im wesentlichen aus diesen Summen plus der stabsmäßig organisierten Plünderung ostdeutschen Volksvermögens (Treuhand) in Höhe von 1,4 Billionen DM ergibt sich eine Gesamtsumme von 7 Billionen DM Schulden des Westens an den Osten – und nicht umgekehrt.

So erweist sich der Aufbau Ost auch bis heute als „das größte Bereicherungsprogramm für Westdeutsche, das es je gegeben hat“. (H. Voscherau, zitiert nach S. Wenzel. Was kostet die Wiedervereinigung?)

Der in der Terminologie des kalten Krieges gehaltene und offensichtlich auf das Entfachen westdeutscher Emotionen gerichtete Artikel des „Spiegel“-Autors ist also ein klassischer Rohrkrepierer.

Hans Gebhardt

Heinz Keßler in Strausberg!

Der Verteidigungsminister der DDR und Armeegeneral a. D. spricht am **18. August** um **9.30 Uhr** im Klub am See, Wriezener Straße 11, auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe über das Thema

Antifaschismus tut not!

Wortmeldung zur Debatte über Wert, Wertgesetz und Sozialismus

Die Kategorie der abstrakten Arbeit darf nicht preisgegeben werden

Ich möchte mich nicht von Zitaten aus Schriften von Marx, Engels, Lenin und anderen leiten lassen, sondern versuchen, die Probleme einfach zu durchdenken.

Die erste Untersuchung zum Thema Warentausch, von der wir wissen, stammt von Aristoteles. Er ging schon davon aus, daß der Tausch zwei Bedingungen erfordert: Dinge, die getauscht werden sollen, müssen verschieden sein, denn sonst wäre der Tausch eine Tollheit. Aber sie müssen etwas besitzen, das sie vergleichbar, also des Tauschs fähig macht. Die klassische politische Ökonomie entdeckte, daß die gleichmachende Substanz Arbeit ist. Marx hat dies weitergetrieben: Was die Dinge unterschiedlich macht, wird durch konkrete Arbeit erzeugt, das, was sie vergleichbar macht, durch abstrakte Arbeit. Sie ist die Werts substanz.. Ohne arbeitsteilige Produktion und ohne das Eigentumsverhältnis, in dem sich die Tauschenden befinden, wäre der Tausch weder nötig noch möglich.

Nutzen wir eine der berühmt-berüchtigten Robinsonaden. Es gibt dazu ein weltliterarisches Zeugnis, den Roman Daniel Defoes. Robinson lebte allein, nicht in einer arbeitsteiligen Gesellschaft (wenn man davon absieht, daß er diese in seinem Kopf mitgeschleppt hatte). Die Eigentumsfrage stellte sich für ihn nicht. Es gab keinen Tausch, folglich auch keinen Wert. Unter solchen Verhältnissen lebend, kann einer, sofern er die Fähigkeiten dazu besitzt, die Bedingungen seines Daseins durch eigene Arbeit erzeugen, und diese Arbeit wäre konkrete Arbeit. Diesen unter solchen Verhältnissen eigentlich sinnlosen Begriff benutze ich hier nur, um auf das Problem des Messens, des Bewertens kommen zu können. Denn dieser Robinson mußte einerseits nicht „messen“ und „bewerten“, sondern nehmen und nutzen, was er finden konnte. Aber sicher stellte er Überlegungen an, wieviel Zeit nötig sei bei der Verrichtung einer Arbeit, also in diesem Sinn zu planen hatte er schon. Aber mit dem Wert im Sinne der politischen Ökonomie hatte das nichts zu tun. Es ging um Dinge des täglichen Gebrauchs (analog also um Gebrauchs-Werte), und die fallen aus dem Bereich der politischen Ökonomie heraus.

Zum nächsten Schritt: Anhänger Weitlings haben im 19. Jahrhundert in Nordamerika versucht, in einem recht großen Bereich eine Art sozialistischer Insel aufzubauen, also in einem abgeriegelten Areal mit Zehntausenden Genossen Produktion, Konsumtion, gesellschaftliches Leben in der Art der Weitlingschen Utopie zu gestalten. Es ging eine gewisse Zeitlang gut, doch dann traten Probleme auf, weil sie sich natürlich nicht vollständig von der

kapitalistischen Umwelt abkapseln konnten. Auch wanderten junge Arbeitskräfte in die kapitalistische Umwelt ab, da es dort bessere Bezahlung gab. Mit anderen Worten: Die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie waren stärker. Und in gewisser Weise haben wir solche Probleme ja auch während der Jahrzehnte des Aufbaus und Lebens der sozialistischen Staaten Osteuropas erlebt.

Noch ein Schritt weiter: Auch unter sozialistischen und kommunistischen Bedingungen wird die Produktion arbeitsteilig sein müssen. Die Eigentumsverhältnisse werden sich ändern. Gäbe es nur einen einzigen Eigentümer (also gäbe es gar keinen Eigentümer, siehe das Beispiel Robinson!) der Arbeitsprodukte, wäre Tausch weder möglich noch nötig. Man vergegenwärtige sich aber die Probleme, die sich aus einem solchen Zustand ergäben. Er, dieser Zustand, müßte weltweit gelten, um sich – wie oben an Beispielen dargestellt – „ungestört“ entwickeln zu können. Er müßte von geographisch-klimatischen, von historisch-kulturellen usw. Verhältnissen absehen. Er würde dennoch nicht umhin kommen, die Arbeitsergebnisse zu messen, zu bewerten, wenn nicht riskiert werden soll, Arbeitskraft und Natur „ohne Rücksicht auf Verluste“ zu nutzen. Was aber könnte er „messen“?

In der Sowjetunion, also nicht einmal „weltweit“, waren gegen deren Ende etwa 25 Millionen Positionen im Arbeits-, im Planungsprozeß zu erfassen. Das wäre unter den heutigen Verhältnissen offensichtlich eine noch weit größere Zahl. Unterstellt man, das wäre mit den dann vorhandenen elektronischen Möglichkeiten zu meistern, so dürfte einleuchtend sein, daß das nur mittels eines riesigen Apparats mit bürokratischen Anhängseln und wahrscheinlich gewaltigem Leerlauf und Verlusten angegangen werden könnte. Bei der unwahrscheinlichen Annahme eines nur einzigen Eigentumsverhältnisses (genaugenommen wäre dies ein runder Kreis) wird also auch unter sozialistischen und kommunistischen Bedingungen nicht nur arbeitsteilig produziert, sondern es muß auch getauscht und folglich nach objektiven Bewertungen gesucht werden. Unterstellt man Stalins Thesen vom dann nicht mehr bestehenden Waren-, sondern Produktentausch, muß gemessen werden, muß es letztlich zum Äquivalententausch kommen.

Was könnte unter diesen Bedingungen gemessen werden? Der Versuch, bei den Produkten anzusetzen, soweit sie konkreter Arbeit entstammen, führt ins Absurde: In die Aufgabe, die Gebrauchswerte zu messen, die aber kein eigentlicher Gegenstand der politischen Ökonomie sind. Man stelle sich das vor: völlig unterschiedliche Produkte, völlig unterschiedliche Verhältnisse (siehe oben). Es gibt m. E. nur eine Möglichkeit: Die Kategorie der abstrakten Arbeit kann nicht preisgegeben werden.

Aber auch das würde an der faktischen Unmöglichkeit scheitern, so vorzugehen, wenn es nicht begrenzte Wirtschaftsräume gäbe, deren konkrete Verhältnisse in die Bestimmung der Äquivalenzen einzubeziehen wären. Man fühlt sich an den mißlungenen Versuch Chruschtschows erinnert, dies in der Sowjetunion zu tun. Aber nur in einem solchen Rahmen wäre es möglich, mit der Kategorie der abstrakten Arbeit zu arbeiten – und das wäre dann aber auch notwendig.

Das bedeutet aber doch, daß allem Arbeiten mit Zitaten zum Trotz, mit denen das eine oder sein Gegenteil „bewiesen“ werden soll, kein Weg an den Problemen des Wertens, des Bewertens, des Messens der zur Produktion nötigen Bedingungen vorbeigeht. Ob man dann von Wert und Wertgesetz spricht oder statt dessen, um sich von der kapitalistischen Erscheinungsweise derer abzusetzen, irgendwelche anderen Begriffe einführt, am realen Sachverhalt wird dadurch nichts geändert.

Dr. sc. Robert Steigerwald

Solidarisch

Der Chefredakteur der Tageszeitung „junge Welt“, Dr. Arnold Schölzel, der in einer Fernsehsendung die DDR und deren Sicherheitsorgane verteidigt hat, ist in der bürgerlichen Presse – auch in Biskys ND – rüde angegriffen worden.

Der „RotFuchs“ solidarisiert sich mit dem verunglimpften Journalistenkollegen.

Er ging für die Sache des Proletariats durchs Feuer Held in Buchenwald und Dora: Albert Kuntz

30. Januar 1933: Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler. Die reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie und des Adels jubeln. Nun haben sie die absolute Macht im Lande. Die systematische Förderung der Faschistenpartei hat sich gelohnt. Sie können von jetzt an ungehindert darangehen, die Ergebnisse der Niederlage von 1918 zu revidieren und einen neuen Waffengang vorzubereiten. Doch vorher müssen sie die Kommunisten ausschalten. Deren Partei mit mehr als 300 000 Mitgliedern ist die konsequenteste antifaschistische Kraft. So beginnt das Terrorregime sofort mit der Jagd auf Kader der KPD. Dabei erweisen sich Verhaftungslisten, die von Polizeipräsidenten, auch sozialdemokratischen, der Weimarer Republik aufgestellt worden waren, als Vorteil. Zu Tausenden werden Genossen verhaftet, gefoltert, erste brutal ermordet. Einer von denen, die sie vor allem suchen, ist Albert Kuntz, Abgeordneter des Preußischen Landtags, Kandidat des ZK der KPD und Sekretär der Bezirksleitung Hessen-Frankfurt.

Erst 36 Jahre alt, hat er schon schlimme Erfahrungen mit dem Kapitalismus hinter sich. Am 4. Dezember 1896 im sächsischen Wurzen geboren, muß er bereits als Siebenjähriger helfen, die Familie zu ernähren. Nach der Schulzeit absolviert er eine Lehre als Kupferschmied. Die tägliche Arbeitszeit in der Fabrik beträgt 14 Stunden. Lehrlingsgeld gibt es nicht, dafür jede Menge Prügel und Strafarbeit, wofür die Mutter noch 100 Mark Lehrgeld im Jahr aufbringen muß. Albert beißt sich durch, will ein guter Facharbeiter werden. Er schließt sich einer Jugendgruppe an, um die sich der Leipziger Sozialist Georg Schumann kümmert.

Ab Oktober 1915 soll er für Kaiser, Adel und Kapital gegen die Franzosen kämpfen. Sein Pionierbataillon wird in die mörderische Schlacht bei Verdun geworfen. Albert hat „Glück“, er kommt schwerverwundet nach Hause. Bald Mitglied der USPD, gründet er mit Freunden die Ortsgruppe der Freien Sozialistischen Jugend. Am 28. Juli 1919 tritt er in die KPD ein. Er ist bemüht, sich theoretisches Wissen anzueignen. Er spricht in Versammlungen, hilft, Parteiorganisationen zu gründen. Schließlich wird er in die westsächsische Bezirksleitung gewählt.

Den Herrschenden fällt der kräftige, aktive und redegewandte junge Kommunist bald auf. Beim Kapp-Putsch blockiert er die Wurzener Garnison der Reichswehr, organisiert einen mit Kampfbereiten besetzten Sonderzug der Eisenbahn, um den Leipziger Arbeitern zu Hilfe zu eilen. Als im Inflationsherbst 1923 Gutsbesitzer und Großbauern Lebensmittel zurückhalten, zieht er mit Männern der proletarischen Hundertschaften auf die Dörfer und beschlagnahmt Hunderte Zentner Nahrungsmittel für Hungernde. So bleibt es nicht aus, daß Kuntz mit der bürgerli-

chen Klassenjustiz Bekanntschaft machen muß. Man steckt ihn sieben Monate ins Gefängnis. Einer weiteren Verurteilung entgeht er, indem er in Chemnitz untertaucht. Dort ist er weiter als Mitglied der Bezirksleitung Erzgebirge-Vogtland tätig. Er lernt seine Frau Ellen kennen, die ihm



bis zu seinem Tode Lebens- und Kampffährtin bleibt.

1926 übernimmt Albert Kuntz die Funktion des Org.-Sekretärs im Bezirk Hessen-Frankfurt. Nach und nach bilden sich hier über 50 KPD-Betriebsgruppen, vor allem in Unternehmen der Chemie und des Automobilbaus. Noch erfolgreicher wirkt die Partei in Städten und Gemeinden. Als Albert Kuntz 1929 zum Studium nach Moskau delegiert wird, sind Kommunisten in mehr als 150 Ortsgruppen organisiert. Aus er aus Moskau zurückkehrt, stellt ihn die Partei an die Seite Walter Ulbrichts. Der leitet die KPD in der Hauptstadt, wo sie jetzt die stärkste politische Kraft geworden ist. Etwa eine Dreiviertel Million Berliner geben ihr die Stimme. Die Nazis gehen bereits mit Terror und Mord gegen die Linke vor. Auch der Org.-Sekretär Albert Kuntz ist davon betroffen. Im Mai 1932 wird er durch Messerstiche verletzt. Kurz danach schickt ihn die Partei zurück ins Rhein-Main-Gebiet. Auch in dieser industriellen Ballungszone geht es um die Aktionseinheit der Arbeiter. Seine Angebote werden von der dortigen SPD- und Gewerkschaftsführung brüsk abgewie-

sen. So stehen die Kommunisten allein. Am 12. März 1933 fällt Albert Kuntz nach seiner Rückkehr von der illegalen ZK-Tagung in Ziegenhals der SA in die Hände. Er wird schwer mißhandelt. Sein Prozeß endet zwar mit einem Freispruch, doch die Faschisten lassen ihn nicht frei.

Weitere Haft in Darmstadt und Überstellung nach Berlin folgen. In der Gestapo-Folterzentrale Columbiahaus verbringt Kuntz Monate in Isolationshaft. Ein weiterer Prozeß endet ohne Urteil. Man überführt ihn in das KZ Lichtenburg und dann in das Zuchthaus Kassel, bis er im August 1937 als Häftling Nummer 1325 in Buchenwald eingeliefert wird.

Auch hier bleibt Albert Kuntz standhaft. Schon vor dem Berliner Richter hatte er gesagt: „Sie können mich totschiessen, aber daran, daß ich Kommunist bin und bleibe, können Sie nichts ändern.“ So nimmt er Verbindung zur illegalen Parteileitung im Lager auf, der Genossen wie Dr. Theodor Neubauer und Walter Stoecker, später Robert Siewert, Walter Bartel und Ottomar Geschke angehören. Sie knüpfen Kontakte zu Kommunisten anderer Länder, so daß ein internationales Lagerkomitee sowie eine militärische Organisation geschaffen werden können.

Durch Verrat erfährt die Gestapo, daß Albert Kuntz eine führende Rolle in der Widerstandsbewegung und bei Sabotageakten in Rüstungsbetrieben spielt. Seinen Genossen gelingt es noch, ihn in ein Außenkommando einzuschleusen, das zuerst in Kassel, dann im September 1943 im Nebenlager Dora bei Nordhausen eingesetzt wird. Dort werden tiefe Stollen in den Berg Kohnstein getrieben, um Produktionsanlagen für V1-Raketen zu errichten. Mit unglaublicher Brutalität, der Tausende Häftlinge zum Opfer fallen, treibt die SS die Arbeiten voran. Dennoch finden sich auf Initiative einer KPD-Aktivistengruppe um Albert Kuntz Antifaschisten verschiedener Nationalitäten zusammen, um nicht nur die Herstellung der V-Waffen zu sabotieren, sondern auch einen militärischen Aufstand vorzubereiten.

Ein Spitzel bringt die SS auf die Spur der mutigen Antifaschisten. Albert Kuntz wird im Dezember 1944 in den Lagerbunker geworfen. Hunger, Mißhandlungen und Verlockungen bewegen den standhaften kommunistischen Führer nicht zum Verrat. In der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1945 wird er von SS-Mördern erschlagen.

Günter Freyer

Zu den Gründen des Zurückbleibens bei der Arbeitsproduktivität Überholen ohne einzuholen?

Lenin nannte die Frage der Arbeitsproduktivität (AP) das Ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung. Seine Aussage „Der Kapitalismus ... wird dadurch endgültig besiegt werden, daß der Sozialismus eine neue, weit höhere Arbeitsproduktivität schafft“, findet in der Feststellung ihre Ergänzung, daß es sich dabei um „ein sehr schwieriges und sehr langwieriges Werk“ handelt, das mit der Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) beginnt. Die in der DDR gebräuchlichen Zielstellungen „Einholen“ und „Überholen“ wurden von Lenin nicht verwendet.

Will man sich dem Problem nähern, dann muß man sich auf einen hohen Grad der Abstraktion (Verallgemeinerung) einlassen. Zur Verständigung füge ich hier die Definition der AP ein. Sie drückt den Nutzeffekt einer zweckgerichteten menschlichen Tätigkeit bei der Schaffung von Gebrauchswerten aus. Man mißt sie also an der Menge dessen, was eine bestimmte Arbeitskapazität in einer bestimmten Zeiteinheit erzeugt. Zur Darstellung volkswirtschaftlicher Querschnittswerte der AP hat sich seit längerem der Geldwertausdruck der Erzeugnisse bewährt. Allgemein gilt: Sinkt der Arbeitsaufwand je Erzeugniseinheit, so ist die AP gestiegen.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt (WTF) ist das entscheidende Mittel zur Steigerung der AP und damit von großer Bedeutung für die Entwicklung der Produktivkräfte.

Unabhängig von der Gesellschaftsordnung hat er die Eigenschaft, sich bei ungestörter Entwicklung selbst zu beschleunigen; und er überträgt diese Eigenschaft auf die weitgehend durch seinen Verlauf bestimmte Entwicklung der AP. Das heißt, daß sich diese unter solchen Bedingungen nicht geradlinig vollzieht. Die Wachstumskurven steigen in ungestörten Wirtschaftsabläufen bei fortschreitender Zeit zunehmend steiler an. Das heißt, daß der Zuwachs an AP in einem Zeitintervall um so größer wird, je höher ihr Ausgangswert an dessen Beginn ist. Die höhere AP mit ihren steileren Steigungen hat also offenbar die Tendenz, den niederen davonzulaufen.

Damit wird die Schwierigkeit deutlich, auf die eine beliebige Volkswirtschaft stößt, wenn sie eine andere mit zeitgleich höherem Niveau der AP einholen will. Sie ist um so größer, je stärker die verglichenen APs am Beginn des betrachteten Zeitintervalls voneinander abweichen.

Ein Blick in die Geschichte beweist, daß in der internationalen Klassenaueinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus bisher immer die Kapitalisten die jeweils höheren Vergleichswerte der AP hatten. Ein Einholen ist daher nur

auf der Basis neuer „Wirkprinzipien“ wie wir das in der DDR nannten, vorstellbar. Mildernd können Importe von wissenschaftlich-technischem Höchststand aus der Zone höher entwickelter Produktivkräfte wirken.

Vergegenwärtigt man sich Breite und Vielfalt einer Volkswirtschaft, dann fragt man sich zwangsläufig, ob es reale Grundlagen für die Annahme gibt, neue Wirkprinzipien könnten kurzfristig, also weitgehend parallel zueinander, das technologische Niveau in der Mehrzahl der Bereiche einer sozialistischen Wirtschaft derart revolutionieren, daß deren durchschnittliche AP sprunghaft in den erforderlichen Bereich steigt. Das ist zu verneinen, wenn man zusätzlich bedenkt, daß diese Entwicklung unter Bedingungen erfolgen muß, in denen die Gesellschaft eine Vielzahl anderer Belastungen zu meistern hat, deren Bewältigung den revolutionären Kräften ein Höchstmaß an Mut, Einsatz und Kreativität abverlangt. Dazu gehört nicht

zuletzt die Abwehr gegnerischer Attacken im Innern und von außen.

Das heißt aber nicht, daß sozialistische Revolutionen bei zurückgebliebener AP keinen Erfolg haben könnten. Das sind sogar die historischen Regelfälle, zu denen auch die Oktoberrevolution und ihre europäischen Kinder hätten gehören können, wenn andere Voraussetzungen dafür besser erfüllbar gewesen wären. Als positives Beispiel habe ich Kuba im Auge. Doch Betrachtungen über seinen spektakulären Erfolg und sein Vermögen, sich in einer feindlichen Umwelt zu behaupten, würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Zur VR China blicke ich, wenn ich an den potenzierten Import von wissenschaftlich-technischem Fortschritt denke. Der global operierende Kapitalismus könnte in übersteigertem Selbstbewußtsein einem derart blinden Taumel verfallen sein, daß er gerade an dieser Stelle dicke Nägel in den eigenen Sarg schlägt. **Wolfgang Mäder**

Brief aus der „Heldenstadt“ Tolles Leipzig

Sie wissen nicht, was sie reden, und sie wissen nicht, was sie tun“, erklärte Leipzigs Sportchef Uwe Gasch. Gemünzt war das auf die Stadtverwaltung, die seit der mißglückten Olympiabewerbung die Zuschüsse jährlich kürzt. Der Zustand vieler „normaler“ Sporthallen ist inzwischen kläglich, und erst seit einem Jahr existiert eine Zustandsanalyse, über die man „erschrak“. Es gibt aber noch mehr Leute – keineswegs nur aus „der Politik“ –, auf die Gaschs Worte zutreffen. Nehmen wir nur die hohen Besucher der Messestadt. Kanzlerin Merkel erschien zu einer Veranstaltung während des Oberbürgermeister-Wahlkampfes und lobte vor ihren CDU-Parteifreunden die „tolle Stadt“. Anfang Juni ließ sich Boxstar Henry Maske in einem Buchladen vor begeisterten Anhängern über Leipzig aus. Die LVZ vom 9./10. Juni zitierte ihn folgendermaßen: „Das ist wirklich toll hier. Großartig, wie sich in der Stadt alles entwickelt hat und wie optimistisch die Stimmung ist.“

Da sind diesen beiden „Größen“ wohl die Pferde durchgegangen. Bereits Erich Kästner hat Verallgemeinerungen und Vereinfachungen solcher Art als „ungültig“ bezeichnet. Heutzutage aber ist das alltägliche Praxis bei Regierenden und Besserverdienern.

Meine Vorfahren zogen vor 100 Jahren nach Leipzig. Meine Heimatstadt ist sie seit 1970. Die sächsische Metropole war in dieser Zeit noch nie „toll“. Sie erlebte eine Berg- und Talfahrt, wurde mehrfach Opfer imperialistischer Abenteuerpolitik, beider Weltkriege. In den vergangenen 17 Jahren hat sich überhaupt nicht „alles großartig entwickelt“. Ohne Frage – na-

türlich ist nicht alles schlecht, aber die Negativliste wird immer länger.

Von Sachsens drei Großstädten ist Leipzig die Metropole mit der eindeutig geringsten Wirtschaftskraft und der höchsten Arbeitslosigkeit. Es gilt als „Hartz-IV-Hauptstadt“, womit es auch die Beschwerde-Zentrale ist. Die ARGE-Widerspruchsstelle und das Sozialgericht befinden sich permanent im Belagerungszustand. Rund 40 Prozent der Bescheide werden falsch berechnet. Wir sind Ausbeutungs- und Dumpinglohn-Hochburg, Kriminalitätsspitzenreiter. Gerade jetzt liefert ein Skandal mit Korruption, organisierter Kriminalität und Kinderprostitution, in den höhere Kreise aus Wirtschaft, Politik, Justiz und Polizei verwickelt sein dürften, fette Schlagzeilen. Dagegen setzt man flotte Parolen wie „Leipzig kommt“ und „Freiheit – Boomtown“. Die Sache soll so aussehen, als sei „alles paletti“. Doch das trifft die Lage nicht. Erst unlängst kritisierten die Leipziger Wirtschaftskammern die Mittelstandsfeindlichkeit der geplanten Steuerreform der Merkel-Regierung.

Für einen interessierten Besucher gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich über die wirklichen Probleme Leipzigs zu informieren. Wer das nicht will und wie der millionenschwere Sportfreund Maske euphorische Phrasen in die Welt hinausposaunt, begibt sich in Gefahr, als boxerisches Schwer- und politisches Leichtgewicht einen Schwinger in die Luft zu setzen. **Joachim Spitzner**

Jürgen Elsässer hat in seiner vor kurzem erschienenen Untersuchung der globalistischen Weltordnung und ihrer Politik zum Abbau der Nationalstaaten zwei derzeitige Machtfaktoren des Kapitalismus behandelt: die neue zerstörerische Form des Finanzkapitals – die „Heuschrecken“-Schwärme, die den Planeten kahlfressen – und die „Neo-Cons“, das berüchtigte Kriegshetzer-Team, das im Pentagon-Stall des Texas-Cowboys George W. Bush schnauft.

Diese neue Welt – das „Heilige Römische Reich Atlantischer Nation“ – ist das Imperium der „Aliens“, der kleinen grünen Männlein vom Mars, der Außerirdischen, die heute dabei sind, den Normalsterblichen den Kampf anzusagen.

„Außerirdische haben die Macht auf der Erde übernommen. Höchste Regierungskreise der westlichen Großmächte stecken mit den Aliens unter einer Decke. Mit Hilfe der Massenmedien haben sie eine Matrix in die Gehirne der Menschen überspielt. Die Unglücklichen glauben immer noch, daß sie im wesentlichen das Leben der alten, guten Zeit führen, als Mitglieder eines Vereins oder einer Kirchgemeinde, als Angehörige einer Nation oder als Staatsbürger, eingebunden in Familien oder Freundeskreise. In Wirklichkeit vegetieren sie nur noch als Zuchtschweine und Versuchskaninchen in einem planetaren Milliardenenspiel vor sich hin – Lieferanten von Frischfleisch und Blut für den toten Markt und den immerwährenden Krieg.“

Heute vertilgt der Kapitalismus der „Aliens“ seine Produktionsgrundlagen. Er verachtet die menschliche Arbeitskraft. Elsässer zitiert Robert Kurz, der vom „Auto-Kannibalismus“ des Systems spricht, d.h. der Selbstzerstörung des Kapitalismus, der einst von der menschlichen Schaffenskraft profitierte, heute jedoch vom „monetären Krebs“ befallen ist, der inflationären Wucherung der Geldmenge. Solange die papiernen Geldfetzen keinen Eigenwert besitzen wie die Geld-Metalle Gold und Silber oder aber ihr Austauschwert von einer verantwortungsbewußten Regierung garantiert ist, bleibt Papiergeld bloß „Vertrauensgeld“, wie Bankschecks oder Wechsel zynisch genannt werden.

Die gefährlichsten aller „Aliens“ sind die neuesten Spezies – die diversen Investitions-Fonds, die „Heuschrecken“. Von diesen „Beteiligungsfonds“ gibt es heute weltweit rund 8000. Die jüngsten Spielarten aus den USA, die sich als „Souveräne Reichtums-Fonds“ (SWF) bezeichnen, verfügen über schwindelerregende Dollar-Summen. So sollen die SWFs der Investitionsbankiers von Morgan Stanley etwa 2,5 Billionen US-Dollar parat haben, um weltweit profitable Unternehmen aufzukaufen, mit Bankschulden zu belasten, zu zerstückeln und die Zahl der Beschäftigten drastisch zusammenzustreichen. Übrig bleibt das „ausgeweidete Industrieskelett“ – wie von Heuschrecken leergefressen.

Aber woher stammen diese Geldmengen? Seit 2001 sollen mehr US-Dollars in Umlauf gebracht worden sein als in der gesamten amerikanischen Währungsgeschichte zuvor. Seit Herbst 2005 wurde

das Wachstum der Dollar-Emissionen, wie vom Gesetz gefordert, nicht mehr statistisch erfaßt. Niemand weiß also, wie viele der grünen Papierfetzen seither in den Weltumlauf geflossen sind, um Handel und oftmals (spekulative) Investitionen durch Bankanleihen bei niedrigstem Zinsfuß zu fördern.

Der Preis ist die De-Industrialisierung der Vereinigten Staaten. Zum ersten Mal seit der industriellen Revolution sind jetzt weniger als 10 % der Arbeiter und Angestellten in der USA-Industrie beschäftigt. Die Hälfte davon verrichtet Dienstleistungs-Jobs wie Design, An- und Verkauf,

Friedensverhandlungen mit den Palästinensern aufzugeben und die Region strategisch „aufzurollen“. Erstens solle ein Regierungswechsel in Irak stattfinden; zweitens müsse Syrien aus Libanon verdrängt werden. Im Jahr 2000 gab es einen weiteren strategischen Plan, der davon ausging, daß die U. S. Army Stützpunkte in ganz Zentralasien und dem Nahen Osten errichten müsse, um die unangefochtene globale Überlegenheit der Vereinigten Staaten zu sichern. Was nötig war, um die USA-Bevölkerung für weitere kriegerische Unternehmen und erhöhte Ausgaben zu begeistern, war „ein neues

Warum der US-Dollar eine ungedeckte Räuberwährung ist Über „kleine grüne Männlein“ und die neuen Braunen

Finanzplanung. Ähnlich ist die Lage in Kanada und Großbritannien. In der BRD arbeiten nur noch 20,3 % der 38 Millionen Erwerbstätigen in der Industrie. 1990 lag ihr Anteil noch bei 29,3 %.

Statistiken scheinen diesem Trend zu widersprechen – wenn man nicht weiß, daß bei der Berechnung des Brutto-Inlandprodukts (BIP) heute in allen Industriestaaten mit Tricks gearbeitet wird.

Themenwechsel: Bereits 2003 warnte der Schriftsteller Norman Mailer vor Amerikas Sturz in den Faschismus, nachdem die Bush-Regierung die Katastrophe des 11. September genutzt und den Patriot Act sowie den Homeland Security Act durch den Kongreß gepeitscht hatte. Sie ermöglichen der Regierung „eine umfassende Überwachung der Telekommunikation und des Internets“ sowie Eingriffe in die Privatsphäre. Elsässer spricht von einer Doppelstruktur im Staatsapparat, die die Faschisierung gezielt betreibt. Er zitiert Bernd Greiner vom Hamburger Institut für Sozialforschung, der vor einer „Schattenregierung“ oder der „Eroberung des Regierungsapparats durch skrupellose Autokraten“ warnt.

Wer sind sie? Es handelt sich um die Neokonservativen – kurz Neocons – und ihr „Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert“ (PNAC), das 1992 ins Leben gerufen wurde. Zu der Truppe gehören Vizepräsident Cheney, der im November 2006 zurückgetretene Exkriegsminister Rumsfeld, sein ehemaliger Vize, der gescheiterte Weltbankpräsident Wolfowitz, Ultra-Scharfmacher Perle u.a.

1996 arbeiteten PNAC-Planer eine Aggressionsstrategie für den Nahen Osten aus. Sie schlugen dem damaligen israelischen Regierungschef Netanjahu vor, die Osloer

Pearl Harbor“. Der 11. September paßte haargenau in das Konzept der Neocons.

Diese sind nicht bloß eine „Denkfabrik“, sondern haben ihre eigenen Institutionen, ihre eigene Befehlskette. Dazu gehört die 2001 von Rumsfeld und Wolfowitz als „Büro für Strategischen Einfluß“ gegründete Propagandaleitstelle. Sie mußte nach heftigen Protesten in Office of Special Plans umbenannt werden. Alle großen Propagandalügen wurden hier ausgeheckt, auch Iraks „Massenvernichtungswaffen“. Die Neocons besitzen einen eigenen Geheimdienst. Er verfügt über neun Unterabteilungen und einen Stab von etwa 1000 Mitarbeitern. Außerdem: Private Sicherheitsfirmen stellen Söldner, die vom Pentagon bezahlt und für geheime Operationen eingesetzt werden. Sie sollen islamische Gegner wie Al Qaida zu Terrorakten provozieren, um einen Grund zu massiver „Vergeltung“ zu haben. Die Terroristen in Madrid (2004) und London (2005) unterhielten Verbindungen zu westlichen Geheimdiensten.

USA-General Tommy Franks hat unterdessen vorgeschlagen, die Verfassung der Vereinigten Staaten im Falle eines neuen Terrorangriffs außer Kraft zu setzen.

Es ist das Verdienst Jürgen Elsässers, dem Leser eine Vorstellung von jenen Kräften zu vermitteln, die heute die Weltpolitik manipulieren, die Europäische Union zersetzen und die BRD weiter nach rechts drücken wollen. Sie sind die Wegbereiter eines neuen „postmodernen“ Faschismus.

Dr. Vera Butler, Melbourne
Jürgen Elsässer. Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg. Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2007, 220 Seiten, 17,90 Euro, ISBN 3-89144-376-5

Gerüche aus der Lügenküche

Kriminalpolizeiliche Methoden und Antikommunismus

Am 22. Mai veröffentlichten die „Torgauer Allgemeine“ einen Artikel unter der Überschrift „Methoden wie in der DDR“. Es ging um die im Vorfeld des G8-Gipfels durch bundesdeutsche Behörden genomene Körpergeruchsproben. Wieder einmal wurde die „Stasi-Keule“ geschwungen, um eigene polizeiliche Maßnahmen zu begründen. Wenn Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse erklärte, er fühle sich durch die von der Bundespolizei geübte Praxis „an Stasi-Methoden erinnert“, so kann ich nur sagen, daß er bewußt die Unwahrheit verbreitet. Sein Fraktionskollege Gunter Weißgerber behauptete, die Staatssicherheit der DDR habe Tausende Geruchsproben von „Dissidenten“ gesammelt. Relikte davon sollen noch heute in der Leipziger „Runden Ecke“ – der ehemaligen Bezirksverwaltung des MfS, wo eine monströse Ausstellung über „Verbrechen der Stasi“ aufgezogen worden ist –, zu besichtigen sein. Nun zur Geruchsdifferenzierung, welche zu DDR-Zeiten bei der

Ermittlung von begangenen Straftaten tatsächlich zur Anwendung gekommen ist. In Pretzsch (Sachsen-Anhalt) befand sich die Zentrale Hundeschule des Ministeriums des Innern. Dort wurde durch ein Kollektiv von Leitungsmitgliedern dieser Einrichtung im Zuge von Promotionen die Geruchsdifferenzierung durch speziell ausgebildete Hunde erforscht und praktiziert.

Die Hunde und ihre Führer waren zunächst nur in Pretzsch und in den 60er/70er Jahren auch in den Bezirksbehörden der Deutschen Volkspolizei stationiert, nicht aber in Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit. Grundsätzlich wurden Geruchsproben nur bei besonders schweren Verbrechen wie Mord, Raub, Einbruch und Brandlegung an Ort und Stelle gesichert und in der Ermittlungsphase dann auch bei Verdachtspersonen entnommen. Es gab keine prophylaktische Anlage von Geruchskonserven. Die Spurensicherung und die Entnahme von

Vergleichsproben wurden grundsätzlich von speziell ausgebildeten Angehörigen der Volkspolizei durchgeführt. Grundsätzlich wurde die Geruchsspur durch die DDR-Gerichte nicht als Beweismittel anerkannt.

Darüber, daß die USA und besonders die BRD daran interessiert waren, die Forschungsergebnisse aus Pretzsch zu ergattern, wird übrigens Stillschweigen gewahrt. Vielleicht sollte der Journalist der „Torgauer Allgemeinen“ bei der Aktenverweserin Marianne Birthler seine Recherchen fortsetzen. Dort dürfte er bestimmt fündig werden, wenn er wissen will, welche Spionagemassnahmen die BRD eingeleitet hatte, um an die Ergebnisse der DDR auf dem Gebiet der Geruchsdifferenzierung heranzukommen. Dazu gibt es nämlich Vorgänge der Abwehr des MfS. Vergeblich wird er indes nach Beweismaterial suchen, um Fälle vorbeugender Geruchsspeicherung bei „Gegnern des SED-Regimes“ aufzuspüren.

Heinz Strauchmann

Unter dem mehrdeutigen Titel „Angriff und Abwehr“ beschreiben Autoren der AG Aufklärer der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V. (GRH) die Entwicklung der Sicherheitspolitik und des Sicherheitsapparates, die Geschichte der deutschen Geheimdienste nach 1945. Beiträge der Leiter der Auslandsaufklärung der DDR, Markus Wolf und Werner Großmann, prominenter DDR-Kundschafter wie Gabriele Gast und Rainer Rupp, anerkannter Wissenschaftler wie des Juristen Erich Buchholz und des Historikers Kurt Pätzold bürgen für Kompetenz und Authentizität der Publikation.

Zum ersten Mal wird hier die Entstehungsgeschichte der Nachrichtendienste in Deutschland nach 1945 vergleichend nachgezeichnet. Die Herausgeber eröffnen „den Blick auf zwei ungebrochene Traditionslinien“ und stellen fest, „daß es auch auf diesem Feld keine Stunde Null gab“.

Am **22. Juni 2007** ist Genosse Oberst a. D. der Luftstreitkräfte

Günter Schmidt

67jährig nach schwerer Krankheit verstorben. Er hat sich als Vorsitzender der Regionalgruppe Neubrandenburg des RF-Fördervereins und als standhafter Kommunist hohes Ansehen erworben.

Der „RotFuchs“ wird seinem auf dem Friedhof Berlin-Friedrichsfelde beige-setzten Kampfgefährten ein ehrendes Andenken bewahren.

Ungebrochene Traditionslinien geheimdienstlicher Tätigkeit Zwei Seiten einer Barrikade

Akribisch belegt wird für die Bundesrepublik der „Nachweis einer reaktionären, antidemokratischen Traditionslinie“. „Das Personal, das unterm Hakenkreuz der Barbarei diente, überlebte nicht nur das Tausendjährige Reich. Es machte ungebrochen weiter.“

Auf der anderen Seite kann man im Osten Deutschlands die gleiche Bruchlosigkeit beobachten. Jene, die vor 1945 gegen den Faschismus und die kapitalistische Gesellschaft kämpften, die die Nazidiktatur hervorgebracht hatte, taten dies auch danach.

Wie biographische Skizzen zu seiner Gründergeneration anschaulich die antifaschistischen Wurzeln des Ministeriums für Staatssicherheit illustrieren, wird die antikommunistisch geprägte Komplizenschaft zwischen bundesdeutschen Diensten und ihren Geburtshelfern aus den USA veranschaulicht. Zu recht steht dafür die Aussage eines der CIA-Paten des BND: „Es war unbedingt notwendig, daß wir jeden Schweinehund verwendeten, Hauptsache er war Antikommunist.“ Eigene Erfahrung läßt Gabriele Gast folgern, daß man „im Westen keine Skrupel“ hatte, sich der ehemaligen Militärs und Nachrichtendienstler Hitlers zu bedienen. Ihre traditionell starken antisowjetischen Gefühle sowie der Russenhaß garantieren Kooperationsbereitschaft.

Überzeugend herausgearbeitet und dokumentiert werden Zusammenhänge

zwischen der Remilitarisierung der Bundesrepublik und dem Aufbau der neuen westdeutschen Nachrichtendienste.

Die Schaffung und Entwicklung entsprechender Dienste in der DDR als notwendige „Institution zum Schutz und zur Sicherung des jungen Staates“ angesichts der mit Vehemenz vom Westen gegen ihn geführten Angriffe werden u. a. in den Beiträgen von Werner Großmann, Wolfgang Schwanitz und Rainer Rupp fundiert erläutert.

Auch Zusammenhänge von nachrichtendienstlicher Arbeit und Bekämpfung des Terrorismus werden sichtbar gemacht und dabei die Abwegigkeit und Instrumentalisierung des aktuell geführten „Krieges gegen den Terror“ bloßgelegt.

Das Buch hebt sich von der Flut in jüngster Zeit publizierter einschlägiger Literatur, in der ein völlig verzerrtes Bild des Geheimdienstes der DDR gezeichnet wird, durch seine sachliche und beweissichere Darstellung ab. Die gut recherchierten 639 Seiten, einschließlich aussagekräftiger Dokumentenanlagen, stellen die Birthlers und Knabes bloß, die in gesteigerter Hysterie für sich den Alleinanspruch zur Bewertung nachrichtendienstlichen Tuns erheben.

Bernd Fischer

Eichner, K. / Schramm, G. (Hrsg.), Angriff und Abwehr. Die deutschen Geheimdienste nach 1945, edition ost, Berlin 2007, 640 S., ISBN 978-3-360-01082-7, 24,90 €

Aquarelle aus Torgau

Die beiden gelungenen „RotFuchs“-Aquarelle erreichten uns aus der Torgauer Strafvollzugsanstalt. Gemalt hat sie **Erich Kronschnabel**. Er ist seit kurzem unser Leser. Seine Sozialisation verlief anders als bei den meisten von uns. Der heute 59jährige wuchs auf dem elterlichen 90-Hektar-Hof in Niedersachsen auf. Obwohl sein Vater als Major a. D. linken Ideen feindlich gegenüberstand, fand der Sohn den Weg zu den Jusos. Durch Verwandtschaft in der DDR, die er häufig besuchte, verschaffte er sich ein recht realistisches Bild. Ein Onkel war anfangs Mitglied einer LPG vom Typ I, ein Cousin leitete die Molkerei in Hagenow, ein weiterer Onkel arbeitete als LPG-Vorsitzender in Klüß/Brandenburg. „So konnte ich aus der Praxis heraus vergleichen“, schreibt Kronschnabel an uns.

„Nach der Wende übersiedelte keiner meiner Verwandten in den Westen. Sie hätten es selbst nicht getan, wenn Reisefreiheit bestanden hätte. Auch als Rentner wollte mein Onkel, der keineswegs SED-Anhänger war, nicht zu uns.“ Im RF hat Erich Kronschnabel „einige sehr objektive Autorenbeiträge ohne Schönrede“ gefunden. Er zieht das Resümee: „Dieser Bundesrepublik stünde es gut zu Gesicht, wenn sie die sozialen Sicherheiten der DDR schaffen würde.“

Wir stellen unseren Lesern zwei Aquarelle Erich Kronschnabels vor. Sonst malt er vor allem für seine 15jährige Tochter, da er als Gefangener „dem Kind nichts anderes schenken kann“.



Tagung über religiösen Sozialismus in Chemnitz Auf der Suche nach Gemeinsamkeiten

Wenn ich den Armen zu essen gebe, gelte ich als Heiliger, aber wenn ich danach frage, warum die Armen arm sind, werde ich als Unruhstifter beschimpft.“ Dem sprichwörtlich roten Faden vergleichbar, bestimmte dieses zu kritischem Nachdenken anregende Wort des katholischen Priesters und nikaraguanischen Befreiungstheologen Dom Helder Camara das Treffen in einem Chemnitzer Kirchgemeindehaus. Eingeladen zu dieser Begegnung von Christen unterschiedlicher theologischer Prägung und konfessioneller Zugehörigkeit sowie von Atheisten, Sozialisten und Kommunisten beiderlei Geschlechts hatte die Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen. Sie war seinerzeit von dem 2005 verstorbenen Kirchenmann Hans-Jochen Vogel und anderen ins Leben gerufen worden. Für den jungen Pfarrer Karl Barth im schweizerischen Industriedorf Safenwil bedurften 1915 Christentum wie Sozialismus dringend einer reformatorischen Erneuerung. Er hatte später den Kampf der Bekennenden Kirche gegen den Hitlerfaschismus und die mit ihm liierten Deutschen Christen (DC) entscheidend beeinflusst.

Zur Chemnitzer Begegnung erklärte sich Elfriede Begrich, Pröpstin von Erfurt/Nordhausen, zum Hauptvortrag bereit. Ihr Thema lautete: „Religiöser Sozialismus – nur eine Utopie der Vergangenheit?“ Die

Theologin zitierte ein Wort aus der Apostelgeschichte des Lukas: „Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie

Das Wort von Karl Marx „Religion ist Protestation gegen das wirkliche Elend“ erinnere, so Elfriede Begrich, an die jahrtausendealte biblische Tradition der Propheten Israels: „Brich dem Hungrigen dein Brot und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus!“ (Buch des Propheten Jesaja) „Nicht Fronten, sondern Brücken brauchen wir zueinander angesichts des Elends, das die globalisierte Wirtschaft verursacht auch vor Ort.“ Ein ganz anderes Wirtschaftsleben sei erforderlich, das den vorhandenen Reichtum endlich so verteile, daß nicht mehr alle fünf Sekunden ein Kind stirbt auf dieser reichen Erde, eine endgültige Absage an Gewalt und Rüstung, daß nie mehr eine Mutter ihren Sohn beweine, eine viel größere Wachsamkeit gegen Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit, eine neue Asylpolitik für die Verfolgten. So gehe es nicht mehr nur um Reparaturen am derzeitigen politisch-wirtschaftlichen System. „Das ganze Programm der Kapitalvermehrung und Wachstumsideologie hat keine Zukunft. Dem real existierenden Kapitalismus mit seinem sich immer weiterdrehenden Rad der Leistungsanforderung und des Erfolgsprofits ist dringend und schnellstens in die Speichen zu greifen“, sagte Elfriede Begrich.

In einer „Kirche für andere“ (Dietrich Bonhoeffer läßt grüßen) gibt es keine politische Neutralität. Die Parteilichkeit Gottes stelle den Christen nach links, bemerkte der Theologe Friedrich-Wilhelm Marquardt im Buch über seinen Lehrer Karl Barth. „Links ist in der Parteilichkeit Gottes der Ort bei den Schwachen, Ausgegrenzten, Armen und Vergessenen ...“, betonte die Pröpstin.

„Die Religion hat keinen Wert, wenn sie nicht die Gesellschaft ändert“, schrieb 1899 der religiöse Sozialist Christoph Blumhardt (1842–1919).

„Wir haben Marx mit Markt getauscht und das Anrecht auf Kindergartenplätze mit dem Anrecht auf Parkplätze“, stellte der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer einmal fest. Gerechtigkeit sei pervertiert zu endlosen Rechtsstreitigkeiten.

„Die Grundidee des Sozialismus“, sagte Elfriede Begrich, „wie eine Gesellschaft zur Gemeinschaft wächst, kehrt in diesen Tagen gerade in Lateinamerika wieder ein und wartet darauf, genährt und gestärkt zu werden von einer neuen Annäherung zwischen Sozialismus und Christentum – auch in unserem Land.“

Es war eine ermutigende Zusammenkunft für Marxisten, Sozialisten und Christen, also alle, die Gelegenheit hatten, daran teilzunehmen. **Hermann Gerathewohl**

Die Welt soll weiterleben

Es sieht fast so aus, und es kann auch so sein, die Menschheit stellt sich selber ein Bein und bringt den Planeten ganz aus dem Lot, vernichtet sich selbst, bringt der Erde den Tod.

Die reine Luft, ohne die es Leben nicht gibt, wird durch giftige Dämpfe und Gase getrübt. Die Erde wird wärmer, an den Polen schmilzt Eis, die Natur wird ärmer, ein schlimmer Beweis!

Es steigt das Wasser längs an den Küsten, fruchtbare Felder werden zu Wüsten. Die Welt starrt vor Waffen, auf Krieg wird gezielt, Städte und Dörfer von Bomben zerwühlt.

Und eine Bombe tickt ununterbrochen, sie hat sich in Katakomben verkrochen. Doch wird sie gerufen, um Macht zu erzwingen, dann wird sie im Nu alles Leben verschlingen.

Nun hofft nicht, Leute, daß ein Gott sich erbarme, fällt den Lebensverderbern selbst in die Arme, kämpft, daß die Erde weiter besteht, nicht in Staub und Feuer zugrunde geht.

Rudolf Dix

aus unter allen, je nachdem es einer nötig hatte.“

Dieses „urkommunistische Christentum“ oder dieser „urchristliche Kommunismus“ lebt noch heute unter gänzlich anderen gesellschaftlichen Bedingungen in Klöstern und Kommunitäten. Gemeint ist jedoch nach einem Wort des DDR-Schriftstellers Johannes Bobrowski eine gemeinsame Lebensform, in der „keiner nichts hat“. Die Spur vielfältiger Versuche, die Affinität von Christentum und Kommunismus in gesellschaftliche Wirklichkeit umzusetzen, zieht sich durch Jahrhunderte. So erinnerte Pröpstin Begrich u. a. an Thomas Morus, aber auch an Ideen der Sozialisten des 18. und 19. Jahrhunderts in Rußland, England, Frankreich und Deutschland. Die Tatsache einer gebrochenen Kontinuität spreche für die Hoffnung auf eine sozialistische Gesellschaft, der sich religiöse Sozialisten anschließen, weil sie Übereinstimmendes von biblischen Weisungen und politischen Forderungen der Sozialisten erkennen.

Zu DDR-Zeiten lebten und praktizierten Christen „Kirche im Sozialismus“, eine Gemeinde ohne materielle Privilegien und machtpolitisch geprägte Möglichkeiten, die Klarheit und Freiraum des Denkens und Handelns gewann.



Wie unser Grafiker Karlheinz Effenberger die Gedankenwelt des Innenministers sieht.

Zum 40. Todestag der Guerrillera Tamara Bunke Gefallen für Lateinamerikas Freiheit

Die Bibliothekarin der kleinen Mecklenburgischen Gemeinde Dabel, Rosmarie Bartelt, verfügt über ein Bildnis, das einen besonderen Wert besitzt. Auf der Rückseite steht: „Der DFD-Gruppe Tamara Bunke in Dabel (Kreis Sternberg) zur Erinnerung an unseren Besuch. Die Eltern von Tamara – Tania la Guerrillera.“ Es folgen die Unterschriften Nadjas und Erichs. Darunter: „Berlin – Dabel, den 26. 6. 1984“.

Der damaligen „Besuchskonzeption“ der DFD-Gruppe, die ebenfalls erhalten geblieben ist, kann man folgendes entnehmen: „Durch den Aufenthalt der Genossen Nadja und Erich Bunke möchten wir noch enger mit dem Leben und Wirken der Antifaschistin vertraut werden. Tanjas Eltern sollen erfahren, wie wir die Ideen dieser tapferen Kämpferin umsetzen.“

Bis heute gibt es in der Bibliothek ein Bild und in Dabels Wilhelm-Pieck-Straße einen kleinen Gedenkhain mit Tamaras Portraitrelief.

Vor fast 70 Jahren, am 19. November 1937 in Buenos Aires geboren, wurde das Mädchen Tania, das in Argentinien aufwuchs, Jahre später zu einem Begriff für die revolutionäre Jugend der Welt.

1952 übersiedelte die 1935 vor den Faschisten emigrierte Familie in die DDR. Sie wurde in StalinStadt, dem späteren Eisenhüttenstadt, ansässig. Noch vor dem Abitur, das sie 1956 bestand, wurde Tamara Kandidat der SED. Ab 1957 war sie Pionierleiterin an der 3. Oberschule in Berlin-Mitte. Intensiv beschäftigte sie sich zugleich mit den Problemen Lateinamerikas. 1960 lernte sie Che Guevara bei dessen Aufenthalt in der DDR kennen. Sie dolmetschte für den argentinischen Arzt und kubanischen Minister, der zu einem der engsten Mitstreiter Fidel Castros geworden war. Fortan festigte sich bei ihr der Wunsch, nach Lateinamerika zurückzukehren und dort am Befreiungskampf teilzunehmen.

Am 12. Mai 1961 traf Tamara in Kuba ein. Bald beteiligte sie sich gemeinsam mit Che an Arbeitseinsätzen, half bei der Beseitigung des Analphabetentums, arbeitete als Dolmetscherin im Ministerium für Bildung und studierte Journalistik an der Universität Havanna. Sie reihte sich auch



Das Tania-Relief in Dabel

in die revolutionären Milizen ein und war in einer Reihe Organisationen tätig. 1964 begann für Tamara, die noch aktiver am lateinamerikanischen Befreiungskampf teilnehmen wollte, eine entsprechende Ausbildung. Für mehrere Monate wurde sie auch nach Westeuropa (BRD, Österreich, Italien, Westberlin) geschickt, um für sie eine Legende – eine fiktive Lebensgeschichte – aufzubauen. Über Argentinien kam Tamara im November 1964 nach Bolivien, wo ihr Einsatzgebiet sein sollte. Hier nahm sie ihre illegale Kundschaftertätigkeit auf. Als Informantin und Kontaktperson war sie bereits untrennbarer Bestandteil der Gruppe von Guerrilleros,

die damals im Bergland Boliviens operierte.

Als sie das erste Mal zur Partisanenbasis stieß, befehligte diese Ernesto Che Guevara. Aus Tamara wurde Tania la Guerrillera. Durch Verrat, Infiltration und den Einsatz regulärer bolivianischer Truppen unter Anleitung der CIA sollte ihre dritte Fahrt zur Basis auch die letzte sein. In der Nacht des 31. August 1967 geriet eine Gruppe Partisanen mit Tania am Rio Grande in einen Hinterhalt. Bis auf einen Überlebenden wurden die Kämpfer von der Soldateska getötet.

Erst Tage später fand man Tanias Leichnam kilometerweit flussabwärts.

Objektive Gründe ließen die Aktion Ernesto Che Guevaras und seiner Mitstreiter scheitern, doch sie ermutigte Tausende andere. Heute wird Bolivien von einer linken Volksregierung unter dem indischen Präsidenten Evo Morales – er ist mit Fidel Castro und Hugo Chávez eng befreundet – geführt. Sie hält das Andenken der Gefallenen in Ehren.

Zur Kommunistin erzogen, ging Tamara Bunke unbeirrt den Weg einer Revolutionärin. Ihr Name wird von Unterdrückten in ganz Lateinamerika mit dem Begriff der Solidarität verbunden. Wie Che wurde sie, deren Todestag sich jetzt zum 40. Male jährt, in die Reihen der Nationalhelden Kubas aufgenommen.

Nach Auskunft der in Dabel ansässigen Fachärztin für Allgemeinmedizin Dr. med. Elke Brandt waren jene Leute, die nach der „Wende“ im Ort das Sagen hatten, politisch zu „dumm“, um mit dem Namen Tamara Bunke etwas anfangen zu können. Diesem Umstand verdankt die Gemeinde das erhalten gebliebene Denkmal.

Heinz Pocher

Wir haben einen lieben Freund, verlässlichen Mitstreiter und bewährten „RotFuchs“-Autor verloren.

Am 9. Juli starb der Bergingenieur und kommunistische Ruhrgebiets-Schriftsteller

Hans-Dieter Hesse

im Alter von 75 Jahren.

Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau Rosel. Wir werden Dieters Andenken in Ehren halten.



Wie der heiße Krieg gegen Kuba vorbereitet und abgewendet wurde

Hintergründe einer Krise

Band 31 der Edition Zeitgeschichte des Kai-Homilius-Verlages ist der sogenannten Kuba-Krise nach dem Sieg Castros gewidmet. Noch ein Buch über Kuba, über Ereignisse, die fast ein halbes Jahrhundert zurückliegen? Gemach, hier handelt es sich eher um eine Untersuchung der Rolle der UNO in den damaligen Zusammenhängen. Das Thema des Friedensforschers Daniele Ganser ist die verdeckte Kriegsführung, die schon seinerzeit die Instrumentarien der Vereinten Nationen zur Konfliktlösung außer Kraft setzte und die bis heute, wie der Autor beweist, in Jugoslawien und Afghanistan, Irak, Palästina und Sudan alle Friedensbemühungen konterkariert. Ganser ist kein Marxist. Er analysiert nicht die sozialökonomischen Wurzeln politischen Geschehens, die treibenden Klassenkräfte, aber er untersucht akribisch die jahrelange Vorbereitung militärischer Konflikte, die Fakten der Geheimdiplomatie und des verdeckten Krieges. Er fragt: Warum ist die UNO, die 1945 eigens dazu geschaffen wurde, militärische Konflikte zu verhindern, kein wirksames Instrument der Friedenssicherung? Die „Kuba-Krise“ ist für ihn ein Musterbeispiel dafür, daß die Ineffizienz der Vereinten Nationen nicht in ihrem System begründet liegt, sondern im Verhalten ihrer Mitglieder, allen voran der USA. Er betrachtet nicht nur die Zeit der äußersten Zuspitzung im Oktober 1962, sondern stellt die

Jahre davor ebenfalls auf den Prüfstand, also die ganze Periode, seit jenem Tag im Januar 1959, an dem die kubanische Revolution das Batista-Regime hinwegfegte. Er listet die feindlichen Aktivitäten der USA und der von ihnen ausgehaltenen Konterrevolutionäre auf: die Versuche, Castro zu ermorden, die militärische Intervention, das Handelsembargo, die Seeblockade, unzählige Sabotage- und Diversionsakte, die für die kubanische Bevölkerung unerträgliche Lebensbedingungen schaffen sollten – all das mit dem Ziel, den Sturz des „ungeliebten Regimes“ zu ermöglichen.

Eingeplant war die direkte militärische Invasion nach Schaffung eines Kriegsvorwands durch Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung der USA, um die Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten für den Krieg gegen Kuba zu gewinnen. Zugleich zeigt der Autor, wie Havanna immer und immer wieder Washington wegen dieser Aktivitäten vor dem Sicherheitsrat, dem Generalsekretär sowie der Vollversammlung der UNO verklagte und die USA davor warnte, die Lage weiter zuzuspitzen. Und wie diese ein um das andere Mal Beweisen leugneten.

Beendet wurde die Krise 1962 nicht durch die UNO, sondern durch Geheimverhandlungen zwischen Kennedy und Chruschtschow, wodurch ein Vernichtungskrieg, ja der Ausbruch des III., diesmal atomaren Weltkrieges abgewendet werden konnte.

Glück? Geschickte Gesprächsführung? Nüchterne Bewertung der Realitäten? Der Konflikt eskalierte, als die UdSSR im Mai 1962 die Entscheidung traf, Nuklearraketen in Kuba zu stationieren, was bedeutete, daß das seinerzeit bestehende strategische Kräftegleichgewicht der Boden war, auf dem die Lösung herbeigeführt werden konnte! Die Vereinten Nationen aber – Ganser zitiert hier den damaligen UNO-Generalsekretär U Thant – „können und werden immer nur so effizient sein, wie ihre stärksten Mitglieder es zulassen“. Kuba droht bis heute Gefahr. Die aggressiven Kräfte des USA-Imperialismus warten, wie sie selbst erklären, auf „ein Ende der Ära Fidel Castro“. Sie machen sich immer noch Hoffnungen, das Rad der Geschichte in Lateinamerika irgendwann zurückdrehen zu können, wenn auch gegenwärtig in gleich mehreren Ländern des Subkontinents ein unverkennbarer Linksruck erfolgt. Mehr denn je muß dem sozialistischen Kuba unsere uneingeschränkte Solidarität gehören. Wer ihm in den Rücken fällt, wendet sich gegen den weltrevolutionären Prozeß.

Dr. Ernst Heinz

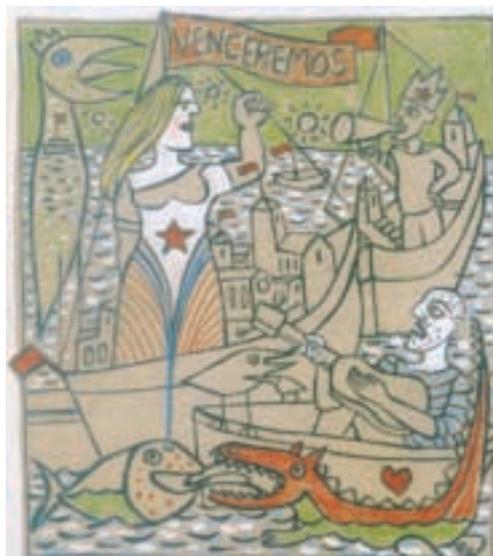
Daniele Ganser: Die Kubakrise – UNO ohne Chance. Verdeckte Kriegsführung und das Scheitern der Weltgemeinschaft 1959–1962. Kai-Homilius-Verlag, Berlin 2007, Edition Zeitgeschichte Band 31, 250 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 978-3-896706-863-6

Handel zwischen zwei sozialistischen Staaten verdoppelte sich

Enge Beziehungen Beijing – Havanna

Die Volksrepublik China hat Kuba zur Unterstützung seiner Entwicklungsprogramme einen weiteren Kredit von 6,2 Mio. Dollar eingeräumt. Auf der jüngsten Tagung der kubanisch-chinesischen Regierungskommission für wirtschaftlich-kommerzielle Zusammenarbeit wurde die Lieferung von kubanischem Zucker an das chinesische Staatsunternehmen für Getreide, Öle und Nahrungsmittel vertraglich vereinbart. Der jährliche Absatz von 400 000 t kubanischen Zuckers ist gesichert. China bezieht bereits in großem Umfang Nickel aus der Partnerrepublik. Die Beziehungen zwischen beiden Staaten entwickelten sich stürmisch. Im Jahr 2006 erreichte der bilaterale Austausch die Summe von 2,18 Mrd. Dollar, was eine Verdoppelung innerhalb eines Jahres bedeutet. Kubas Schulen konnten durch chinesische Spenden mit modernen Unterrichtsmitteln ausgestattet werden. Ab 2001 nahm der sozialistische Karibikstaat umfangreiche Käufe zum Ausbau seiner Telekommunikation vor. Auch hier wurde ihm ein großzügiger Kredit eingeräumt.

Chinesische Erzeugnisse wie die modernen Yutong-Omnibusse, die den Überlandverkehr verbessern helfen, und elektrische Haushaltsgeräte, welche in den



Gemälde von Thomas J. Richter

letzten Jahren in fast allen kubanischen Haushalten anzutreffen sind, erfreuen sich in Kuba großer Beliebtheit. Vereinbart wurde auch ein Programm zur Errichtung kleiner Wasserkraftwerke, hauptsächlich in der Ostregion der Insel. Das zweite steht bereits vor seiner Fertigstellung. Gemeinsam betrieben werden Projekte zur Nutzung von Wind- und Sonnenenergie. Zur Förderung des Tourismus gründeten beide Seiten das gemischte Unternehmen Shanghai Sun Cuba S. A. Es wird ein Fünf-Sterne-Hotel in der chinesischen Metropole bauen. Seine Fertigstellung ist bis zur Olympiade 2008 vorgesehen. Vielfältig sind die Formen der Kooperation. Sie betreffen besonders auch das Gesundheitswesen. Das erste kubanische Krankenhaus für Augenheilkunde hat in China seine Tätigkeit aufgenommen. Die 20. Tagung der gemischten Wirtschaftskommission wird im Dezember 2007 in Beijing stattfinden.

R. F., gestützt auf Granma Internacional, Havanna

Zuletzt begegnete ich ihm im Herbst des Jahres 1942. Ich hatte das Grab meiner Mutter auf dem Berliner Georgen-Friedhof an der Landsberger Allee besucht und war auf dem Rückweg zu meiner Kaserne in Lankwitz. Schon von weitem sah ich seine Frau und ihn in der für jüdische Menschen damals typischen Weise, sich beim Gehen eng aneinander zu schmiegen, galt es doch, den Gelben Stern am Mantel des Ehegefährten für entgegenkommende Passanten nicht sichtbar werden zu lassen. Nur der jüdische Partner einer „Mischehe“ war verpflichtet, den Stern zu tragen – und Frau Türkheimer war „Arierin“. Die beiden wären stracks an mir vorbeigegangen, hätte ich sie nicht selbst angesprochen. Sie kannten mich zwar von Kindesbeinen an, hatten mich aber noch nie in der Uniform eines Flaksoldaten gesehen. Um so sichtbarer war ihre Freude, als ich mich zu erkennen gab. Doch diese wurde nach Sekunden der Begrüßung jäh unterbrochen. Jemand packte mich am Arm, zerrte mich von den Türkheimers weg, und eine unverkennbar befehlsgeübte Stimme sagte zu mir: „Gefreiter, ich habe mit Ihnen zu reden!“ Schon nach wenigen Schritten blieb der Kerl, der mich da am Arm hatte, stehen und fragte laut genug, so daß es auch die Türkheimers hören mußten: „Wissen Sie nicht, daß sich ein deutscher Soldat nicht mit Juden unterhalten darf? Geben Sie mir mal Ihr Soldbuch, damit ich Ihrem Batteriechef eine entsprechende Meldung machen kann!“ Ich befand mich natürlich vom Augenblick des „Zugriffs“ an in höchster Erregung. „Gestapo“ – durchzuckte es mich. Und: „Jetzt geht es dir an den Kra- gen.“ Mir war durchaus bekannt, daß der Umgang mit Juden verboten war. Spätestens seit der „Reichskristallnacht“ im November 1938 hatte ich auch von solchen Losungen wie „Die Juden sind unser Unglück“ und „Deutsche, kauft nicht bei Juden!“ gehört und gelesen. Aber – zum Kundenkreis und zu den Freundschaften meiner Eltern gehörten so viele jüdische Familien, daß der Umgang mit ihnen, vor allem mit meinen Altersgefährten, so selbstverständlich für mich war, daß es mir überhaupt nicht in den Sinn kam, daraus persönliche Schlußfolgerungen zu ziehen. In den Sekunden, in denen der Greifer mich anherrschte, flog ein Kaleidoskop von Erinnerungsbildern an meinem geistigen Auge vorüber. Eines davon: Ich lag, etwa 10jährig, mit einer heftigen Erkältung im Bett und kaute an einer Stulle. Auf dem Bettrand saß Dr. Türkheimer und parodierte mit Augenzwinkern einen Goethe-Vers: „Wer nie sein Brot im Bette aß, der weiß auch nicht, wie Krümel pieken.“ Er war mir seit vielen Jahren als Kunde meiner Eltern, die ein Geschäft mit Elektro- und Radio-Artikeln führten, bekannt. Es ergab sich, daß sie Mitte der 30er Jahre einen Laden mit Wohnung just in jenem Hause in der Petersburger Straße mieteten, in dem auch das Ehepaar Türkheimer wohnte. Der Mann war Apotheker, wußte also in medizinischen Dingen recht gut Bescheid. So wandten sich meine El-

Als ich den Nürnberger Rassegesetzen zuwiderhandelte Mein jüdischer „Kinderarzt“

tern bei geringeren Unpäßlichkeiten an Dr. Türkheimer, der dann schnell nach dem Patienten sah und auch entsprechende Pillen oder Tropfen mitbrachte. Sein Besuch an meinem Krankenbett verlief so: Kaum zur Tür herein, saß er schon auf der Bettkante und begann jüdische Witze zu erzählen. Etwa derart: „Schmul Silberstein geht in einen Kaufmannsladen und ...“, oder „Mosche Rothschild spaziert mit seiner Rebecca über den Kurfürstendamm und ...“, oder „Rabbi Rosenzweig kommt in den Himmel und ...“ Ich habe mir kaum einen seiner Witze merken können, aber ich weiß noch, daß dieser lustige Mann für mich der beste „Kinderarzt“ war. Ganz allmählich spürte ich während der zunehmenden Dauer des „Dritten Reiches“, daß sich der Kontakt meiner Eltern zu unseren jüdischen Bekannten abschwächte – auch zu Türkheimers. Natürlich wußte ich davon, daß Juden keinen Radioapparat besitzen, keine Straßenbahn benutzen und sich nicht auf Bänke im Park setzen durften. Auch der Telefonanschluß wurde ihnen weggenommen. Anfänglich kam Frau Türkheimer zu uns und bat, mal telefonieren zu dürfen. Wenn sie uns dann wieder verließ, mußte ich mich erst im Treppenhaus umsehen, ob die „Luft rein“ war. Zur Schikane der Nazis gehörte es, den Juden nur ein Minimum an Lebensmitteln zuzugestehen. Das Wenige, was sie auf Karten bekamen, durften sie nur zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags einholen, dann also, wenn die „arische“ Bevölkerung ihren Bedarf befriedigt hatte. So sah ich mich auch ab und an mit einer gut eingewickelten Schüssel dampfender Speise die Treppen hinaufschleichen, um diese vor der Wohnungstür der Türkheimers abzustellen, schnell das verabredete Klopfzeichen zu geben und flugs die Treppenstufen wieder hinunterzuspringen. Diese Bilder spulten sich binnen Sekunden in meinem Kopf ab. Zugleich war da etwas, was mich bei aller Beklemmung aufmüpfig machte. Als der Greifer mir drohte, meinem Batteriechef eine entsprechende Meldung zu machen, rutschte mir – jung, dumm und unerfahren, wie ich mit meinen 20 Lenzen war – ein trotziges „Na wenn schon“ über die Lippen. Sofort hakte der Kerl nach: „Was haben Sie eben gesagt?“ Schlagartig wurde mir bewußt, daß ich die Dinge nicht auf die Spitze treiben durfte. Also bat ich um Erläuterung, wie ich mich zu verhalten hätte, wenn ich dem Ehepaar erneut begegnen sollte. Dieses scheinbare In-sich-Gehen schien den Mann irgendwie zu berühren. Mit völlig verändertem Tonfall fragte er mich, woher ich die Leute kenne. Ich fing nun an zu erzählen, daß wir in einem Haus wohnten, Türkheimers gute Kunden meiner Eltern gewesen seien und daß sich der Apotheker während meiner Kindheit als hilfsbe-

reiter Berater erwiesen habe, zumal ich ständig „anfällig“ gewesen sei. Er habe also durchaus Anteil daran, daß ich heute als Soldat dienen könne. Der Greifer hatte interessiert zugehört. Ich nutzte die veränderte Situation aus und erzählte, daß Dr. Türkheimer stets viele Witze parat hatte. Ich solle doch mal einen erzählen, wurde ich aufgefordert. Ich wußte, daß ich jetzt keinen Fehler begehen durfte. Natürlich gehörte zum Repertoire meines „Kinderarztes“ auch Lästerliches über den „Führer“. Doch rasch fiel mir etwas Unverfängliches ein: Herr Mandelstam reicht sein Rezept über den Tresen. Der Apotheker gibt ihm ein Tütchen mit Pillen. Mandelstam beguckt sich den Inhalt und wundert sich über die verschiedenen Farben der Tabletten. Er will wissen, wofür das gut sein solle. Sagt der Apotheker: Weiße Pillen sind gegen Kopfschmerz, rote für guten Schlaf und die grünen fördern die Verdauung. Was für ein Wunder, meint Mandelstam da. So kleine Pillen, doch jede weiß, was sie zu machen hat. Der Greifer und ich grinsten uns an – wohl wissend, daß gerade einer den anderen durchschaut hatte. Nach beklemmenden Sekunden sagte er plötzlich: „Mensch, hau bloß ab!“ Das ließ ich mir natürlich nicht zweimal sagen. Ich grüßte militärisch-zackig und sah im Rückwärtsgang, wie er den Zettel mit meinen Personalien zerkleinerte, und wie eine Handvoll Konfetti in den Gully am Straßenrand flatterte ... P. S. Wie ich vom Centrum Judaicum erfuhr, hat das Ehepaar Türkheimer den Faschismus überlebt. Dr. Alfred Türkheimer verstarb 1946 im 75. Lebensjahr. Seine Frau Margarete folgte ihm acht Wochen später nach. Beide wurden auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beigesetzt. **Helmuth Hellge**

Der „RotFuchs“ sendet seinem niedersächsischen Autor und Mitstreiter

Norbert Kornau
aus Hannover

herzliche Grüße zu seinem
50. Geburtstag
am 23. August.



Zur Rolle der Ideologie bei der Selbstentwaffnung der DDR Als das Wohlstandsdenken die Übermacht gewann

Die Rückführung der DDR in den Schoß des deutschen und internationalen Kapitals verpflichtet zu einer zügigen Aufarbeitung der Ursachen unserer Niederlage. Zügig vor allem deshalb, weil die Generationen derjenigen, welche die DDR aufbauten, aktiv gestalteten oder in ihr lebten, ab- und die Generationen, die sie nicht mehr selbst kennenlernten und daher der herrschenden Deutungshoheit unterliegen könnten, zunehmen. Hinzu kommt, daß gezähmte Linke die verordnete Delegitimierung der DDR in Kauf nehmen oder sogar unterstützen. Leider fehlen auch deshalb für eine systematische und tiefgründige Analyse ganz offensichtlich der Wille, die Mittel und das Potential. Um so mehr ist die vom „RotFuchs“ geführte Debatte von Bedeutung. Aus einer Vielzahl ganz subjektiver Erkenntnisse und Erfahrungen können durchaus Schlüsse für die Zukunft gezogen werden. Ohne auf Konfrontation unter uns bedacht zu sein, machen mich allerdings gewisse Meinungen etwas ratlos: Wenn sie nämlich zutreffen, dann fragt man sich unwillkürlich, warum es die DDR eigentlich nicht mehr gibt. Wurde sie etwa nur von außen zu Fall gebracht? Waren es allein die objektiv nicht vorhandenen oder unzureichend genutzten Ressourcen der UdSSR und der europäischen sozialistischen Länder, die zum Aus führten? Waren letztlich die materiellen Bedingungen ausschlaggebend? Oder liegt nicht ein ganz wesentlicher Schlüssel darin, was Heidi Urbahn de Jauregui in ihrem Beitrag „Ich war Zeugin eines Bewußtseinseinbruchs“ (Mai-„RotFuchs“) feststellt: in der jahrelangen Fehlentwicklung des Bewußtsein eines großen Teils der DDR-Bevölkerung, dem die sozialistischen Normen immer mehr entfremdet wurden? Lag eine entscheidende Ursache nicht vielleicht eher in unserer ideologischen Verfassung als in unseren ökonomischen Defiziten?

Ich möchte zur bisherigen Diskussion ergänzende Gedanken äußern:

1. Zur Situation 1989/90. Für mich stellt sich diese im nachhinein in groben Zügen wie folgt dar:

a) Ein relativ kleiner Teil der DDR-Bürger handelte letztlich mit antisozialistischer Zielstellung oder ließ sich zumindest in diesem Sinne benutzen. Hier besteht in der Tat der Ansatz Konterrevolution, der eine „solide“ Basis für antisozialistisches Agieren von außen bildet, aber nicht für einen Umsturz reicht.

b) Ein vermutlich größerer Teil als der vorgenannte war unzufrieden mit den gegebenen Verhältnissen, handelte in unterschiedlichster Weise unorganisiert, um die Lage im sozialistischen Sinne zu verbessern. Praktisch mündete dieses Handeln häufig in „naiver“ Gemeinsam-

keit mit konterrevolutionären Aktionisten und Gruppen.

c) Die Masse der DDR-Bürger war innerlich zerrissen zwischen dem Wunsch nach einer Verbesserung der Situation im Sinne der Wiederherstellung von Ehrlichkeit, Schöpferium, Produktivität, echtem demokratischem Mitregieren usw. einerseits und eingeübter Disziplin, fehlender Organisiertheit und lähmender Unsicherheit in Bezug auf das „Wie weiter?“ und das „Was wird danach?“ Sie blieb überwiegend entscheidungs- und tatenlos.

d) Die Partei- und Staatsführung paralyisierte sich selbst und ihre nachfolgenden Ebenen durch fortlaufende Unglaubwürdigkeit, Inkompetenz und Untätigkeit. Sie überließ das Feld zweit- und drittklassigen Opportunisten inner- und außerhalb der Parteien und der staatlichen Strukturen, was statt Orientierung weitere Verwirrung erzeugte. Sie schuf damit Freiräume für unterschiedlich getarnte, nach und nach aber immer offener auftretende Antikommunisten, die schließlich dafür sorgten, daß die DDR schutzlos wurde und mit Hilfe von außen alte Verhältnisse restauriert werden konnten.

2. Wie kam es dazu? Insbesondere seit oder mit dem Politbüro unter Führung Erich Honeckers wurde mehr und mehr versucht, den Aufbau und die Entwicklung des Sozialismus durch „kapitalistische“ Werteanbindungen für die Bürger attraktiv zu machen. Ich unterstelle selbstverständlich nicht die Absicht zu kapitalistischer Restauration. Aber in dem Bestreben, der Bevölkerung soviel „Wohlstand“ wie möglich zu bieten, wurde das Vergleichsfeld mit der BRD mehr und mehr auf die Konsumtion verlagert, traten ideelle Motivationen immer stärker in den Hintergrund. Wohlstand wurde nach und nach bestenfalls noch theoretisch an gesellschaftliche Systeme gebunden, praktisch jedoch mehr zum Wert an sich. Westprodukte bildeten durch ihre perverse Vielfalt und auf totale Abschöpfung der Käufer orientierte Qualität das Maß des zu Erreichenden. Auf die Idee, daß Wertevorstellungen des Sozialismus auch in materiellem Gewande von anderem Gehalt sein müßten als die des Kapitalismus, kam fast niemand mehr. Bei einem Vergleich aber, dessen Werte nahezu ausschließlich der Kapitalismus vorgab, mußte die DDR verlieren. Ihre Funktionsträger lieferten zudem nicht selten entsprechende „Vorbildwirkungen“ durch satte Inanspruchnahme vielfältigster Vergünstigungen und Privilegien. Die „ideologische Arbeit“ von Partei und Staat verordnete primär diesen Trend und verlieh ihm die nötige gesellschaftliche Dimension. Echte Motivationen einer neuen Gesellschaft, soweit in Ansätzen vorhanden, mußten diesem „Marktdruck“

von innen und außen zunehmend weichen. Je weniger tatsächliche ideologische Reife vorhanden war, um so wichtiger wurden politische Ersatzhandlungen: Phrasendrescherei, Lippenbekenntnisse, unehrliche Berichte, Sich-Berauschen an vermeintlichen Erfolgen, Karrierismus, Anpassung zum eigenen Vorteil, Egoismus, Dogmatismus, alles in entsprechender ideologischer Verpackung. Kritische Distanz zu Entscheidungen Vorgesetzter konnte dabei nicht mehr gedeihen. Kaderentscheidungen waren oft weniger fachlichem Können oder einer aufrechten Haltung zuzuschreiben als dem „richtigen“ Stammbaum, Anpassung, Beziehungen und Formalien. Die ehrliche, mit den täglichen Erfahrungen der meisten Menschen übereinstimmende ideologische Arbeit mußte dabei auf der Strecke bleiben. Das Vertrauen in Funktionäre aller Ebenen sowie deren Glaubwürdigkeit nahm stetig ab, die Kluft zwischen Proklamationen und erlebter Realität verbreiterte sich. Eine Folge: Die Vorzüge des Sozialismus wurden kaum noch wahrgenommen, zumal der Kapitalismus für einen immer größeren Teil der Bevölkerung keine eigene negative Erfahrung mehr darstellte. Kritische Sichten auf ihn gerieten in den Augen vieler Bürger zu billigen Propaganda, Erfolge des Sozialismus ebenfalls. Der alltägliche Vergleich mit dem Westen vor der eigenen Haustür als scheinbar akzeptierter materieller Maßstab führte letztlich dazu, daß unser ideologisches Pulver feucht wurde. Die DDR und ihr gesellschaftliches System verloren bei der Masse den Verteidigungswert. Viele, viele kleine Sandkörner ermöglichten den Sandsturm.

3. Ich teile die Antwort Klaus Steinigers im Mai-„RotFuchs“ auf die Frage nach dem Inhalt der Konterrevolution. Problematisch erscheint mir indes die These einer Annexion der DDR durch die BRD. Dies jedenfalls im Verständnis von Annexion als gewaltsamer und widerrechtlicher Aneignung fremden Gebiets. Der Vorgang einer Annexion betont m. E. vornehmlich den Aspekt eines von außen erfolgenden Eindringens und weniger den „Tatbeitrag“ von Kräften im Inneren. Er beinhaltet damit die Gefahr, daß wir eigenes Versagen verharmlosen und unterschätzen. Vielmehr handelte es sich wohl eher um die Auf- oder Übergabe eines Staates samt seines gesellschaftlichen Systems und eine nachfolgende Restauration. Da erscheint mir der Begriff der Konterrevolution stimmiger. Auch ich vertrete die Meinung von Manfred Liebscher, daß „die Anwendung militärischer Mittel gegen überwiegend irregeleitete Teile der DDR-Bevölkerung nicht zu vertreten gewesen wäre ...“. Allerdings ist für mich weniger von Belang, welchen Urteilen oder weite-

ren Repressionen der „neuen“ alten Macht wir dann ausgesetzt gewesen wären. Welcher Versuch der Unterdrückten in der Vergangenheit, Ausbeutung zu beseitigen, unterlag jemals positiver Deutung durch die Herrschenden? Und hat es nicht ausreichend Opfer gegeben? Trotz des zivilisierten Verhaltens der DDR. Gewiß, offizielle Hinrichtungen und Konzentrationslager gab es nicht, aber die Zerstörung von Millionen Existenzen, psychischen Terror und auch Tote. Dennoch hat M. L. recht. Meine Begründung resultiert allerdings ausschließlich aus dem inneren Zustand unseres Landes 1989/90. Es war einfach zu spät! Um welchen Sozialismus

hätte es sich denn im weiteren noch handeln sollen, wenn diejenigen, die diesen gewaltigen historischen Prozeß leiteten, ihre Glaubwürdigkeit mehr oder minder eingebüßt hatten? Außerdem bin ich skeptisch, was die Verlässlichkeit der Schutz- und Sicherheitsorgane in dieser Phase betrifft. Immerhin ließen sich erhebliche Teile beispielsweise des(r) MfNV/NVA und des(r) Mdi/VP sehr bald und ohne Widerstand gegen die Interessen der DDR vereinnahmen.

4. Eine theoretische Frage: Wäre ein isoliertes Überleben der DDR möglich gewesen? Zweifellos nicht mit dem Gros einer Bevölkerung, die ihrer „Führung“ nicht

mehr oder zumindest nur noch sehr eingeschränkt vertraute. Im gegenteiligen Falle? Außerhalb der DDR artikulierten sich – z. B. in Großbritannien und Frankreich – ernstzunehmende Kräfte, die für ein vereinigtes Deutschland keinerlei Sympathien aufbrachten. Hätte das ein taktischer Vorteil sein können? Die Ausnutzung der Widersprüche zwischen kapitalistischen Staaten war und ist immer möglich. Und gibt es nicht Kuba mit Guantánamo als „Pfahl im Fleische“? Wer hätte Castro das zugetraut? Leider stand 1989/90 für die DDR nicht einmal mehr diese Frage zur Diskussion.

Dr. Udo Stegemann

Persönliche Ambitionen und Karrieredenken fügten der Sache schweren Schaden zu Macht um jeden Preis

In der vom „RotFuchs“ geführten Diskussion über Ursachen der Niederlage des Sozialismus in Europa ist viel Richtiges und Wichtiges gesagt worden. Meines Erachtens wurden jedoch die negativen Auswirkungen des auch nach Stalin fortgesetzten Personenkults in der UdSSR, bei uns und in einigen anderen sozialistischen Ländern nicht genügend beachtet. Er führte besonders unter sogenannten Leistungsträgern zur Verunsicherung. Damit wurden schöpferische und dringend gebrauchte Kräfte „vorsichtig“ und initiativlos. Das betraf Einzelentscheidungen oder die Mißachtung von Analysen, was den technischen Rückstand auf bestimmten Gebieten vergrößerte. Darüber muß man offen sprechen, um solche Erscheinungen künftig wirksamer bekämpfen und nach Möglichkeit ausschließen zu können. Die folgenden Gedanken äußere ich in der Absicht, zur Wahrheitsfindung und einer ehrlichen Geschichtsaufarbeitung aus unserer Position beizutragen.

Als langjährig leitender Wirtschaftsfunktionär der DDR erinnere ich mich an einen typischen Verfechter des Personenkults, dessen überheblicher Stil zur Einschüchterung vieler Genossen führte, von denen sich dann manche in Unterwürfigkeit übten. Günter Mittag war im Politbüro bis zuletzt für Wirtschaftspolitik zuständig. Ich habe ihn gründlich beobachten können. Nur wenige Funktionäre der DDR hätten so viel und so hart gearbeitet wie er, behauptete Mittag in seinem bereits 1991 vom Aufbau-Verlag herausgegebenen Buch „Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme“. Das ist ihm sogar zu glauben. Aber es gab auch nur wenige, die so unbeliebt, ja verhaßt waren wie er. Warum eigentlich? Mittag war ein Mann, der immer ganz nach oben wollte. Er war nie am Ende seiner Karrierewünsche und persönlichen Ambitionen. So zumindest kam sein Auftreten bei uns in der Wirtschaft an. Das macht es auch schwer, sein Credo anzunehmen. Um so mehr, als in dem Buch, das damals nicht sehr beachtet

wurde, viele Passagen der Selbstbeweihräucherung oder Rechtfertigung dienen. Schuldzuweisungen an seine „Kampfgefährten“ gehören dazu. Vor allem aber will Günter Mittag seine enorme Machtfülle verharmlosen. Er hatte eine unerhörte Freude an schnellen Entscheidungen und ließ „die Puppen tanzen“. Wehe dem, der irgendwelche Zweifel anmeldete.

Möglich, daß Mittag von seiner „Ausstrahlung“ zu wenig wußte. Doch bei der Einleitung von irgendwelchen Maßnahmen oder der Erteilung von Aufträgen genügte der Hinweis, G. M. stehe dahinter, und schon traute sich niemand mehr, auch nur eine Frage aufzuwerfen. Vielleicht haben manche Leute damit auch Mißbrauch getrieben und sich hinter ihm versteckt. Aber so war die Atmosphäre, die Mittag verbreitete.

Doch lassen wir seinen Charakter und die schmutzige Wäsche, die er in seinem Buch wäscht, außer Betracht, obwohl dazu sicher viele Genossen nicht wenig zu sagen hätten. Wenden wir uns seinem Abriß der DDR-Entwicklung zu. Soweit ich es beurteilen kann, sind die ökonomischen Bedingungen wie z. B. die von der DDR erbrachten Reparationen, die Auswirkungen der COCOM-Embargo-Listen des Westens, der technologische Rückstand im RGW-Bereich u. v. a. sachlich dargestellt. Auch solche Fragen wie die hohe Belastung der DDR durch Ausgaben für die innere Sicherheit und die Landesverteidigung, Mängel bei der Anwendung des sozialistischen Leistungsprinzips, die Notwendigkeit des Übergangs zur Mikroelektronik usw. werden zutreffend behandelt. Es wäre allerdings interessant zu wissen, wer die Ausarbeitung dieses Exkurses in die Wirtschaftsgeschichte der DDR unterstützt, die notwendigen Dokumente, statistischen Angaben und Zeitungszitate zusammengetragen hat. Ich vermute, daß hier ein ganzes „Team“ am Werke war.

Die Darstellung von G. M. als „Opfer des Ulbricht-Honecker-Regimes“ wie auch als

ein den westlichen Spitzenpolitikern und Top-Managern absolut ebenbürtiger Macher dürfte indes aus seiner Feder stammen. Hier konnte er den eigenen Schatten nicht überspringen.

Der Titel des Buches ist durchaus zutreffend gewählt. Er ging in der Tat „um jeden Preis“ an die Sache heran, wobei die scharfe Würze des Subjektivismus und der persönlichen Eitelkeit das Menü gründlich verdorben haben. Was den Untertitel des Buches „Im Spannungsfeld zweier Systeme“ betrifft, so bleibt dem Leser überlassen herauszufinden, was damit eigentlich gemeint ist. Vielleicht will der Autor lediglich andeuten, daß er selbst in Wahrheit zwischen beiden Fronten gestanden hat.

Ich will keine um mehr als anderthalb Jahrzehnte verspätete Rezension des Buches schreiben. Das hat bereits Herbert Wolf 1991 getan. Für mich war es viel wichtiger zu erkennen, ob es bei Mittag positive Ansatzpunkte für eine tatsächliche Auswertung der 40jährigen Wirtschaftsgeschichte der DDR gibt. Da aber muß man leider Fehlanzeige vermelden. In dieser Hinsicht war der Autor offensichtlich überfordert. So bleibt bei Herrn Mittag, der ein so großes „Unternehmen“ wie die gesamte Volkswirtschaft der DDR als einen einheitlichen Konzern leiten wollte, vieles offen. Er hat es bis zum bitteren Ende versucht. Das Ergebnis waren Administration, Gängelei und „Kommandowirtschaft“ mit all deren Folgen. Dabei sind Wissen, Erfahrungen und Ehrenhaftigkeit nicht weniger führender Personen durchaus anzuerkennen. Aber das Leben läßt sich nicht in Bilanzmethoden einfangen, auch nicht in rechnergestützte. Günter Mittags Buch deutet an, in welche Schwierigkeiten wir durch den Voluntarismus mancher Leute geraten sind.

Dr. Werner Liebig

Unser Autor war Stellvertretender Sekretär des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Wie der USA-Geheimdienst Folterverhöre in Drittländern durchführt

Ein „schwarzer Ort“ der CIA in Polen

Die CIA benutzte in Polen einige Einrichtungen, wo kurzzeitige Verhöre stattfanden und angebliche Terroristen illegal gefangengehalten wurden. Nach Angaben interner Quellen gehörten sie zu einer Ausbildungsschule des polnischen Geheimdienstes. Diese Operation erfolgte mit der ausdrücklichen Einwilligung der USA-Regierung und britischer Behörden. Nur ein Premierminister und einige hohe Chargen des Geheimdienstes Polens waren darüber informiert, daß USA-Agenten bei diesem Zwischenstopp Gefangene aus der ganzen Welt von einer Einrichtung zur anderen überführten. Der seinerzeitige britische Premier Tony Blair ermahnte den damaligen Warschauer Regierungschef Leszek Miller, die Sache top secret zu behandeln und selbst seinen Ministern nichts zu verraten.

CIA-Sprecher Paul Gimigliano bestätigte die Angaben über die Nutzung solcher Einrichtungen auf polnischem Territorium nicht, stritt sie aber auch nicht ab. „Das Verhörprogramm der CIA ist legal durchgeführt worden, immer mit viel Vorsicht und auf sehr pedantische Weise. Wir haben dadurch Informationen bekommen, die es uns ermöglichten, Komplote zu verhindern und Leben zu retten“, behauptete er. Das Programm sei „ein legitimes Werkzeug im Krieg gegen den Terrorismus“. Ein früherer höherer CIA-Offizier, der anonym bleiben wollte, sagte: „Wir selbst folterten niemals. Wir schickten Gefangene aber in Länder, die foltern, jedoch nicht bei einem solchen Zwischenaufenthalt.“

Alle Quellen des Geheimdienstes, die befragt wurden, versicherten, daß die CIA das Programm „Abrechnungen und geheime Festnahmen“ inzwischen abgebrochen habe. Der frühere Geheimdienstchef Zbigniew Siemiatkowski sagte einer polnischen Nachrichtenagentur, daß die CIA zu zwei internen Zonen der Ausbildungsschule Stare Kiejkuty Zugang hatte. Polnische Spitzenpolitiker von damals und heute leugneten rundweg jede Teilnahme Polens an dem geheimen Programm.

Nach Quellen des britischen Geheimdienstes MI6 stellten 2002 hohe Beamte der Regierungen Bush und Blair übereinstimmend fest, daß der afghanische Stützpunkt Bagram nahe Kabul nicht mehr wirksam operieren könne. Deshalb sei entschieden worden, besonders gefährliche mutmaßliche Terroristen an geheime Orte in Osteuropa zu überführen. Nach einer Reihe von Geheimtreffen des MI6-Chefs, Sir John Scarlett, und des

damaligen CIA-Direktors George Tenet in London und Washington wurde der polnische Geheimdienst aufgefordert, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Die Autoritäten wählten für die Durchgangsflüge eine abgelegene, selten benutzte Rollbahn in der polnischen Stadt Szymany. Die nahe Ausbildungsschule des Geheimdienstes bildete das „Zentrum“, um zeitlich begrenzte Festnahmen und Verhöre von kurzer Dauer zu realisieren.

Szczytno-Szymany war ein Militärflugfeld im Nordosten Polens. Es ist mit einer großen Piste ausgestattet, auf der einst die riesigen Transportmaschinen des Warschauer Paktes landeten. Vorher diente es den Bombern der faschistischen deutschen Luftwaffe. Heute ist der Flughafen „Mazury-Szczytno“ in Privathand.

In den Jahren nach 2001 landeten USA-Flugzeuge aus Afghanistan auf dem Flughafen, um ihre Reise nach Marokko, Usbekistan und Guantánamo fortzusetzen.

Die seinerzeitige Air-Port-Direktorin Mariola Przewlocka erklärte den Untersuchungsbeauftragten der Europäischen Union, diese Flüge stünden möglicherweise mit dem Geheimdienstgelände von Stare Kiejkuty in Verbindung, das ungefähr 19 km vom Flughafen entfernt liegt. Przewlocka sagte wörtlich: „Jedes Mal, wenn eine der verdächtigen Maschinen landen wollte, erhielten wir Befehle vom Grenzschutz, nach denen sich unser Personal dem Flugzeug nicht nähern durfte. Die Gebühren wurden bar bezahlt. Manchmal war es das Vierfache des normalen Betrages. Der Ausstieg der Passagiere erfolgte in einer entfernten Ecke.“ Sie seien in großen Autos mit dunkel getönten Scheiben weggebracht worden.

Einige frühere Mitarbeiter der europäischen und USA-Geheimdienste erklärten, daß die Geheimgefängnisse in der EU, die zuerst von der „Washington Post“ ausgekundschaftet worden waren, nicht ständig am selben Ort bestünden, was ihre „Identifizierung“ erschwere. Das Netz von Geheimgefängnissen habe sicherlich aus einer Reihe von Einrichtungen bestanden, die nur zeitweilig von den USA genutzt worden seien. Die Festgenommenen konnten von einem provisorischen „schwarzen Ort“ in einem Land zu einem anderen in einem zweiten oder dritten Land gebracht werden, ohne irgendwo lange zu bleiben. Diese Art der Handhabung erlaubte es sowohl den Vereinigten Staaten als auch dem jeweiligen „Gastgeberland“, die Geschehnisse abzustreiten. Ermittler, die ständige Einrichtungen suchten, liefen in die Irre. Nach den Enthüllungen

der „Washington Post“ begannen die Mitgliedstaaten der EU, Erklärungen zu verlangen. Im November 2006 reiste eine Abordnung aus zehn EU-Ländern nach Polen, um den Flughafen von Stare Kiejkuty zu untersuchen. Der Bericht, den sie vorlegte, läßt erkennen, daß die polnischen Regierungsvertreter anfangs zwar bereit waren, sich mit der Delegation zu treffen. Als diese dann aber in Polen war, verweigerten sie die Begegnung. Die Abgesandten baten darum, zwanzig Vertreter der polnischen Regierung, einige Journalisten und andere Personen interviewen zu dürfen. Schließlich erlaubte Warschau Gespräche mit neun Personen, von denen kaum jemand wichtige Informationen liefern konnte.

Dana Pries, die Journalistin der „Washington Post“, die für ihre Reportage über die geheimen CIA-Festnahmezentren den Pulitzerpreis bekam, weigerte sich, mit den Ermittlern der EU zu sprechen. Das einzige Mitglied der Bush-Administration, dem gestattet wurde, mit der EU in dieser Sache zu reden, war Außenministerin Condoleezza Rice. Sie drückte ihre Erwartung aus, daß die Alliierten der Vereinigten Staaten kooperierten, und daß sie keine Erklärungen über „antiterroristische Operationen von großer Bedeutung“ abgäben.

**Larissa Alexandrowna
und David Dastych, Tlaxcala**
Übersetzt von Isolda Bohler



Wir danken dem talentvollen
Grafiker **SHAHAR** für seine
jahrelange Mitarbeit.

Vor 50 Jahren bildeten Indiens Kommunisten in Kerala erstmals die Regierung Der Durchbruch

Vor fünfzig Jahren eroberte die KP Indiens (CPI) im südindischen Unionsstaat Kerala 60 Parlamentssitze und verfügte zusammen mit fünf unabhängigen Abgeordneten im Parlament von 126 Abgeordneten über eine Mehrheit. Am 5. April 1957 wurde in der Hauptstadt Trivandrum die vom Sekretär der CPI Keralas, E. M. S. Namboodiripad – später war er lange Jahre Generalsekretär der CPI (M) – geführte Regierung vereidigt. Die damalige Entscheidung der Wähler hatte nicht nur für die weitere Entwicklung Keralas Bedeutung, sondern auch nachhaltigen Einfluß auf das bürgerlich-parlamentarische System und die kommunistische Bewegung in Indien.

Zum ersten Mal in der Geschichte gelangten Kommunisten nicht im Ergebnis einer Revolution, sondern nach Wahlen in Regierungsverantwortung. Nur zehn Jahre nach Erringung der staatlichen Unabhängigkeit Indiens waren sie gezwungen, diese in einem kapitalistischen Land zu übernehmen, in dem die Indische Kongresspartei (INC) die Macht ausübte. Die kommunistische Weltbewegung, so auch die CPI, hatten keine Erfahrungen, wie man unter solchen Bedingungen Politik gestaltet. Die Partei betrat Neuland und mußte natürlich von Beginn an Kompromisse mit der Zentralregierung in Neu Delhi eingehen. Sie tat das unter Berücksichtigung ihrer Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft sowie der konkreten Bedingungen in Indien und Kerala, wohl wissend, daß es sich dabei nicht um revolutionäre Umgestaltungen, sondern um konkrete Schritte zur Verbesserung des Lebens einfacher Menschen handelte. Geschickt griffen Kommunisten wichtige Forderungen auf, die der INC im nationalen Befreiungskampf gegen die britische Kolonialherrschaft und später bei Parlamentswahlen oft genug verkündet hatte, ohne gewillt zu sein, sie tatsächlich zu verwirklichen. Als Kommunisten in Kerala viele dieser Versprechungen zum Bestandteil ihrer Politik machten, geriet der INC in Zugzwang und verschärfte seinen Druck auf die kommunistisch geführte Regierung des Unionsstaates.

Keralas Kommunisten mußten nicht nur gegen die indische Reaktion innerhalb und außerhalb des INC und die Einmischung der USA, sondern auch gegen Vorwürfe von Bruderparteien ankämpfen. Einige warfen ihnen Revisionismus vor, weil sie nicht im Ergebnis bewaffneten Kampfes an die Macht gekommen waren und sich nicht revolutionär genug gegenüber der Zentralregierung verhielten. Andere wiederum mahnten sie zu noch größerer Vorsicht im Umgang mit Delhi. Die USA-Administration unternahm ihrerseits alles, um weitere Keralas in Indien und anderswo zu verhindern.

Deren ehemaliger Botschafter in Indien, D. P. Moynihan, schrieb 1978 in seinem Buch „A Dangerous Place“ (Ein gefährlicher Platz) über die offene Einmischung der CIA. So wurde der Kerala Congress von den USA finanziell mit dem Ziel unterstützt, Unruhe und Chaos zu provozieren, die zur Absetzung der Regierung des Unionsstaates führen sollten. Falls dies nicht geschehe, wurde mit Einstellung von USA-Projekten in Indien gedroht. Unter dem Vorwand, die Regierung Keralas beherrsche die angeheizte Situation nicht mehr, wurden erstmals Artikel 356 der indischen Verfassung zur Anwendung gebracht, Namboodiripads Mannschaft am 31. Juli 1959 abgesetzt und die Präsidentschaft eingeführt.

Der Imperialismus und die indische Bourgeoisie fürchteten bereits damals das „Modell Kerala“, denn innerhalb von



Wahlplakat der KPI (M)

nur 28 Monaten hatte die Linksregierung 88 weitreichende Dekrete verabschiedet. Sie vollbrachte damit eine Pioniertat. Sie bilanzierte Jahresbudgets, indem sie u. a. eine Eigentumssteuer erhob und große Vermögen höher besteuerte, während sie die Lebensmittelsteuer, bis auf Luxuswaren, abschaffte. Sie legte Mindestlöhne für Arbeiter in 18 Industriebereichen fest und erhöhte die Löhne der Landarbeiter, für die sie eine Rente einführte. Gesetzlich wurde zum ersten Mal ein bezahlter Jahresurlaub von sieben Tagen festgeschrieben. In staatlichen Unternehmen wurde begonnen, das Mitspracherecht der Arbeiter zu verwirklichen. Bauern erhielten Land, das entweder brach lag oder durch Begrenzung feudalen Großgrundbesitzes zur Verfügung stand. Die Ausbeutung auf dem Lande wurde eingeschränkt. Die Vertreibung der Pächter vom Grund und Boden, den sie bearbeiteten, wurde unter Strafe gestellt, die unerträgliche Pachtzinspraxis, die zur chronischen Überschuldung von Bauergenerationen geführt hatte, abgeschafft. Zugleich ergriff man Hilfsmaßnahmen zur Beseitigung der Schuldenfalle. Eine effektive Lebensmittelverteilung in staatlichen Läden zu niedrigen Preisen für Arme war ebenso populär wie die Einführung des Dorfrä-

tesystems (panchayats). Es war auf eine Dezentralisation der Macht und auf eine Stärkung des Mitsprache- und Entscheidungsrechts nachgeordneter Organe bis zur Dorfebene gerichtet. Die Regierung untersagte der Polizei, sich in Arbeitskonflikte einzumischen. Fünf Jahre früher als in anderen Unionsstaaten sollte die kostenlose Grundschulausbildung realisiert werden.

Indische Kommunisten und alle Fortschrittskräfte des Landes gedachten vor wenigen Wochen nicht nur eines historischen Ereignisses vor über einem halben Jahrhundert, sondern eines „Modells Kerala“, das ungeachtet des antikommunistischen Klimas unserer Tage bis in die Gegenwart Ausstrahlung und Bestand hat. Denn seit dem Wahlsieg im Mai 2006 ist hier zum wiederholten Mal eine linke Einheitsfrontregierung am Ruder, die von 98 Abgeordneten (insgesamt 140) getragen wird und in der die beiden seit 1964 getrennt bestehenden kommunistischen Parteien entscheidende Positionen einnehmen.

Seit 1967 führt die CPI (M) auch im ostindischen Unionsstaat Westbengalen mit einer Bevölkerung von ca. 85 Millionen ununterbrochen eine linke Einheitsfrontregierung. Bei den Wahlen im Mai 2006 konnte sie ihre bestimmende Rolle im Parlament des Staates auf 235 von insgesamt 300 Abgeordneten weiter festigen. Noch nie war ein kommunistisch geführtes Kabinett in einem kapitalistischen Land so lange in Regierungsverantwortung. Der nordöstliche Unionsstaat Tripura wird ebenfalls seit Jahren von einer linken Exekutive regiert.

Im Kampf um eine gerechte Politik im Interesse der hundertmillionenfach Benachteiligten verfügen indische Kommunisten vor allem in Westbengalen und Kerala über reiche Erfahrungen, wie Opponieren und Regieren erfolgreich gestaltet werden können. Es ist vor allem ihr Verdienst, daß das Analphabetentum im heutigen Kerala, dessen Bevölkerungszahl mit der Kanadas verglichen werden kann, bei Erwachsenen zu 91 % beseitigt ist (USA 96%), die Lebenserwartung bei Männern 68 Jahre (74), bei Frauen 74 (80), die Kindersterblichkeit 12 (7) und die Geburtenrate 17 (18) per 1000 beträgt.

Obwohl der Einfluß der Kommunisten in Indien sehr ungleich ausgeprägt ist, spielen die drei erwähnten Unionsstaaten eine große Rolle und bieten den Linkskräften nicht zu unterschätzende Einflußmöglichkeiten auf die Innen- und Außenpolitik der Republik.

Dr. Andrej Reder

Unser Autor war Leiter der Handelsniederlassung der DDR in Kalkutta, später Botschaftsrat in Bangladesch.

Wie Afghanistans „Glaubenskrieger“ 1992 Kabul zerstörten Blutige Orgien

Nachdem sich die Sowjetunion Anfang 1989 faktisch und die USA scheinbar aus dem Afghanistan-Konflikt zurückgezogen hatten, wurde das Land zum politisch-ideologischen Schlachtfeld der Regionalmächte Iran, Pakistan und Saudi-Arabien. In einem FAZ-Kommentar hieß es euphorisch, die Regierung Nadjibullah dürfte sich nicht einmal vier Wochen mehr halten können. Sie werde von den Modjahedin hinweggefegt. Die linke afghanische Regierung hielt sich indes bis 1992 und schlug sogar mehrere gut organisierte Offensiven der Modjahedin in Ost- und Südafghanistan erfolgreich zurück. Präsident Nadjibullah leitete eine Politik der nationalen Versöhnung ein und bot der Opposition eine Regierungsbeteiligung an. Der UN-Vermittler Benon Sevan hatte in Islamabad den Rücktritt Nadjibullahs und die Bildung eines Übergangsgremiums für den 28. 4. 1992 angekündigt. Sowohl Hekmatyar, der Super-Modjahed im Dienste der USA und Führer der Islamischen Partei, als auch der ebenfalls von der CIA finanzierte Masud, Kommandant der Djamiat-Partei, lehnten den UN-Plan ab. Nadjibullah hingegen stellte sein Amt nun zur Verfügung. Am Verlassen des Landes wurde er gehindert. Er hielt sich in der UN-Vertretung in Kabul auf, bis er im September 1996 von den Taleban ermordet wurde.

Die neue afghanische Führung um Außenminister Wakil, Kawiani, Masdak und Nadjibullahs Nachfolger Hatf hatte beschlossen, die Macht an die Modjahedin zu übertragen. So geschah es auch am 27. 4. 1992, nachdem ihnen die Stadt Kabul kampfflos und unzerstört überlassen worden war. Bei diesem Komplott ging es um die Rettung der eigenen Person und der Besitztümer. Daraufhin wurde Modjadedi, der Exil-Präsident der Modjahedin, Präsident des Islamischen Staates Afghanistan. Die bisherige afghanische Führung – insgesamt handelte es sich um 95 Personen – verließ das Land.

Das afghanische Volk glaubte anfangs, mit dem Abzug der sowjetischen Armee bzw. dem Sturz der Regierung in Kabul wären die Probleme gelöst. „Als Folge der Ignoranz und Gleichgültigkeit jener Staaten, die jahrzehntlang an Afghanistan nur interessiert waren, solange es galt, ein kommunistisches Regime zu stürzen, entwickelt sich das Land zu einem Kriegsschauplatz, auf dem vor allem die Nachbarländer um Einfluß kämpfen“, schrieb die „Süddeutsche Zeitung“. Politische Beobachter mußten schon bald konstatieren, daß mit der „Machtübernahme“ der Modjahedin der Kampf an Härte eher noch zunahm. Kabul sei vom Frieden weiter entfernt denn je, ja sogar auf dem Weg zu einem „Beirut“.

Als der Übergangspräsident Modjadedi den Eid sprach, schlugen unweit des

Palastes Raketen ein. Hekmatyars Krieger hatten sie abgefeuert. 800 Zivilisten wurden getötet und Tausende verletzt. Dies war der Beginn einer Verschärfung des Krieges. Nach ihrem Einmarsch waren Horden plündernder Modjahedin wie Heuschreckenschwärme über Kabul hergefallen. Die Beutezüge machten vor nichts halt: Ministerien, der Präsidentenpalast und Banken wurden vom Keller bis zum Dach leergeräumt und verwüstet. Statt den Bürgern der 1,5 Millionen-Stadt die versprochene Sicherheit zu bringen, überzogen die Milizionäre Kabul mit Terror; statt Ruhe und Ordnung schufen sie Chaos und Anarchie. Zeitweilig glich Kabul einer Geisterstadt. Strom und Wasser waren ausgefallen, Geschäfte und Marktstände blieben geschlossen. Männer, die sich auf die Straße wagten, liefen Gefahr, von den Modjahedin verhaftet zu werden. Heerscharen bewaffneter „Glaubenskrieger“ zogen durch die Straßen und machten selbst vor ausländischem Eigentum nicht halt.

Wegen einer Kurzvisite des pakistanischen Ministerpräsidenten Sharif bei Modjadedi schien sich die Lage in Kabul zunächst zu entspannen. Die Einwohner begruben Hunderte Tote, doch das Morden ging weiter. Hekmatyar hatte seit langem eine Exekutionsliste mit 30000 Namen vorbereitet. „Leichen säumen seinen Weg“, titelte die „Westdeutsche Zeitung“. Im August 1992 nahm die Partei von Hekmatyar Kabul zwanzig Tage lang unter Raketenbeschuß, wobei 2500 Menschen ums Leben kamen. Westliche Militärexperten zählten innerhalb einer Stunde mindestens 600 Einschläge. Die SZ berichtete, daß „Hekmatyars Verbände am 7. August mit der Bombardierung Kabuls begonnen und große Teile der Hauptstadt in Schutt und Asche gelegt“ hätten. Kabul erstickte in Feuer und Blut, die Stadt gleiche einem Trümmerfeld, meldeten die Agenturen. Angesichts der unvorstellbaren Brutalitäten wurde erstmals Erstaunliches eingeräumt: Kabul sei in den vier

Monaten seit seiner „Befreiung“ stärker zerstört worden als in den vierzehn Jahren des sowjetisch unterstützten Regimes, las man in der westlichen Presse. Und in der Tat: Durch die bewaffneten Auseinandersetzungen rivalisierender Modjahedin-Banden in Kabul waren seit dem 27. 4. 1992 mindestens 5000 Menschen ums Leben gekommen und ca. 750 000 Bewohner vertrieben worden. Nach Angaben des von der CIA finanzierten „Radio Asadi“ vom 1. März 1993 sind seitdem in Kabul Zehntausende Menschen getötet worden. Die Weltöffentlichkeit nahm es kaum wahr, aber „die letzten Nachrichten lassen selbst den Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beinahe als harmlosen Konflikt erscheinen“, stellte die SZ damals fest. Was von Kabul noch übriggeblieben war, zerlegten die Islamisten in sechs Einflußbereiche. Sie verminten die Grenzen und bombardierten die Stadt, bis nur noch Ruinen übrig waren. Niemand führte eine Statistik über die Opfer. Hekmatyar, der als amtierender Ministerpräsident seine eigene Hauptstadt zerstörte, rief nach der zweiten Schlacht im August 1992 den aus Kabul geflüchteten Menschen zu: „Kommt nicht zurück, das nächste Mal wird es noch schlimmer.“ In unserer Geschichte ist der Vorgang einmalig: „Eine Handvoll krimineller Elemente setzt das Schicksal Afghanistans aufs Spiel“, schrieb „Der Spiegel“.

Als zum vierten Jahrestag des Abzugs der sowjetischen Armee im Februar 1993 ein Waffenstillstand zwischen den Modjahedin verkündet wurde, nutzten sie diesen zu Plünderungen großen Stils. Bewaffnete Regierungsmilizen durchstöberten im Kabuler Stadtteil Afshar verlassene Wohnungen und Läden, schleppten alles weg und ermordeten jeden, der sich ihnen in den Weg stellte. Die Bevölkerung mußte die Geschehnisse macht- und fassungslos über sich ergehen lassen. Aus Furcht, ihren Einfluß bei den Afghanen ganz zu verlieren, ersetzten die Modjahedin die islamische jetzt durch die ethnische „Karte“. Aber der Krieg ging unvermindert weiter, nun unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe. Der den Islamisten durch ihre imperialistischen Hintermänner erteilte Auftrag, die uneingeschränkte Kontrolle über das Land zu erreichen und es dem Westen in die Hand zu spielen, blieb unerfüllt. Die Versager wurden deshalb ausgewechselt. Ein mit den USA, Saudi-Arabien und Pakistan eng kooperierendes Regime in Kabul sollte Stabilität garantieren, um die ökonomischen Interessen dieser Länder in Mittelasien durchzusetzen. Damit war die Stunde der Taleban gekommen, deren Geburtshelfer ebenfalls die USA waren. Seit Oktober 2001 werden sie von der NATO unter Führung des Pentagons mit allen Mitteln bekämpft. **Dr. Matin Baraki**

Generalleutnant a. D.
der Grenztruppen

Karl Leonhardt

ist am 16. Juli im Alter
von 78 Jahren gestorben.

Wir verlieren einen standhaften,
unbestechlichen Kampfgefährten
und treuen „RotFuchs“-Leser.

Ehre seinem Andenken!

Dem Wort Globalisierung begegnet man heute überall. Es ist gewissermaßen in aller Munde. In erster Linie dient es als „Totschlagsargument“ zur Begründung des forcierten Sozialabbaus. Es verschleiert die wahren Hintergründe der Massenarbeitslosigkeit, der Lohndrückerei, der Einschränkung der Bürgerrechte, zunehmender Militarisierung und neuer Aggressionskriege.

Wie könnte man das Wesen der Globalisierung besser beschreiben als so:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation (Ausnutzung) des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch (global) gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate (Klimazonen) zu ihrer Befriedigung erheischen (verlangen). An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr (Austausch), eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander ... Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten (rückständigsten) Nationen in die Zivilisation ... Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d. h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem Bilde.“ (Einfügungen vom Autor)

Die hier zitierte Beschreibung wurde schon 1847 (!) für das „Manifest“ der Kommunistischen Partei formuliert. Sie stammt von Karl Marx (MEW 4/465 f.). Der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus analysiert die Dinge natürlich aus der Sicht seiner Zeit. Dabei konnte er von moderner Telekommunikation, Internet, Global Playern und Hedgefonds zweifellos nichts ahnen. Doch das Prinzip der kapitalistischen Produktionsweise hat sich überhaupt nicht geändert. Unter den Bedingungen des Imperialismus ist Globalisierung lediglich die höchste Steigerungsform des internationalen Marktradikalismus, die totale Unterordnung der Politik unter das Primat der

Was sich hinter dem Schlagwort Globalisierung verbirgt Schon Marx war im Bilde

Ökonomie. Anders gesagt: Ausbeutung über alles in der Welt heißt die Parole. Nicht der Mensch, sondern der Profit ist das Maß aller Dinge.

Die Marxsche Analyse bleibt die unverzichtbare Basis für eine revolutionäre Theorie zur Überwindung des Kapitalismus. Aber es kann im Grunde nicht einfach nur „gegen die Globalisierung“ gehen. Denn internationale Arbeitsteilung und Zusammenarbeit werden zunehmend auch zur Bedingung und Voraussetzung für den weltrevolutionären Prozeß. Der imperialistischen Globalisierung muß dabei die internationale Verzahnung der

Arbeiterbewegung entgegengesetzt werden. Bloße Globalisierungskritik, die sich nicht zugleich gegen die kapitalistische Produktionsweise, gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen in all ihren von Land zu Land unterschiedlichen Erscheinungsformen richtet, ist der revolutionären Sache kaum dienlich. Das Ziel, die Welt fundamental zu verändern, verlangt danach, sie zuvor zu analysieren, zu verstehen und zu interpretieren. Und dazu bedarf es wissenschaftlicher Kategorien. Der ebenso nebulöse wie unrichtige Begriff „Globalisierung“ gehört nicht dazu.
Richard Georg Richter

Zu Hintergründen des Konflikts zwischen Hamas und Fatah Olmert frohlockt

Israel und seine Verbündeten – vor allen die USA, die BRD und die EU – haben ein seit langem verfolgtes Ziel erreicht: die Palästinenser nachhaltig zu entzweien und zu schwächen. Im von Israel zugrunde gerichteten Gazastreifen dominiert die „Islamische Widerstandsbewegung“ Hamas. Fatahkräfte mußten in das Westjordanland ausweichen.

Der Weg zur nationalen Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, die nur in einem lebensfähigen eigenen Staat zu realisieren ist, setzt Zusammenhalt und Solidarität voraus. In erster Linie erfordert das heute gemeinsames Handeln der beiden einflußreichsten Palästinenser-Organisationen: der die PLO beherrschenden Fatah und der nicht der PLO angehörenden Hamas. Das würde die Überwindung der krassen sozialen Not der Bevölkerung fördern. Den Israelis könnte die andauernde Furcht vor Schlägen des palästinensischen Widerstandes, vor den aus Verzweiflung und Ausweglosigkeit geborenen Selbstmordattentaten genommen werden.

Allerdings sind die Palästinenser dringend auf ausländische Unterstützung angewiesen. Die „internationale Gemeinschaft“, die USA, die BRD und die EU, die UNO und deren Spezialorganisationen, aber auch Israel müßten ihren finanziellen, materiellen und anderen Verpflichtungen nachkommen. Und Israel muß endlich die einschlägigen UNO-Resolutionen befolgen, Besatzung und Expansion aufgeben.

Fatah und Hamas gingen mit der Bildung der Einheitsregierung im Frühjahr 2007 einen wichtigen Schritt. Aber seitens der USA, Israels und der EU wurde alles darangesetzt, die Palästinenser zu spalten und aufeinanderzuhetzen. Wie schon nach dem in demokratischer Wahl errungenen

Sieg der Hamas und der Bildung einer von ihr geführten legitimen Regierung wurde die Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Palästinensern verweigert. Das betrifft jetzt vor allem die über 1,5 Millionen Menschen im Gazastreifen. Die palästinensische Regierung der nationalen Einheit wurde boykottiert und in Gegensatz zu der von Präsident Abbas geführten Autonomiebehörde gebracht. Diese wird vom Westen hofiert, bestochen und zersetzt. Unter den Bedingungen einer zunehmenden humanitären Katastrophe gewannen in Fatah und Hamas verdingungsfreundliche Kräfte die Oberhand.

Willkür und Korruption in Fatah und Autonomiebehörde hatten deren Position vor allem im Gaza-Streifen schon nachhaltig beschädigt, was zur weiteren Stärkung der Hamas beitrug. Israelischer Geheimdiensteeinfluß, in der Hamas seit ihrer Entstehung 1987 eklatant, und das Wirken der CIA in den von den USA seit Mitte der 90er Jahre ausgebildeten Kräften der Fatah taten ihr Übriges, um den blutigen Bruderkrieg zu schüren. Und Israel schlägt weiter mit Waffengewalt zu.

Auch wenn es im Moment aussichtslos erscheint, müssen die patriotischen Kräfte des Widerstandes erneut zu gemeinsamem Handeln finden und die nationalen Interessen der Palästinenser gegen israelische Okkupation und westliche Bevormundung durchsetzen.
Bernd Fischer

**AUF DIE PFERDE,
HUSAREN DER
FEDER!** Die sommerliche
Verschnaufpause
geht bald zu Ende.

Ein Börde-Autor errichtet Denkmäler für „kleine Leute“

Fritz Künnemanns Roter Besen

Irgendwann habe ich ein vergilbtes (vielleicht letztes) Exemplar des von der KPD-Ortsgruppe in Klein Wanzleben herausgegebenen Blattes „Der Rote Besen“ in Händen gehalten. Es war die Ausgabe vom 2. Januar 1933. Untertitel: „Betriebszeitung für sämtliche Güter und Betriebe der Firma Rabbethge und Giesecke. Preis 10 Pfennige. Verantwortlich für Druck, Verlag und Inhalt: Fritz Künnemann, Klein Wanzleben.“

Worüber wurde hier berichtet? Worüber schrieb Fritz Künnemann selbst? Ich nenne nur einige Überschriften: Was für Betriebsräte? Schluß mit Lohnraub und Junkerwillkür! Kämpft mit der KPD! Ein Dokument der Klassenjustiz. Arbeiter als Freiwild. Was geht im Landwehrverein vor? Die Wohnungsverhältnisse bei Z.K.W. (Zuckerfabrik Klein Wanzleben). Inspektor Braune gönnt Wanzleher Arbeitern kein billiges Fleisch. Ulanenwachtmeister Heinrich Dehne. Hinein in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Aktuellstes Thema jener Wochen waren die bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Wörtlich heißt es dazu: „Wir als R.G.O. rufen Euch bei der Betriebsrätewahl 1933 zur Schaffung von Einheitslisten auf. Jeder Arbeiter kann kandidieren, der ehrlich gewillt ist, gegen Lohnabbau und Faschismus zu kämpfen.“

Zu Arbeitern im Landwehrverein: „Kollegen, überlegt: Ist nicht der Landwehrverein dem Kyffhäuserbund angeschlossen? Der aber ist die Stütze der Großagrarien und Kapitalisten. Er betreibt eine ungeheure Kriegshetze, damit Ihr bald wieder den Kapitalisten als Kanonenfutter dienen sollt. Aber seht Euch den Verein einmal richtig an. Wer ist Ehrenvorsitzender? Kommerzienrat Rabbethge, Euer größter Ausbeuter. Und wer ist Vorsitzender? Inspektor Braune, einer der schlimmsten Antreiber im Betrieb.“

An anderer Stelle: „Für Luxusautos, große Hasen- und Fasanenjagden ist Geld da. Aber für bessere Löhne und Lohnverhältnisse der Arbeiter haben diese Herren nichts übrig. Die Landarbeiter sind in der Weihnachtswoche mit 8 Mark Barlohn nach Hause gegangen.“

Die 3 Millionen deutschen Landarbeiter werden immer noch als Arbeiter zweiter Klasse behandelt. Sie stehen nach wie vor unter Ausnahmerecht. Vor der Revolution 1918 hieß ihre Zwangsjacke ‚Gesindeordnung‘, nach der ‚Befreiung‘ durch die SPD-Führer trat die ‚Vorläufige Landarbeitsordnung‘ an die Stelle der Gesindeordnung. Die Landarbeiter hatten früher große Hoffnungen auf die freien Gewerkschaften, auf den Deutschen Landarbeiter-Verband gesetzt. Aber sie wurden durch die sozialdemokratischen Führer in den Verbänden verraten, und so sehen wir, daß die Arbeiter in Scharen den DLV verlassen haben. Nun sind sie mit der RGO Land- und Forstarbeiter in Deutschland gegen die Angriffe der Großagrarien

zum Kampf übergegangen. In den beiden Papen-Monaten wurden in Deutschland 70 Gutsstreiks, weit über 250 Kartoffel- und Rübenarbeiterstreiks durchgeführt.

Und was besonders wichtig ist: Von den 70 Gutsstreiks waren 51 erfolgreich. Von den 250 Rübenarbeiter-Streiks waren 200 erfolgreich. Über die verräterischen Argumente der Gewerkschaftsführer, daß man in der Krise nicht kämpfen kann, sind die Arbeiter hinweggegangen. Neuer Lohnraub steht vor der Tür! Er kann nur durch die geschlossene Kampffront der Arbeiterschaft verhindert werden! Deshalb, Kollegen der Z.K.W., rufen wir Euch zu: Reiht Euch ein in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!“

Wenige Monate später waren die deutschen Faschisten an der Macht. Zu deren ersten Maßnahmen zählte das Verbot der Arbeiterparteien und – natürlich – das aller Gewerkschaften. Auch die RGO wurde außerhalb von Recht und Gesetz gestellt.

Fritz Künnemann und alle Arbeiter Deutschlands sahen sich fortan für 12 Jahre schutzlos jeder Unternehmerwillkür ausgesetzt.

Gefestigt wurde die Macht der Kommerzienräte und Inspektoren auch in Klein Wanzleben. Und die wußten das zu schätzen und dafür zu danken. Selbst die Beerdigung eines der Köpfe des Konzerns wurde zur triumphalen Machtdemonstration und zum Ausweis des Bündnisses der jetzt unter dem Hakenkreuz vereinten Reaktion.

Vor den Augen der Bevölkerung vollzog sich dann ein solches Schauspiel, wie es uns die „Bördeglocken“, das Blatt der evangelischen Kirche, überlieferten: „Beisetzung einer bekannten Persönlichkeit, eines Repräsentanten der Zuckerfabrik Klein Wanzleben.“

350 Wagen hat man gezählt! In der großen Halle des Laboratoriums war der Sarg aufgebahrt, und Stahlhelmer hielten die Ehrenwache. Kopf bei Kopf füllte den weiten Raum, nach dem Ortsgeistlichen sprachen Vertreter des Werkes, der Industrie, des Regiments, des studentischen Korps, dem der Verstorbene angehört hatte, und der Wissenschaft. Endlos war der Zug der Trauernden. Voran SA und SS, dann die Landwehrvereine von Klein Wanzleben und Remkersleben, die Feuerwehr, die Musikkapelle der SS. Im Erbbegräbnis der Familie wurde die sterbliche Hülle des Verewigten beigesetzt.“

Mit wem hatte sich Fritz Künnemann da nur angelegt? Er konnte es nicht lassen. Zwölf Jahre später, nach der Befreiung vom Faschismus, nahm er die Fahne und den Kampf vom Januar 1933 wieder auf. Diesmal mit einer revolutionären Einheitsgewerkschaft, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB). Er starb am 16. Februar 1966. Es gab keine große Beerdigung. Es kamen keine Leute mit Wagen. Die da kamen, erschienen zu Fuß. Es gab auch kein Mausoleum, sondern eine schlichte Grabstätte.

Nur „große“ Leute wurden beigesetzt, „kleine“ beerdigte man. **Karl Schlimme**

Nachträglich gratulieren wir unseren Mitgliedern

Manfred Schubert aus Wassertrüdingen (**10. Juli**),

Otto Rubel aus Potsdam (**20. Juli**) und

Karl-Heinz Götze aus Augustusburg (**25. Juli**),

die ihren **80. Geburtstag** begangen haben, von ganzem Herzen.

Am **27. August** um **16 Uhr** spricht HVA-Oberst a. D. **Bernd Fischer** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Bremer Straße 24, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Rostock**

über das Thema

**Zur Lage
im Nahen
Osten**

Gäste sind herzlich willkommen.

Am Weltfriedenstag, dem **1. September, 10 Uhr**, ist Oberst a. D.

Dr. Friedrich Sayatz in Chemnitz zu Gast. Im Rothaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), spricht er auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** über das Thema

**Gefahren der
Weiter-
verbreitung
von Kernwaffen**

Christa Müller, über die ich hier berichten, ist nicht identisch mit der Autorin Christine Müller, die sich 1985 mit ihren „Männerprotokollen“ einen Namen machte.

Christa Müller wurde 1936 in Leipzig geboren, wuchs in ihrer Geburtsstadt auf, absolvierte eine Buchhändlerlehre und holte das Abitur an der ABF nach. Anschließend studierte sie in Dresden vier Semester Arbeitspsychologie und wechselte an die Hochschule für Filmkunst in Babelsberg, um das Diplom als Filmdramaturgin zu erwerben. Seit 1962 arbeitete sie im VEB DEFA-Studio für Spielfilme als Regieassistentin, Dramaturgin und Autorin. Ende 1990 wurde sie entlassen und war bis März 1996 arbeitslos. Im folgenden Monat wurde sie Altersrentnerin.

Christa Müller veröffentlichte ab 1970 Lyrik in Zeitungen und Anthologien und Prosa in „Voranmeldung“ (1973). Zusammen mit Reiner Putzger und Maria Seidemann folgten Gedichte in „Kieselsteine“ (1975). Christa Müller debütierte mit ihrem Erzählband „Vertreibung aus dem Paradies“ (1979) in der Edition Neue Texte des Aufbau-Verlages. Die Autorin griff in den fünf Erzählungen die Problematik Mutter-Kind und heranwachsender Jugendlicher auf. Im Mittelpunkt standen meist alleinstehende Mütter mit ihren Sorgen und persönlichen Nöten. Die Mutter-Kind-Beziehung lotete die Autorin feinsinnig und psychologisch motiviert aus. Christa Müller erwies sich als eine gute Erzählerin von handfesten, teilweise ungewöhnlichen Episoden aus der Sicht von Kindern und Müttern. Die Texte waren pointiert erzählt, lakonisch, mit zurückhaltender Emotionalität. Zwischen 1980 und 1989 folgten weitere Prosaarbeiten in Anthologien.

Im „Bienenstock“ (Nr. 149/1989) des Aufbau-Verlages erschien ein Auszug aus ihrer neuen Erzählung „Die Verwandlung der Liebe“. Sie fand bei weitem nicht die verdiente Würdigung und Resonanz. Erst beim Kehraus der DDR-Literatur stieß ich wieder auf das Buch und erwarb es für einen Schleuderpreis. Die Autorin schloß auf weit höherem künstlerischem Niveau und mit tieferer und vor allem vielschichtiger Aussage an die Mutter-Kind-Thematik in ihrem Erstling und den Erzählungen „Die Hütte“ und „Der Berg“ an. Touren ins Hochgebirge standen im Zentrum, die eine Mutter mit ihrem Sohn unternahm. Es faszinierte die sensibel-feinsinnige und psychologisch fundierte Erzähl- und Gestaltungsweise. Was Christa Müller in „Verwandlung“ diesbezüglich zustande brachte, übertraf ihre Erzählungen im Debütband. Auffallend war, wie sie die inneren Bindungen zwischen Mutter und Sohn filterte, ausleuchtete und mosaikartig auslotete. Andererseits bestach der langsame Loslösungsprozeß des Sohns von der Mutter – und dieses ohne große Wortausbrüche, sondern zurückhaltend. Ein solches Werk bewegte den Leser, da Generationskonflikte, Erwartungshaltungen und Lebenswünsche berührt und angesprochen wurden, aber auch Hoffnungen, Verletzungen und Selbst-

Die Potsdamer Autorin Christa Müller ist „RotFuchs“-Lesern nicht unbekannt Verse, die unter die Haut gehen

täuschungen ressentimentlos und überzeugend beschrieben wurden. Christa Müller legte situationsbedingte Emotionen und Haltungen der beiden Figuren frei, ohne ins Sentimentale abzugleiten. Dabei bezog sie kunstvoll Träume und vor allem die Landschaft und Natur mit ein, womit sie echte Poesie einbrachte und auch andere Menschenschicksale beleuchtete. Sie sprach Problemkreise an, wie: Was hat Liebe mit Besitz zu tun? Wie können Phantasie und Realität miteinander verquickt werden? Wie können Gedichte emotional nachwirken aufgrund bestimmter Situationen? Das Buch ging in den Wirren des Sommers 1990 unter und war nur sehr kurze Zeit im Handel. Es sollte eigentlich im IV. Quartal 1989 erscheinen. Die Bestell-Listen waren überzeichnet. Der Verlag überantwortete den nicht ausgelieferten Teil der Auflage dem Berthelsmann-Vertrieb.

Im März 1999 durfte Christa Müller in Katlenburg bei Pfarrer Martin Weskott auftreten, der tonnenweise Bücher von den Müllkippen rettete. Sie las aus „Die Verwandlung der Liebe“, von dem er ca. 200 Exemplare geborgen hatte. Der Roman „Tango ohne Männer“ folgte 1998 im DVS in Frankfurt/Main mit gerade mal 500 Exemplaren. Das authentische Werk mit dem Untertitel „Roman meiner Mutter“ beginnt mit einem Tod und endet mit einem Tod. „Tango ohne Männer“ reflektiert die seelischen Verwüstungen, die die beiden Weltkriege in unserem Volk hinterließen. Ins Bild gerückt werden drei Generationen einer deutschen Familie, die nur aus Großmüttern, Tanten, Mutter und Tochter bestehen, die um ihr Lebensglück gebracht wurden. Die beiden Kriege hatten sie zu Witwen und Waisen gemacht. Die Autorin schilderte endlose kleine Tragödien. Sie erzählte aus wechselnden Blickwinkeln und überwiegend vom



Grafik: Klaus Stüttmann

Zurückblickend

Die besseren Aussichten eröffnen sich dadurch daß wir die sonst keine haben das offen zu sagen beginnen

Die Zukunft liegt nicht darin daß man an sie glaubt oder nicht an sie glaubt sondern darin daß man sie vorbereitet

Die Vorbereitungen bestehen nicht darin daß man nicht mehr zurückblickt sondern darin

was man sieht beim Zurückblicken und mit diesem Bild vor Augen auch etwas anderes tut als zurückblicken

Erich Fried (1921–1998)

Standpunkt der Tochter. Der Roman ist ein Erinnerungsbuch, in dem die psychischen und mentalen Folgen der Witwenschaft reflektiert werden: Verdrängung und Selbstbetrug, die Unfähigkeit zu Zärtlichkeit und Nähe, die Haßausbrüche und unartikulierten Sehnsüchte. Es wurde apostrophiert: „Mit fast schmerzlicher Ehrlichkeit rechnet eine Generation mit der anderen ab, aber auch mit dem eigenen Dasein.“

Christa Müllers Erzählung „Jahrtausendwechsel“ erschien im Jahr 2000 in der Edition Anton Berg, Katlenburg, und Gedichte in den Anthologien „Und hab kein Gewehr“ (drei-Eck-Verlag Bochum) und „Silberdistel“ 4 und 6 (2000 bzw. 2002). Den Lesern des „RotFuchs“ sind die berührenden Verse der Schriftstellerin wiederholt aufgefallen, was den Wunsch auslöste, mehr über sie zu erfahren.

Dieter Fechner

VEB Plauener Spitze: Wut auf Plattmacher

Rudi W. Berger, 1924 in Löhma bei Schleiz geboren; Tischler, Berufsschullehrer, Journalist, Absolvent des Instituts für Literatur „Johannes R. Becher“ in Leipzig, schrieb Gedichte, Erzählungen, Hörspiele und einen Roman. Er veröffentlichte in Zeitungen, Literaturzeitschriften, Anthologien, lebt im thüringischen Langenwetzendorf und legt jetzt mit „Spitzenrausch“ seinen zweiten Roman vor, den man beachten sollte. In dem kleinen Lexikon „Thüringer Autoren der Gegenwart“ aus dem quartus-Verlag von 2003 sucht man ihn vergeblich, obwohl er dort hineingehörte. Allerdings sind Bergers literarische Produktionen immer scharfe und radikale Auseinandersetzungen mit der deutschen Geschichte. Und was die Gegenwart der BRD betrifft, so geht er wie mit einem Vorschlaghammer in einem Nippes-Laden um und zertrümmert, gelegentlich mit Berserkerwut, die schwarz-rot-gold lackierten Schießbudenfiguren der „Wende“. Er nimmt das fliehende scheue Reh, das Kapital, das man eher ein alles zertrampelndes Nashorn nennen sollte, als Zielscheibe vor seine Donnerflinte. Kein Mann für Lexika, die in der BRD herauskommen, obwohl es bei ihm auch um Liebe und Tod geht, wie Kritikerpapst Reich-Ranicki für die Literatur immer gefordert hat.

Im vorliegenden Roman ist sein Thema vor allem das Schleifen eines volkseigenen Betriebes vor einem Geschichtspanorama von 1918 bis heute, zeitlich gerafft, ineinander verschachtelt, und vor allem gedanklich verknüpft, in das viele Personen eingebunden sind. Gelegentlich wäre man dankbar für ein Personenverzeichnis wie in einem fünftaktigen Drama.

Hauptfigur ist Johannes Höhnert, der dem Leser am stärksten in Erinnerung bleibt, ebenfalls noch Lyssi Wollenhaupt, die Tochter des Direktors, der eine tragische Figur darstellt, von der Entwicklung beiseite geschoben, zu Unrecht des Polizistenmordes vor 1933 beschuldigt, als Kommunist damals verfolgt. Lyssi ähnelt Höhnerts Jugendliebe, der Halbjüdin Lydia, an deren Tod er Mitschuld empfindet. Tragisch miteinander verflochtene Geschehnisse, teils rasant und spannend, aber durch die Erzählweise gebremst, alltagssprachlich dargestellt, durch literarische und legendenhafte Bezüge angereichert, keine Stilübungen, z. T. sogar Dialekt.

Der geniale Einfall des Romans, so scheint mir, ist die Tatsache, daß der Autor den zentralen gesellschaftlichen Konflikt – Privat- oder Volkseigentum – direkt in die Figur des Johannes Höhnert legt. Der Vater war Privateigentümer, kungelte mit den Nazis, der Sohn wird Volkseigentümer und sozialistischer Leiter in einem VEB, lebt damit im Einklang, entwickelt ein entsprechendes Bewußtsein. Dann kommt der Umsturz, Wende genannt. Er könnte wieder als Privateigentümer leben auf Drängen seiner Frau Hertha per Rückgabe, aber er kann das nicht mehr, er geht an dem Widerspruch mehr oder weniger zugrunde, so wie an anderen Belastungen. Die Gestalt wird somit zur Königsfigur, obwohl das nicht voll durchgehalten wird, weil andere Erzähl- und Handlungsstränge, die auch interessant sind, Platz einnehmen. Höhnert zerbricht an dem Widerspruch zwischen Volkseigentum und Privateigentum. Er könnte noch einmal durchstarten, obwohl seine Ehe

angeschlagen ist, sein Sohn auf die politisch rechte Seite gerät, was ihm fast den Todesstoß gibt, aber sein innerer Motor lahm, er ist einer anderen Gesellschaftsordnung verpflichtet, die sein Biotop war. Es wird auch direkt ausgesprochen: „Ob Penner oder Pauker, Frau oder Mann, ob ehrlich oder unehrlich, klug oder unklug, klein oder groß, das Volkseigentum, ihn eingeschlossen, gehörte allen. Was dem Säugling die Muttermilch, so der angebeteten realsozialistischen Schönen das VE. War dessen Geburt nicht ein Wunder, größer als die jenes Nackedeis in der ärmlichen Krippe unterm Morgenstern? Und daß es wieder totgeschlagen wurde, war das etwa ein geringeres Drama als der Sieg eines Crassus über Spartakus?“

Bei Lyssi, der Spitzenarbeiterin im VEB Spitze, ist der Konflikt ebenfalls in die Figur gelegt zwischen „bürgerrechtlichem“ Aufbegehren gegen die DDR, ihrem Direktor-Vater und ihren Arbeitskollegen, aber hier erscheint er eher behauptet als gestaltet.

Interessant ist der Prolog vor der eigentlichen Handlung. Höhnert hat eine Sitzung beim Psychiater, wo die Problematik des

Romans fast vorweggenommen wird. Hier zeigen sich auch gelegentlich satirische Elemente bei der Darstellung der Wirklichkeit, die ausbaufähig wären. Ist der Roman „Spitzenrausch“ Unterhaltungsliteratur? Wohl kaum, zu bitter, zu böse, zu tragisch, aber zum Erkenntnisgewinn auf alle Fälle geeignet, geschrieben in einem schonungslosen Neorealismus. Unterhaltend ist das Buch auch, weil es erklärt, wo Freund und Feind letztendlich stehen, manchmal komisch, manchmal grimmig, aufklärend.

Wenn man den Autor kennt, sympathisch, agil, gebildet, dann weiß man: Er wird immer so schreiben, wie er spricht, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Denn der Stil, das ist der Mensch, lautet ein geflügeltes Wort aus dem Französischen, eine alte Weisheit. Wie das Kapital mit einem heißen Bügeleisen den VEB Plauener Spitze weggebügelt hat, wird in diesem Roman zum Lehrstück. **Manfred Hocke**

Rudi W. Berger. *Spitzenrausch*. AMI-CUS Mitteldeutscher Literaturverlag, Föritz 2006, 252 S. ISBN 3-935660-77-4, 14,90 Euro

Vermächtnis eines aufrecht Gebliebenen

Der Schriftsteller **Otto Häuser**, literarischer Vater des in der DDR bekannten »braven Schülers Ottokar«, ist am 15. Juli gestorben. Wir gedenken seiner und erinnern zugleich an einen aufrecht Gebliebenen durch den auszugswweisen Abdruck einer Rede, die er aus Anlaß der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes (am 2. August 2006) vorbereitet hatte.

Ja, ich war schon sehr verwundert und überrascht, als ich am Ende meines schriftstellerischen Lebens und vielleicht auch meines irdischen Daseins gefragt wurde, ob ich diese Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland annehmen würde.

Verwundert deshalb, weil mein schriftstellerisches und berufliches Werden und Wirken unmittelbar mit dem Volkssystem der DDR verbunden waren. Der »brave Schüler Ottokar« wäre ohne das Volkssystem der DDR undenkbar gewesen. Und ich war auch überrascht, weil ich, als Ottokar Domma und Otto Häuser, nicht nur satirischer Kritiker und Begleiter dieses Bildungssystems war, sondern auch – und ich sage das ganz bewußt – sein Protagonist, so als Journalist im »Neuen Deutschland« an verantwortlicher Stelle.

Es ist oftmals so, daß sich die Vor- und Nachteile eines Bildungssystems erst nach einem größeren zeitlichen Abstand offenbaren. Das Bildungssystem der DDR zeichnete sich – und das ist unstrittig – wohl durch ein deutliches Mehr an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit aus. Ich weiß nicht, ob alle meine kleinen Helden, insbesondere diejenigen, die aus Bauern- oder Arbeiterfamilien kommen, wie z. B. »Schweinesigi«, im heutigen Schulsystem die gleichen Chancen auf einen höheren Schulabschluß hätten. Aus diesem Grunde betrachte ich diese Aus-

zeichnung auch als Anerkennung für die schwierige und mitunter nervenaufreibende Arbeit Tausender Lehrer und Pädagogen, die sie zu DDR-Zeiten und auch nach der Wende an den Schulen geleistet haben und noch heute leisten.

Oftmals werde ich gefragt, was ich denn von dem jetzigen Schul- und Bildungssystem halte. Hier kann ich nur auf mein doch schon betagtes Alter verweisen und einen persönlichen Eindruck darstellen: Ich glaube, das heutige Bildungssystem bedarf einer Kompanie von Satirikern, um all die Widersprüche, Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten aufzuspießen. Doch dieses Feld müssen jetzt andere, jüngere Kräfte beackern.

In dieser Stunde denke ich in Dankbarkeit auch an meine Schriftstellerkollegen aus dem Schriftstellerverband der DDR und insbesondere an das Satirikerkollegium des Eulenspiegel-Verlages. Mir fallen viele ein, die durch ihr Schaffen tiefe Spuren in den Köpfen der Ostdeutschen hinterlassen haben. Die eine Literatur schufen, die von Humanismus, Gerechtigkeit und intellektueller Tiefe geprägt war, und die wohl noch viel eher eine solche Würdigung für ihr Gesamtschaffen verdient hätten.

Viele Jahre habe ich mit dem Genossen Otto Häuser „in einem Stall gestanden“. Wir waren beide Redakteure des ND, als diese Zeitung zwar nicht ohne Fehl und Tadel, aber auch kein gewendetes und linksbürgerliches Blatt gewesen ist. Ottos saubere Haltung nötigt mir über seinen Tod hinaus Bewunderung ab. Ich bin stolz, an seiner Seite gekämpft und gearbeitet zu haben. Übrigens gilt dieses Gefühl nicht allen Journalisten des ND, von denen sich manche leider arg gehäutet haben. **Klaus Steiniger**

Leserbriefe an RotFuchs



Der Absender dieses an Generalmajor a. D. Dr. Dieter Lehmann, vormals Chef der Bezirksverwaltung Gera des MfS, gerichteten Schreibens ist der Sekretär der Veteranenvereinigung der russischen Auslandsaufklärung. Er war längere Zeit in der DDR stationiert und arbeitete mit dem Empfänger des Briefes fünf Jahre eng zusammen. Auf der internationalen „Spionagekonferenz“, die am 7. Mai 2004 in Berlin stattfand, vertrat er die russische Seite. Er hat der Verwendung eines Auszugs seiner Zeilen auf den RF-Leserbriefseiten ausdrücklich zugestimmt.

Oft erinnere ich mich an die Berliner Konferenz, aber auch an schöne Stunden, die wir zusammen verbracht haben, an die Fahrt zum Treptower Ehrenmal. Und jetzt er erschien Dein Artikel in unserer Armeezeitung „Roter Stern“. Er fand starken Widerhall. Ich habe alles sehr aufmerksam verfolgt. Meiner Meinung nach haben wir wirklich etwas sehr Nützliches getan. Ich bin auch gelegentlicher Bezieher der Zeitschrift „RotFuchs“ und habe dort die beiden Artikel gelesen, die Du in Deinem Brief erwähnst. Dem, was Du zu Deiner Position schreibst, stimme ich völlig zu. Mich zu Gorbatschow und Jelzin zu äußern, habe ich überhaupt keine Lust, es sei denn, mit den derbsten Flüchen.

Der „RotFuchs“ macht auf mich einen sehr guten Eindruck. Er ist seriös und ausgewogen, eine Zeitschrift mit klaren und verständlichen Zielen. Und obendrein ist er die „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“. Das Blatt enthält gründliche analytische Artikel und Äußerungen dazu, außerdem Briefe und Mitteilungen von Lesern. Es ist gut gemacht.

Oberst a. D. Witali Korotkow, Moskau

Eine Randnotiz zum Artikel Walter Ruges „Befürchtungen eines Historikers“. Es stimmt zwar, daß die bulgarischen Sozialisten die Kriegskredite 1915 abgelehnt haben, aber bis auf ganz wenige Ausnahmen waren die Motive dafür alles andere als marxistisch. Die historische, vor allem aber moralische Bindung Bulgariens an Rußland ist bekannt. Den Hauptgrund dafür liefert die Tatsache der Befreiung Bulgariens vom türkischen Joch im Jahr 1878 durch das russische Zarenreich. Die bulgarischen Sozialisten waren auch durch die Geschichte ihrer Partei ebenfalls stark an Rußland gebunden. Als die Debatten in der Nationalversammlung 1915 liefen, machten die sogenannten Weitherzigen (die späteren Sozialdemokraten) klar, daß sie für die Kriegskredite stimmen würden, wenn Bulgarien an der Seite der Entente (also Rußlands) in den Krieg einträte. Bis auf zwei Abgeordnete schlossen sich auch die Engherzigen (die späteren Kommunisten) dieser Position an. Da aber durch den bulgarischen Zaren Ferdinand I., Fürst von Sachsen-Coburg-Gotha und Herzog von Sachsen, geboren und aufgewachsen in Wien, der als Leutnant des k.u.k. Heeres einen Eid auf den österreichisch-ungarischen Kaiser Franz-Josef II. geschworen hatte, der Eintritt Bulgariens an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns erfolgte, lehnten die Sozialisten die Kriegskredite geschlossen ab.

Branimir Kyrdshiew, Stendal

Es ist mir ein Bedürfnis, den RF-Ausführungen über die Rosa-Luxemburg-Stiftung voll und ganz zuzustimmen.

Eure Zeitschrift ist das einzige Forum, wo sich alle linken Strömungen treffen. Dagegen versuchte mich das ND bei der Rezension meiner Autobiographie in die rechte Ecke zu rücken. Dabei habe ich die DDR von der Pike an mit aufgebaut und stehe nach wie vor zu ihren/

unseren Errungenschaften. Ich bin ein Ungar, „der in der DDR zu Hause war“.

Noch eine Anmerkung: Die Leitartikel des RF sind stets sehr aufschlußreich und immer lesenswert.

Almos Csongár, Berlin

Mit seinem Artikel „Der Spitzel als Held?“ vom 16. Juli hat ND-Autor Gunnar Decker bei der Kommentierung des TV-Films „Verrat“ über die MfS-Aktivitäten von Arnold Schölzel seine gehässigen bürgerlichen Kollegen noch weit übertroffen. Wären die von Decker beschworenen Maßstäbe nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges angewendet worden, dann hätte sich der Sozialismus in der DDR kein Jahr gehalten. Alle Aktivitäten der DDR-Geheimdienste zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften nach außen und innen werden von Decker als „miese Spitzeltätigkeit“ verurteilt. Wirft er das ebenfalls der venezolanischen oder der kubanischen Regierung vor, die sich tagtäglich auch mit geheimdienstlichen Methoden gegen die imperialistische Aggression wehren müssen? Warum drückt das ND diesen Angriff auf Schölzel, wenn es sich zugleich zu den „Kubanischen Fünf“ bekennt, die in USA-Gefängnissen einsitzen? Nach Deckers Lesart haben die doch auch nur ihre Landsleute in Miami bespitzelt. Oder war der Artikel ganz einfach eine Attacke gegen das florierende linke Konkurrenzorgan „junge Welt“?

Rainer Rupp, Saarburg

Schon eine ganze Zeit bin ich bei Euch – beim RF zu Hause. Eure briefliche Gratulation zu meinem 91. Geburtstag am 24. 6. hat das aufs Glücklichste bestätigt. Vielen Dank.

Ich war 1949 im letzten Lehrgang der Antifaschule in Riga dabei und habe den dritten Fernstudiumslehrgang der Parteihochschule absolviert. Zwischen 1950 und 1990 war ich auf allen Ebenen als Propagandamann in Aktion. Meine Erfahrungen besagen: Nie mit dem Studium der Klassiker aufhören. Ich lese hin und wieder im „Manifest“ und bei Engels im „Anti-Dühring“.

Walter Kleen, Bleicherode

Vielen, vielen Dank für die herzlichen Glückwünsche zu meinem 90. Geburtstag. Manchmal frage ich mich, wo die Zeit geblieben ist. Erinnerungen steigen auf: Musik auf der Straße. Anfang der 30er Jahre. Die Schalmeykapelle des Reichsbanners der SPD marschiert auf. Wir Kinder rufen uns zu: Die „Senfer“ kommen. Der mundartliche Ausdruck stammt von Senf: Viel reden, wenig dahinter.

Als ich 1949 als Absolvent der Zentralen Antifaschule in Tallinn zurückkehrte, wußte ich genauer, um was es sich handelte. Denn jetzt war ich Kommunist und verfolgte die Geschichte der SPD. Ihrer wandelweisen Politik wegen sprach man davon, daß ihre Farben Schwarz, Rot und „Senf“ seien. Aus „Gold“ wurde Senf ...

In der DDR war ich Mensch. Jetzt habe ich meine neue politische Heimat gefunden – im „RotFuchs“.

Herbert Meyer, Zwickau

Wir sind Jungkommunisten aus Sachsen-Anhalt. Unlängst haben sich die Linkspartei.PDS und die WASG zusammengeschlossen. Gysi stellt dies aber so hin, als ob sich schon die gesamte Linke vereinigt habe. Wörtlich sagte er: „Die Linken sind die letzten in Deutschland, die sich vereinigen. Vor 17 Jahren wäre das nicht möglich gewesen.“ Wir betrachten das als Anmaßung und Abgrenzung von den übrigen linken Kräften in Deutschland. Es ist an der Zeit, daß sich auch die deutschen Kommunisten untereinander verständigen und nicht gegenseitig bekriegen. Wir müssen zusammenhalten!

Die Jungkommunisten (Die E-Mail-Anschrift ist der Redaktion bekannt.)

Seit Oktober 2006 bin ich RF-Leser. Ich möchte Euch heute ein Riesenkompliment machen. Der „RotFuchs“ bestätigt mich in meinem politischen Denken, und es ist für mich jedesmal eine Freude, am Monatsanfang in den Briefkästen zu schauen.

Die Lektüre dieser Zeitschrift erweitert meinen politischen Horizont, gibt mir neue Denkanstöße und neuen Mut. Ganz ausgezeichnet ist der Artikel „Was die Stunde geschlagen hat“ von Prof. Dr. Schneider in der Juli-Ausgabe. Großartig sind die Leitartikel K. Steinigers. Mit einem Wort: Mir würde am Beginn eines neuen Monats etwas fehlen, käme das „Füchlein“ mal nicht bei mir an.

Helmut Ische, Göttingen

Gäbe es den „Schwarzen Block“ nicht bereits, dann müßte er sofort erfunden werden, fungierte er doch als Stichwortgeber zur Begründung des martialischen Einsatzes verummter Polizeiblöcke. Es gelang den bunten Demonstranten sogar, einen besonders militanten „Schwarzen“ zu stellen. Der erwies sich dann prompt als maskierter Staatsschützer. Seine Aufgabe bestand darin, den Kollegen Anlässe für ihre Knüppel- und Wasserwerferattacken zu liefern. Schäuble, Beckstein, Schönbohm und Co. haben sich damit neue Gründe geschaffen, den Staat wieder ein Stück weiter nach rechts zu rücken.

Hartwich Spliteser, Dümmer

Harri Czepuck resümiert in seinem ND-Artikel vom 25. 5., daß die Rechtsentwicklung „der deutschen Politik ... so weit (geht), daß wir in verdächtige Nähe von Nazideutschland geraten“ und stellt am Ende sorgenvoll die Frage: „Was werden wir als Nächstes erleben?“

Hitler rühmte sich seinerzeit, nicht gegen die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik, sondern unter Ausnutzung ihrer verfassungsmäßigen Möglichkeiten seine Macht errichtet zu haben. Nähern wir uns nicht in immer schnellerem Tempo einem ähnlichen Zustand? Natürlich sind die Erscheinungen nicht vergleichbar, aber trägt die Innenpolitik eines Ministers Schäuble in ihrem Wesen nicht bereits faschistoide Züge?

Georg Dorn, Berlin

Im RF Nr. 113 verdienen die drei Beiträge zur Affäre Oettinger besondere Beachtung. Die BRD hat es nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus geradezu meisterhaft verstanden, belastete Nazi-Juristen in ihre Dienste zu übernehmen und in führenden Positionen unterzubringen. Wen wundert es da, daß die Verfolgung von Nazigewaltverbrechern dort mit einer Halbherzigkeit betrieben wurde, die ihresgleichen sucht. Die äußerst großzügige Auslegung des Straftatbestandes der Rechtsbeugung führte letztlich dazu, daß sich kein ehemaliger Richter für Todesurteile verantworten mußte. Dafür wird der Begriff vom „Rechtsstaat“ bei jeder nur passenden Gelegenheit herangezogen. Bei der Verfolgung von ehemaligen DDR-Richtern und -Staatsanwälten war die Herangehensweise dann eine ganz andere. Hier genügte bereits der Hinweis, sie hätten einem „Unrechtsstaat“ gedient, um ihre angebliche Täterschaft zu bekräftigen.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Zu: „Echte und falsche Begeisterung für Lateinamerika“ von Wolfgang Herrmann (RF, Mai).

Der KP Venezuelas erteilt der Autor die Note „vorbildlich“, weil für sie „das jetzt vielfach präsentierte Konzept eines ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ noch nicht das des wissenschaftlichen Sozialismus ist“. Es geht aber in Venezuela nicht um ein „präsentiertes Konzept“. Das zu besitzen behaupten nur einige (nicht venezolanische) Intellektuelle. Ich möchte diese Auseinandersetzung den Kommunisten Venezuelas selbst überlassen. Sie stehen vor schwierigen Aufgaben – gerade jetzt im Zusammenhang mit der Schaffung einer Vereinigten Sozialistischen Partei. Welche Kommunisten sind nun z. B. in dieser Frage „vorbildlich“? Diejenigen, die gemeinsam mit dem 1. Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 12 weiteren ZK-Mitgliedern selbst die Initiative ergriffen, sich der neuen Partei anzuschließen? Oder sind es diejenigen, die sich gemeinsam mit dem Arbeitsminister (dem ersten Kommunisten in einer venezolanischen Regierung) von ihren Pflichten als Parteimitglieder entbinden ließen, um aktiv

am Aufbau dieser neuen Partei mitzuwirken? Oder diejenigen, die erst abwarten wollen, ob die neue Partei eine marxistische wird?

Mir scheint, W. H. unterschätzt die bedeutende, oft bestimmende Rolle nichtkonventioneller Akteure bei den revolutionären Veränderungen in Lateinamerika und blendet aus, daß auch kommunistische Parteien irren können. Hätte Fidel Castro etwa mit dem bewaffneten Kampf gegen das Batista-Regime warten sollen, bis die Sozialistische Volkspartei Kubas sich von der Richtigkeit und Begehbarkeit dieses Weges überzeugt? Und welche sektiererische Position bezog seinerzeit die KP Nikaraguas gegenüber der FSLN!

Botschafter a. D. Otto Pfeiffer, Berlin

Was wollte Dr. Gysi in Lateinamerika? Irritationen oder Unsicherheit verbreiten? Eine Partei, die selbst nur unklare und unausgereifte Vorstellungen über den „modernen Sozialismus“ hat und über den Weg dahin, deren führende Kräfte ihre eigene Vergangenheit, die DDR, als „Unrechtsstaat“ verketzern und selbst unbestritten positive Ergebnisse nicht bereit sind, als solche zu bezeichnen und zu akzeptieren, sollte sich nicht berufen fühlen, anderen Völkern Ratschläge zu erteilen.

Sollte man das nicht lieber den Kubanern überlassen? Sie verfügen immerhin neben der gleichen südamerikanischen Mentalität über klare Gesellschaftsvorstellungen, die sie trotz jahrzehntelanger Blockade und weltweiter Difamierung durch die „demokratischen Staaten“ zu verteidigen bereit und in der Lage sind.

Dr. Heinz Günther, Berlin

Vaclav Havel, ein führender Kopf des „Prager Frühlings“, organisiert heute internationale „Menschenrechts“-Konferenzen zur „Befreiung Kubas“ und bezeichnet die sozialistische Inselrepublik als „gigantisches Gefängnis“. In Anerkennung seiner „Verdienste“, so auch für die rückhaltlose Befürwortung des Aggressionskrieges gegen Irak und unter besonderer Hervorhebung seines „Kampfes gegen den Kommunismus“ wurde er unlängst von Präsident Bush mit der „Freiheitsmedaille“ der Vereinigten Staaten belohnt.

Prof. Dr. Klaus Rohrberg, Crinitzberg

Ein enger Mitstreiter von Kurt Krenz, der im Juli-REF gewürdigt wurde, war Michael Kokol. Auch sein 100. Geburtstag steht an. Landarbeiter und Neulehrer, entwickelte er sich zum Gewerkschaftsfunktionär für die sorbischen Arbeiter, vor allem jene, welche in Braunkohletagebauen der Lausitz tätig waren. Er fühlte sich auch mit den LPG-Bauern und der sorbischen Intelligenz als deren Ansprechpartner verbunden. Meist junge Menschen begannen mit ihm die Rechte der sorbischen Bevölkerung durchzusetzen und damit den Kampf gegen Unwissenheit und klerikale Einflüsse aufzunehmen. Das haben die Ewigestrigen diesem herausragenden sorbischen Kommunisten nie vergessen.

Heute ist ungewiß, ob Genosse Kokol eine Würdigung durch die derzeitige Domowina erfahren wird.

Horst Kubasch, Bautzen

Anlässlich des Internationalen Kindertages am 1. Juni nahmen wir Kontakt zu einem Kinder- und Jugendzentrum in Berlin-Prenzlauer Berg auf, das sich insbesondere um benachteiligte Kinder kümmert. Gemeinsam haben wir ein abwechslungsreiches Programm gestaltet, an dem sich Monika Ehrhardt-Lakomy mit dem „Traumzauberbaum“ und Gisela Karau, die aus ihren Kinderbüchern las, beteiligten.

Der Nachmittag verlief für etwa 150 Teilnehmer bei Spiel und Sport, Malen und Basteln, Essen und Trinken und vielen kleinen Überraschungen in fröhlicher Atmosphäre. Auch der „RotFuchs“ war mit einem Stand vertreten. Luftballons, Bleistifte, Radiergummis und andere RF-Souvenirs waren besonders gefragt.

In Gesprächen bot sich Gelegenheit, auf die Tradition des Kindertages in der DDR hinzuweisen.

Brigitte Tichauer, Berlin

Als Angehöriger des Wachregiments Berlin habe ich in den 50er Jahren Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und andere führende Genossen in unterschiedlichen Situationen erlebt. Damals gab es im Vertrauensverhältnis zum Volk ganz andere, sehr viel herzlichere Wohnheiten als später. Ich frage mich, wo die kommunistischen Eigenschaften abgeblieben sind. Schade, unsere Erkenntnisse kamen zu spät, besonders bei leitenden Genossen, was das Spiel der Konterrevolution erleichterte.

Dieser Tage habe ich das Buch von Egon Krenz „Herbst 89“ gelesen. Ich fand es sehr aufschlußreich und anregend, wofür ich dem Autor herzlich danken möchte.

Wolfgang Müller, Bad Dübener

Nach 50 Jahren habe ich Willi Bredels Bücher erneut zur Hand genommen. War es damals für uns ein literarischer Einblick in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – zwar interessant, aber Vergangenheit –, so müssen wir heute feststellen, daß alles wieder kapitalistische Gegenwart ist.

Wie viele junge Menschen kennen Bredel noch? In den Schulen bleibt er unerwähnt, und die „Entsorgung“ unserer Bibliotheken ab 1990 übertraf die Bücherverbrennung von 1933 bei weitem.

Zum Glück gibt es Menschen, die ihre Bestände bewahrten und sogar erweiterten, indem sie viele Bücher retteten. Jetzt sollten wir den zweiten Schritt tun: die sozialistische, realistische Literatur unseren Nachkommen nahebringen.

Rosemarie Nicolas, Brandshagen

Im idyllischen Viertel Nikolassee freue ich mich als 84-jähriger immer am Monatsanfang auf den „RotFuchs“, der für mich außer dem „Spiegel“ die beste Informationsquelle ist. In der Juni-Ausgabe hat mich der Artikel über Ernst Thälmann sehr beeindruckt.

G. Adolf Peter, Berlin

Man kann PDS und WASG sowie deren Vereinigung zur Linken kritisch gegenüberstehen, Fragen stellen und ein Programm fordern, das eine wirklich linke Handschrift trägt. Was sich aber Westerwelle, Pofalla, Beckstein, Althaus und andere in ihrem paraneroischen Haß gegen alles Linke erlauben, ist unerträglich. FDP-Chef Westerwelle sieht in der neuen Linkspartei „eine Bedrohung der ganzen Bundesrepublik“, CDU-Generalsekretär Pofalla meint, daß „Postkommunisten in Deutschland nichts zu suchen“ hätten. Steht denn die BRD vor dem Zusammenbruch, nur weil sich zwei Linksparteien demokratisch vereinigen? Will Herr Pofalla alle Linken, die er „Postkommunisten“ nennt, ausbürgern und ihnen die persönlichen Freiheitsrechte entziehen? Was heißt übrigens „Postkommunisten“? Sind denn so viele Linke bei der Post beschäftigt?

Werner Töpfer, Weimar

Seit einiger Zeit lese ich den „RotFuchs“. Ich habe in ihm ein Stück geistige Heimat gefunden. Zur Zeit muß ich in der Alt-BRD arbeiten. Dabei merke ich, wie sehr ich dort politisch verblöde. Deshalb möchte ich mich Euch anschließen. Ich würde später vielleicht auch aktiv bei Euch mitwirken, wenn Hilfe praktischer Art gewünscht wird. Auf jeden Fall weiß ich, daß man gegen diesen Kapitalismus etwas tun muß. Ich bin jetzt 40 Jahre alt. Früher war ich gerne in der FDJ. Ich möchte ein Stück an Eurer Seite mitgehen.

A. E., Berlin

(Der Name des Verfassers ist der Redaktion bekannt.)

Daß der „RotFuchs“ unter der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“ die bewahrenswerten Traditionen der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung pflegt, den

Imperialismus ungeschönt als das benennt, was er ist – Klassenfeind der Arbeiter –, findet auch meine ungeteilte Sympathie. Insofern ist er für mich zu einer unverzichtbaren Lektüre geworden.

Trotzdem quälen mich politische Bauchschmerzen. Sowohl aus Grundsatzartikeln als auch aus Leserzuschriften entnehme ich, daß der rote Fuchs als Opponent zur Partei „Die Linke“ verstanden sein will. Kritik an ihren Funktionsträgern, Abwertung ihrer Dokumente und Beschlüsse ohne erkennbare Willensäußerung, nach Übereinstimmung zu suchen, um dem Ziel der Überwindung der Macht des Kapitals und der Errichtung eines demokratischen Sozialismus, nicht mittels einer Neuauflage der Oktoberrevolution und nicht als Folge eines III. Weltkrieges, näher zu kommen, bestimmen z. Z. das Verhältnis zur Linkspartei. Der Unwille, dieser Partei den Rücken zu stärken, wird noch dadurch betont, daß sich Leser unwidersprochen als aus der PDS Ausgetretene äußern und als Ausdruck ihrer Nichtübereinstimmung mit deren Politik das ND abbestellen.

Meine kritischen Anmerkungen münden in den Wunsch, daß Autoren und Leser um eine Plattform ringen mögen, die eine kritische, in vielen Punkten sogar sehr kritische, aber gleichzeitig auch konstruktive Begleitung des weiteren Wachstums der „Linken“ im gesamten deutschen Lande gewährleistet.

Manfred Holfert, Löbau

Meine Rentenanpassungsmittlung versetzt mich in die Lage, centgenau meine Rentenerhöhung netto (Erhöhung meines verfügbaren Einkommens) für das ganze Jahr 2007 zu errechnen. Sie beträgt 2 Euro und 4 Cent, d. h. weniger als einen Cent pro Tag, was bilanztechnisch einer schwarzen Null gleichkommt. Das war nicht anders zu erwarten. Die sich sozial nennende rosa Partei der Regierungskoalition sollte ob dieser Tatsache tief erröten.

Was das eigentlich Perfidie aber ist: Die Anpassungsmittlung erfolgte ohne jede Begründung, ohne Rentenwertformel, ohne Berechnungsgrundlage. Es wurde indes nicht verabsäumt, ein Merkblatt zur Rentenbesteuerung beizufügen – für ganze 2,04 Euro Mehreinnahmen im Jahr 2007.

Helmut Müller, Berlin

Durch Zufall wurde ich (leider erst jetzt) mit dem RF bekannt. Die meisten Positionen sind auch meine. Ich stelle mir die Frage: Was tun? Die Antwort: Von vorne anfangen, d. h. bei Marx. Was taten Marx, Engels und Lenin nach den schmerzlichen Niederlagen ihrer Zeit, nach 1849, 1871, 1907? Man sehe sich die Titel ihrer Schriften an und ihre Erkenntnisse, was in den Perioden, in denen die siegreiche Reaktion herrscht, Aufgabe einer revolutionären Bewegung ist: Analyse, Theorie, Schulung und Bildung.

Aktuelle Absicht ist die Brechung des Meinungsmonopols und der Meinungsdiktatur der Herrschenden, die Befähigung der Menschen zu eigener Wertung derzeitiger Politik und der Geschichte sowie zu selbständiger politischer Arbeit.

Da wir praktisch keinen Zugang zu den Medien haben, muß der Weg, die Massen zu erreichen, bei den Anfängen der Arbeiterbewegung gesucht werden. Was tat die frühe, d. h. revolutionäre Sozialdemokratie fast ohne Medien? Man ging zu den Menschen und sprach mit ihnen. Die Mittel hießen Wanderlehrer und Parteilokal, dort, wo die Ansprechpartner zu finden sind.

Horst Gröger, Bautzen

Es ist ja nicht so, daß Rußland seinen NATO-Widersachern machtlos ausgeliefert wäre. Seine Verteidigung gibt keinen Anlaß zur Sorge. Wer an die heilige Erde Rußlands heranwollte, hatte nie eine Chance zur Eroberung. So sind die „Erfolge“ stets ausgeblieben. Jeglicher neue Versuch wäre ein Tanz auf dem Vulkan. Auch die jahrzehntelange Einkreisung der UdSSR nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Fehllei-

stung, weil das Atommonopol der USA seitens der Sowjetunion rechtzeitig durchbrochen wurde. Es ist davon auszugehen, daß Rußland und China in jüngster Zeit militärisch die Hände nicht in den Schoß gelegt haben. Nicht nur die Störversuche in Rußland selbst, die Vorgänge in der Ukraine und die Provokation mit dem Ehrenmal in Estland sind Ungeheuerlichkeiten. Wenn bisher ein neues Inferno an den Europäischen vorübergegangen ist, so hat daran die Diplomatie Moskaus einen entscheidenden Anteil. Die imperialistischen Mächte wissen, daß sie sich im Visier russischer und chinesischer Raketen befinden.

Hugo Katz, Berlin

In seinem Leitartikel „Über Riesen und Zwerge“ hat Klaus Steiniger treffend die kleinbürgerliche und im Kern reaktionäre Tendenz der Kampagne um den sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts (mit dem schillernden Protagonisten Dieterich) auf den Punkt gebracht.

In einer Kleinigkeit allerdings irrt er: Die Metapher vom „Zwerg, der auf den Schultern eines Riesen weiter blickt als dieser selbst“ stammt keineswegs von Dr. Gerhard Branstner, sondern ist einige hundert Jahre älter als dieser. Schon Isaac Newton benutzte das Gleichnis im Jahre 1676 in einem Brief an Robert Hooke. Doch „erfunden“ hat es wohl Diego de Estella (1524–1578), ein spanischer Theologe, der es in einem Buch über den Christenheiligen Lukas verwendete. Es ist ein treffliches Gleichnis für die Entwicklung der Menschheit und paßt deswegen hervorragend in die Polemik gegen jene, welche einen „neuen Sozialismus“ erfinden wollen.

Wiljo Heinen, Böklund

Der Juni-RF ist aktuell und sehr lesenswert. Ich verfolge die Zeitschrift immer mit Interesse und Gewinn. Der Leitartikel war sehr wichtig. Gerade die Auseinandersetzung mit kleinbürgerlichen Sozialismusauffassungen scheint mir notwendiger denn je, weil diese immer antisozialistisches Gedankengut an den Mann bringen wollen. Der sogenannte moderne Sozialismus ist in Wahrheit Antisozialismus und hat mit marxistischer Denkradition überhaupt nichts gemein. Solche Vorstellungen wurden seit den 90er Jahren durch Gysi und andere aktiviert, um die Positionen der Klassiker aus der PDS zu verdrängen. Und was den Sozialismus im 21. Jahrhundert betrifft, so kann er nur durch die dialektische Weiterführung des Marxismus entwickelt werden. Man muß dem Mißbrauch der Theorie und unsauberen Spielchen mit marxistischen Begriffen entgegentreten. Daß das im „RotFuchs“ geschieht, gehört zu seinen großen Vorzügen.

P.S. Die im Juni-RF genannte Metapher stammt nicht von Branstner. Im ersten Teil seiner „Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“ schreibt Heinrich Heine: „Es ziemt uns wenig, über die Beschränktheit seiner (Luthers) Ansichten zu klagen. Der Zwerg, der auf den Schultern des Riesen steht, kann freilich weiter schauen als dieser selbst.“

Manfred Potschka, Unterhaching

Mit großem Interesse habe ich den Artikel „Über Riesen und Zwerge“ gelesen. Er deckt sich weitgehend mit meiner Einschätzung. Kürzlich sah ich den Film „Fünf Fabriken“ über die Arbeiterkontrolle/Selbstverwaltung in verschiedenen Betrieben Venezuelas. Er erinnerte mich sehr an gewisse Erscheinungen im einstigen Jugoslawien.

In diesem Film stellt der Venezolaner Carlos Lanz, der sich selbst als Revolutionär bezeichnet, bei Verurteilung des „Staatskapitalismus“ die Behauptung auf, es habe in der Sowjetunion niemals Sozialismus gegeben. Das ließ mich aufhorchen. Leider ist es mir nicht gelungen, die Herkunft dieser und anderer z. Z. in Venezuela kursierender Theorien ausfindig zu machen. Könnte man im RF etwas dazu erfahren?

Armin Kligge, Iserlohn

Kürzlich meldete sich der Renegat Gorbatschow mit dem Vorschlag zu Wort, den Kanzler der blühenden Landschaften Kohl

mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen. Sollte sich ein Gremium mit dem Vorschlag beschäftigen, wäre es sicher angebracht, noch weitere „Symbolfiguren“ wie Thierse, Birthler, Nooke, Eppelmann, Gauck und dergleichen in Betracht zu ziehen. Sie alle haben sich mit ihren Beiträgen zur Geschichtsklitterung und zur Diskriminierung von DDR-Bürgern hochverdient gemacht.

H.-Peter Ecke, Berlin

Eine Bemerkung zum Beitrag von Prof. Dr. Klaus Rohrbach im Juni-RF. Freud hat den Aggressionstrieb nicht isoliert betrachtet. Im Sinne Freuds entsteht eine Aggression oder ein Aggressionsstau nicht aus heiterem Himmel bzw. nicht nur, weil es einen Aggressionstrieb gibt, sondern weil der in seiner Persönlichkeit unterdrückte Mensch den unterdrückten Aggressionstrieb entweder gegen sich selbst richten (Depression/Melancholie) oder angestaut und übermäßig im unrechten Moment gegen den Falschen entladen kann.

Als Lebenstrieb gilt der Aggressionstrieb in erster Linie der Selbstverteidigung. Ausdruck und Spielformen sind abhängig von den persönlichen Erfahrungen und der gesellschaftlichen Struktur/Kultur, in die ein Mensch hineinwächst. So habe ich Freud verstanden. Ich betrachte ihn nicht im Gegensatz zur Soziologie. Seine Erkenntnisse stellen eine sehr gute Grundlage, Ergänzung und Hilfe in der kritischen Auseinandersetzung mit der Psychologie und den Gesellschaftswissenschaften dar. Außerdem ist er ein grandioser Schriftsteller, stets bemüht, auch anspruchsvollste Passagen verständlich zu machen.

Ursula Ermen, Königs Wusterhausen

Natürlich bin ich mit dem Bildungssystem im jetzigen Deutschland nicht glücklich, erlebe ich doch meine Tochter, die z. Z. in der Ingenieurprüfung steckt und so unbedarft in politischen Dingen ist. Wegen Arbeitslosigkeit bin ich nach Wiesbaden gezogen und lebe schon neun Jahre hier. Ich habe Sozialismus kennengelernt und nun auch Kapitalismus. Ich weiß als Frau, was es heißt, für die gleiche Arbeit weniger Geld zu bekommen, und daß sich noch heute manche westdeutschen (und inzwischen auch ostdeutschen?) Männer die Frauen an den Herd wünschen. Ich war arbeitslos, habe für meine Arbeit monatelang kein Geld bekommen und mußte trotzdem zwei Kinder ernähren. Mir braucht niemand zu erzählen, was Kapitalismus ist. Aber ich habe auch gelernt, Werte in Menschen wiederzufinden. Und das war das Verdienst der Waldorfschule. Ich selbst gehörte jahrelang dem Elternrat einer Waldorfschule an. Deshalb widerspreche ich der Meinung des Herrn Weise, die er im RF vom Mai 2006 vertreten hat.

Kornelia Lubke, Wiesbaden

Summa cum laude für den Offenen Brief, den Prof. Dr. Horst Schneider im Juni-RF an Hubertus Knabe (Hohenschönhausen) gerichtet hat. Ich habe Herrn Dr. Knabe im Mai 2006 brieflich ersucht, mir eine rechtlich fundierte Begründung seiner öffentlich verbreiteten Behauptung zukommen zu lassen, das MfS sei eine „verbrecherische Organisation“ gewesen. Zugleich habe ich ihn auf das vor 61 Jahren rechtskräftig gewordene Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes Nürnberg aufmerksam gemacht, das erschöpfende Ausführungen darüber enthält, was aus völkerrechtlicher Sicht unter einer verbrecherischen Organisation zu verstehen ist und warum Gestapo, Sicherheitsdienst (SD) und SS dazu erklärt wurden. Im übrigen habe ich Knabe wissen lassen, daß in den zurückliegenden 17 Jahren kein einziges Urteil eines bundesdeutschen oder internationalen Gerichts bekanntgeworden ist, welches seine Behauptung stützt. Dr. Knabes Antwort steht aus.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Durch Zufall bin ich über meinen Onkel auf den RF aufmerksam geworden. Er lebt in Sachsen, ich bin seit Anfang 1989 in Bayern ansässig.

Sehr aufmerksam habe ich die diesjährigen Ausgaben Eurer Zeitschrift gelesen. Es fiel zeitlich damit zusammen, daß ich von einem ehemaligen ABV, der hier mein Nachbar ist, das Buch „Die DDR im Spiegel ihrer Bezirke“ ausgeliehen bekam. Da überfällt einen als früheren DDR-Bürger sehr schnell eine gewisse Nostalgie.

Anfang 1989 verließ ich die DDR, nachdem mein Gastronomiebetrieb geschlossen worden war, weil ich auf Grund der manchmal schwachen Versorgungslage bei Spirituosen im Einzelhandel eingekauft hatte, was verboten war. Heute – nach 18 Jahren – bin ich in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht angekommen. Inzwischen gehöre ich der Partei „Die Linke“ an.

Was motiviert mich? Ich führe mir Heiligendamm vor Augen und sehe, was Frau Merkel und ihre getreuen Helfer aus der SPD in Wahrheit unter Meinungs- und Demonstrationsfreiheit verstehen. Sie, die uns Mauerbau und Stacheldraht als Verletzung der Menschenrechte anzukreiden suchten, verstecken sich angstvoll hinter Schutzzäunen und Stahlkäfigen. Das also ist ihr Geplapper wert.

Hans-Peter Ackermann, Oberviechtach

Erst einmal ein großes Lob an alle, die den „RotFuchs“ machen. Ihr seid Spitze! Dank auch an jene Genossen, die die Zeitschrift mit ihren Meinungen, Standpunkten, Erkenntnissen und Anregungen bereichern. Besonders erfreulich finde ich, daß Ihr so viel Freiraum für Leserbriefe laßt. Sie widerspiegeln Ehrlichkeit, Stolz auf das eigene Lebenswerk, aber auch Trauer, Ohnmacht und Enttäuschung. Es geht um Werte und Erfahrungen, wobei sich in vielen Artikeln herauskristallisiert, daß wir trotz aller Rückschläge nicht umsonst gelebt haben.

Uwe Schmidt, Suhl

Viele Jahre sind vergangen, seit das Wort Genosse für mich zum Alltag gehörte. Fast könnte man meinen, es sei aus dem deutschen Sprachschatz getilgt. Doch dann bekomme ich eine Ausgabe des RF in die Hand und sehe, es existiert noch. Aber nicht nur das Wort Genosse gibt es noch, sondern auch Menschen, die es gebrauchen. Das gibt mir die Hoffnung, wieder in einen Kreis Gleichgesinnter zurückzufinden und meinen Beitrag in der heutigen Klassenauseinandersetzung zu leisten.

Als ich 1990 nach fast 25jähriger Mitgliedschaft in der SED mein Parteidokument abgeben sollte, saß vor uns ein junger Mann am Tisch, der den vor mir Stehenden bereits die Bücher abgenommen und die Namen auf einer Liste abgehakt hatte. Aus! Vorbei? Der Niedergang einer Partei, die den Anspruch erhob, kommunistisch zu sein, sollte mit diesem Verwaltungsakt besiegelt werden. Allerlei ging mir damals durch den Kopf, aber eines wußte ich genau: Der da am Tisch bekommt mein Dokument nicht. Ich war von einer Mitgliederversammlung in die SED aufgenommen worden, und nur diese Partei besaß für mich das Recht, meine Mitgliedschaft zu beenden. Der junge Mann von der PDS war auf Widerstand gar nicht vorbereitet. Jedenfalls behielt ich mein Dokument und besitze es noch heute. Für mich ist es ein Teil meiner Weltanschauung, meiner Sicht auf die politische Entwicklung, symbolisiert durch Marx, Engels und Lenin.

Nachdem ich die diesjährige Maiausgabe des RF gelesen hatte, war für mich klar, daß die Inhalte und Beiträge genau meinen Nerv treffen. Sie machen aber auch deutlich, wie notwendig es ist, die eigene politische Bildung nicht zu vernachlässigen, will man die Dschungel von Lügen, Geschichtsfälscherei, DDR-Verketzung und Manipulation nicht den Bezug zur Realität verlieren.

Den Autoren des RF wünsche ich viel Kraft und die Zuversicht, daß die kommunistische Idee auch weiterhin ihren Einfluß in der Welt behält. Dazu werde ich im Rahmen meiner Möglichkeiten einen Beitrag leisten.

Eberhard Voigtmann, Dresden

Am **11. August** um **10 Uhr** spricht **Dr. Konrad Haase** auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe Dresden** in der Drogenmühle Heidenau über das Thema

Die Aktualität der Lehren von Karl Marx und die Renaissance des Marxismus

Gäste sind herzlich willkommen!

Egon Krenz in Gera!

Am **23. August** um **18.30 Uhr** (Einlaß ab 17 Uhr) ist Egon Krenz Gast der **RF-Regionalgruppe Gera**.

Er spricht im Volkshaus Gera-Zwötzen, Liebschwitzer Straße 130, über das Thema

Der Herbst 1989
in der DDR
und was daraus
geworden ist

Hört Heinz Keßler!

Die **RF-Regionalgruppe Berlin** lädt für den **31. August** um **16.30 Uhr** zu einer Veranstaltung mit Armeegeneral a. D. **Heinz Keßler** in das ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz ein.

Sein Thema:

Deutsche Antifaschisten an der Seite der Roten Armee

Tour de Money

Grafik: Klaus Parche

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Hans-Dieter Hesse †
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Mätho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.